

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moriaplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 27. Februar 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moriaplatz, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis: 3,00 M. monatlich, 1,10 M. wöchentlich. 26 Bg. frei ins Haus.
Einzeln: Nummer 5 Bg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Bg. Vollabonnement: 1,10 M. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Anrufnahme für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 M. für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsheftigste Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Bg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Bg. „Kleine Anzeigen“, das fertige Wort 20 Bg. (einschl. 2-fachgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Bg. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Bg., jedes weitere Wort 5 Bg. Worte über 10 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Gipfel der Blamage.

Ablehnung

aller Anträge in der Zabernkommission.

Einen Tag nach Aschermittwoch hat die Reichstagsmajorität die Buße vollendet, die sie sich selbst wegen ihrer Sünde am heiligen Geist des Militarismus auferlegt hat. Und der Militarismus darf an diesen reuigen Sündern seine Freude haben. Stolz als je kann er sein Haupt tragen, verächtlicher als je dürfen die säbelstirrenden Herren Deutschlands auf das gefügige Ziviltistenpaß blicken, das vor ihrem Stirnzugeln davonläuft.

Da hatte damals der Graf Westarp von Erweiterung der Parlamentsrechte, von unerhörtem Eingriff in die Kommandogewalt des Kaisers gesprochen, als der Reichstag dem Kanzler das Mißtrauensvotum erteilte und die Anträge zur Regelung der militärischen Befugnisse einer eigenen Kommission, der berühmten Zabernkommission, überwies. Der Schächer! Als ob anders der Beweis schlüssiger hätte geführt werden können, daß auch dieser Reichstag eine Majorität besitzt, die bewußt den Absolutismus will und nichts mehr fürchtet, als einen wirklichen Einfluß des Parlaments.

Dieser Beweis ist nun allerdings bis zum letzten erbracht. In der Zabernkommission sind alle Anträge, die das Vorgehen der bewaffneten Macht reichsgesetzlich regeln wollten, abgelehnt worden, die Zabernkommission wird keine Sitzung mehr abhalten. Die alte reaktionäre Kartellmajorität, Liberale, Konservative und Nationalliberale haben den Wunsch der Regierung erfüllt und mit Zabern Schluß gemacht. Nicht nur die sozialdemokratischen, sondern auch die fortschrittlichen Anträge sind erledigt, die Selbstherrlichkeit des Militarismus feierlich anerkannt.

Wir sind die letzten, die dieser Ausgang überrascht. Haben wir ihn doch von Anfang an vorausgesehen. Nachdem das Zentrum in der ersten Zaberndebatte sein demagogisches Bedürfnis befriedigt hatte, suchte es systematisch alles zu vermeiden, was es von den Konservativen trennen konnte. Zur rechten Zeit fielen ihm seine partikularistischen Grundzüge ein, um seine Mitwirkung bei der reichsgesetzlichen Regelung zu verweigern zu können. Und die Nationalliberalen dachten ja überhaupt nur mehr an das eine, wie sie den Anfall von Courage vergessen machen, wie sie beweisen konnten, daß sie an Militärfrömmigkeit auch den weitestgehenden Ansprüchen genügen.

Die Konservativen werden vielleicht selbst über den vollständigen Sieg, den sie errungen haben, erstaunt sein. Sie waren in letzter Zeit recht konstitüslüsternd und wollten den „Reichstag der 110“ je eher, je lieber zum Teufel gejagt sehen. Aber wie soll die Regierung das mit einem Reichstage machen, der, wie kein anderer, alles erfüllt, was die Regierenden nur immer von ihm verlangen? Und je länger, desto bedingungsloser und bedenkenloser alles erfüllt! Denn gerade weil die sozialdemokratische Fraktion so stark ist, sammeln sich die bürgerlichen Parteien immer mehr um die Regierung und die Angst vor der Sozialdemokratie wird zur einzigen Triebkraft ihrer Handlungen. Die alte Kartellmajorität, die heute in der Zabernkommission so prompt funktioniert hat, wird auch in Zukunft immer öfter in Erscheinung treten. Und die Konservativen können, ein so kleines Häuflein sie nach den letzten Wahlen geworden sind, sich mit Stolz ragen, daß ihre Herrschaft heute so fest steht wie je, dank der nationalliberalen Unterwerfung.

Es zeigt sich eben immer wieder, daß die bürgerlichen Parteien zehnmal lieber alle Auswüchse des junkerlichen, bürokratischen und militaristischen Systems auf sich nehmen, als daß sie der proletarischen Demokratie auch nur das geringste Zugeständnis machen. Ihre Angst vor uns ist zu groß, als daß sie die Ausübung der Macht in eigene Hände zu nehmen sich getrauten. Deshalb kapitulieren sie, bevor der Kampf noch begonnen. Im Kampf um die Demokratisierung Deutschlands bleibt die Arbeiterklasse, so oft es darauf ankommt, allein.

Das Ende der Zabern-Kommission.

Das ver„renterte“ Zentrum.

Die Zabernkommission ist in ihrer zweiten, am Mittwoch abgehaltenen Sitzung zu einem überraschend schnellen Abschluß ihrer Verhandlungen gelangt. Das Ergebnis ihrer Kommissionsberatungen ist ein völlig negatives, und zwar hauptsächlich durch die Schuld der Zentrumspartei. Von den Nationalliberalen war schon längst keinerlei kräftiges Vorgehen gegen die Uebergriffe der Militärgevalt mehr zu erwarten, aber auch das Zentrum hat sich seit Fehrenbachs Ansprachen vom 3. Dezember 1913 Schritt um Schritt rückwärts konzentriert. Noch am 24. Januar, als die Anträge und Resolutionen über die Befug-

nisse der bewaffneten Macht im Reichstagsplenum beraten wurden, sagte der Abgeordnete Fehrenbach: „Angesichts der Erfahrungen, die wir mit der Behandlung gewisser Resolutionen durch die Regierung gemacht haben, müssen wir den starken Willen des Reichstages zum Ausdruck bringen.“ Zugleich zeigte freilich in derselben Rede der Abgeordnete Fehrenbach, daß das Zentrum vor den militaristischen Annahmungen zurückstehen und nur im Einklang mit der Regierung Bethmann Hollwegs die Requisition der Zabernaffäre besorgen möchte. In der Kommission nahm die Friedensstimmung des Zentrums immer mehr zu, und durch Zentrumschuld ist der Versuch, durch eine frische Initiative des Reichstages wenigstens die allergrößten militaristischen Rechtswidrigkeiten, wie sie das Vorgehen des Obersten v. Reuter offenbar gemacht hatte, aus der Welt zu schaffen, zum Scheitern gebracht worden. Die Regierung und die konservative Reaktion können sich ins Häuflein lachen; das Zentrum rettete sie wieder einmal aus ihren Nöten.

In der Kommission gab Dr. Dehnbach, Direktor im Reichsjustizamt, folgende Erklärung ab: „Entsprechend den Wünschen der Kommission sind auf Anordnung des Reichskanzlers die Bundesregierungen ersucht worden, das Material (Befehle und Vorschriften über das Eingreifen der militärischen Gewalt zu polizeilichen Zwecken) zu beschaffen. Ein Termin, bis zu dem dieses Material vorgelegt werden kann, läßt sich jedoch nicht angeben. Ueber die zwischen den Bundesregierungen schwebenden Verhandlungen, die eine Uebereinstimmung in den Dienstvorschriften herbeiführen sollen, können ebenfalls zurzeit Mitteilungen nicht gemacht werden.“

Darauf beantragte Abgeordneter Fehrenbach die abermalige Vertagung der Kommissionsberatungen, und zwar auf unbestimmte Zeit. Die Abgeordneten Müller-Weinigen, Bernstein (Soz.) und Liebknecht wandten sich scharf gegen diese Verschleppungspolitik. Sie betonten, daß der Reichstag es keinesfalls den Regierungen überlassen dürfe, nach ihrem Ermessen über die Dienstvorschriften für den Waffengebrauch des Militärs zu polizeilichen Zwecken Vereinbarungen zu treffen; der Reichstag müsse selbst vorgehen und durch Reichsgesetz den militaristischen Uebergriffen Einhalt gebieten; Materialbeschaffung sei dazu gar nicht erforderlich, denn es sei alles Wissenswerte bekannt. Die Zentrumsvertreter Fehrenbach und Well verjachten ihre Stellungnahme mit dem Hinweis zu entschuldigen, daß die Kommission immer noch auf eine reichsgesetzliche Regelung zurückkommen könne, wenn sich später herausstellen sollte, daß die Bundesregierungen die gewünschte Einheitslichkeit und Klarheit in den Dienstvorschriften nicht bewirken wollen; jetzt aber solle man Geduld zeigen und keine Konflikte herbeiführen. Der konservative Graf Westarp erklärte, daß seine Parteifreunde auch gegen Vertagung seien, weil sie überhaupt nicht wollen, daß die Regierung über die vorliegende Frage mit dem Reichstag irgendwie in Verhandlungen tritt. Abg. Böding trat für die Zentrumsauffassungen ein. Abg. Senda (Pol.) und Abg. Gaegh (Elf.) sprachen gegen die Vertagung und Verschleppung.

In der Abstimmung wurde der Vertagungsantrag Fehrenbach gegen acht Stimmen (Zentrum und Nationalliberale) abgelehnt. Er wurde darauf in die Beratung eingetretet des vom Plenum der Kommission überwiesenen Antrags Absatz und zwar zunächst in die Beratung über § 1 Satz 1, der prinzipiell durch Reichsgesetz den Grundfah aufstellt: „Die bewaffnete Macht kann zur Unterdrückung innerer Unruhen nur auf Befehl der zuständigen Zivilbehörde verwendet werden.“ Nunmehr proklamierten Zentrum, Nationalliberale und Konservative, in den Streit einzutreten zu wollen. Abg. Fehrenbach gab die Lösung mit der Erklärung aus: Wir beteiligen uns nicht an dieser Beratung und wir werden zur Zeit gegen die Anträge auf reichsgesetzliche Regelung stimmen. Mit 11 Stimmen der genannten Parteien gegen 10 Stimmen wurde § 1 Satz 1 abgelehnt. Damit war das Schicksal des ganzen Antrages besiegelt; der Antrag wurde zurückgezogen. Ebenso wurde der elfah-lohringische Antrag, der die reichsgesetzliche Regelung fordert, abgelehnt.

Es blieb übrig der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit und Unterstellung der Militärpersonen unter die bürgerliche Strafgerichtsbarkeit. Von fortschrittlicher Seite lag hierzu der Änderungsantrag vor, nur „nicht militarische Verbrechen und Vergehen“ von Militärpersonen der bürgerlichen Strafgerichtsbarkeit zu unterstellen. Nach Begründung dieser Anträge durch Vertreter der beiden antragstellenden Parteien erklärte sich wiederum das Zentrum gegen jede Aenderung des bestehenden Zustandes; das Ziel der Anträge möge vielleicht wünschenswert sein, aber jetzt sei dazu nicht die geeignete Zeit! Der sozialdemokratische Antrag wurde gegen die sozialdemokratischen (Konservative, Zentrum, Nationalliberale) gegen 10 Stimmen (Konservative, Zentrum, Nationalliberale) gegen 10 Stimmen (Fortschrittler, Sozialdemokraten, Polen, Elsäßer) abgelehnt.

Polizeiagent Keiling.

Der Streifbrecher- und Polizeiagent Keiling ist gestern vom Leitmeritzer Schörrichter wegen der Anklage des Mordes freigesprochen und nur wegen Vergehens unter Ueberdrückung der Notwehr, also wegen Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens, zu 8 Monaten schweren Kerkers verurteilt. Der Verurteilte kritisierte die der Gerechtigkeit ins Gesicht schlagende Wilde mit den Worten: „Na, det war ja jauch so schlimm“. Der Staatsanwalt hat gegen das einem Freibrief für Mörder von Arbeitern verweigert ähnlich lebende Urteil die Richtigkeitsbeschwerde angemeldet.

Unsere gestern ausgesprochene Annahme, der unter Polizeiaufsicht stehende Agent der Berliner Polizei und des Arbeitgeberverbandes würde verurteilt werden, weil Leitmeritz nicht in Deutschland liegt, ist also nur zum kleinen Teil bestätigt worden. Der Klassenhaß der auch in Böhmen nicht aus allen Teilen der Bevölkerung entnommenen Geschworenen hat über die Gerechtigkeit gesiegt.

In prächtig objektiver Weise legte der Staatsanwalt dar, daß die Gerechtigkeit, die Rechtsicherheit die Bestrafung Keilings wegen Mordes erfordere. Unparteiisch solle geurteilt werden, ohne Rücksicht darauf, daß der Anlaß zu dem Morde ein Kampf zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern war. Zugegeben werden müsse, daß gerade die Organisation die Friedlichkeit der Kämpfe befördere. 23 unparteiische Zeugen hätten unwiderleglich bewiesen, daß Keiling weder mißhandelt noch bedroht worden ist, aber gemordet hat. Die Streifen hätten weit entfernt, sich an Keiling zu vergreifen, nach der Polizei geschickt. Von der Annahme einer Notwehr könne keine Rede sein. Jeder Mensch, der das Gefühl dafür nicht verloren habe, daß das Leben der Mitmenschen geschützt werden müsse, müsse zum Schuldspruch wegen Mordes kommen.

Alle die schönen Worte nützen nichts. Die aus Unternehmertreuen zusammengesetzten deutchnationalen Geschworenen folgten den Instinkten ihres Klassenhasses, die der Verteidiger des Mörders rege machte. Dieser führte aus, der Buchdruckerstreik wäre der ungerechteste Streik gewesen, die Buchdrucker hätten rechtswidrig gehandelt, als sie versuchten, den durch die „Morgenpost“ nach Böhmen als Streifbrecher gelockten Arbeitswilligen von seinem mit Keiling geschlossenen Verträge abwendig zu machen. Den Geschworenen wurde nahegelegt, daß der Angeklagte als Agent des Arbeitgeberverbandes und als Agent der preussischen Polizei Fleisch vom Fleisch der Unternehmer sei. Die Geschworenen lehnten es trotz des klaren Tatbestandes ab, das Werkzeug der Polizei und des Unternehmertums wegen Mordes zu verurteilen, eben weil der Mörder als Werkzeug für die Interessen des Unternehmertums fungiert hatte.

Ob die höhere Instanz der Untergrabung der Rechtsicherheit, die der Rechtspruch auch für Oesterreich bedeutet, durch eine Kassation des Urteils entsprechen wird, steht dahin. Weit wichtiger als die Freisprechung oder die Verurteilung des Angeklagten ist die moralische Stämpfung, die das Unternehmertum und die Berliner Polizei durch den Prozeß erlitten hat. Wie ihre Stütze aussieht, hat der Prozeß zur Evidenz erwiesen. Daran kann kein Freispruch und keine milde Strafe etwas ändern. Die Sühne des Mordes kann die Arbeiterklasse nur durch unablässigen Kampf gegen die Gesellschaftsordnung führen, die zu Stuplern, Sehlern, Dieben, Betrügnern und Mördern als letzten Helfern greift. Keiling ist typisch für diese Sorte Zeitgenossen, für deren „Schutz“ die konservative Meute so lebhaft eintritt.

Explosionskatastrophe in Lichtenberg-Kummelsburg.

10 Tote — 8 Schwerverletzte.

Eine furchtbare Explosionskatastrophe, bei der zahlreiche Menschen ums Leben gekommen sind und wenigstens 40 Fabrikarbeiter und Angestellte mehr oder minder schwer durch Brandwunden und Glassplitter verletzt wurden, hat sich am gestrigen Donnerstag, mittags gegen 12 Uhr, in der Fabrik der Aktiengesellschaft für Autinjfabrikation in der Hauptstraße 9/11 zu Lichtenberg-Kummelsburg zugetragen. Ueber die entsetzliche Katastrophe, deren vernichtende Folgen, abgesehen von dem Fabrikgelände, auch die ganze Nachbarschaft in Mitleidenschaft gezogen haben, werden uns folgende nähere Einzelheiten berichtet:

Auf dem umfangreichen Fabrikgelände in der Hauptstraße zu Lichtenberg-Kummelsburg befindet sich neben den zahlreichen anderen Häusern des Betriebs auch ein zweistöckiges Gebäude, das im Augenblick der plötzlich und völlig unerwartet einsetzenden Katastrophe etwa 30 Arbeiter und Angestellte beherbergte. In diesem Gebäude war von vier kürzlich von auswärts gelieferten Apparaten probeweise ein solcher, ein sogenannter Nitrierapparat aufgestellt. Dieser Apparat hatte unter entsprechender Aufsicht von Fachleuten und Angestellten des Betriebes von 10 Uhr vormittags ab bis gegen 11½ Uhr durchaus einwandfrei gearbeitet, als er plötzlich unter stoßemweit hörbarem, furchtbarem Geräusch explodierte. Die Wirkung war eine entsetzliche. In wenigen Augenblicken erfüllte den ganzen Raum, in welchem die Maschine gearbeitet hatte, ein Gemisch von detonierten, giftigen Gasen, von Flammen und Qualm, dessen ähnder, vernichtender Wirkung sämtliche dort Beschäftigten erlagen, soweit sie nicht durch die Fenster und sonstigen Oeffnungen von der Gewalt der Gase davongeschleudert worden waren. Auch sämtliche übrigen Waulkheiten der Fabrik und ihrer näheren Umgebung wurden durch den furchtbaren Stoß der Explosion erdbebenartig erschüttert und alles, was nicht viel und negefest in ihnen war, wurde durcheinander gestürzt. Sämtliche Fensterscheiben der Fabrik und der ihr gegenüber gelegenen Häuser wurden zertrümmert, darunter ganzwetterstarke Schaufensterscheiben. Aus dem von der Explosion be-
trof-



Blick auf die Trümmerstätte



Das brennende Kesselhaus

feinen Gebäude wälzte sich grauer, undurchdringlicher Qualm sichtbar zum Himmel empor, daß selbst die Feuerwehren so entfernter Orte wie Tempelhof und Rudow zu Hilfe geeilt kamen. Inmitten des furchtbaren Chaos wälzten sich unter Entsetzensrufen die mit dem Tode Ringenden und Schwerverletzten. Von den rund 400 Arbeitern und Angestellten des Betriebes stürzten diejenigen, die nicht direkt oder indirekt von dem Unglück betroffen oder verletzt waren, den Ausgängen zu und suchten unter lauten Angst- und Hilferufen und wildem Gedränge das Freie zu erreichen. Wie stets in solchen Fällen, liefen hierbei viele aus Schrecken hinaus, ohne zurückzukehren, wodurch die Feststellung der bei dem Unglück tödlich Verunglückten natürlich sehr erschwert wird. Als man, soweit dies überhaupt möglich war, den ersten Ueberblick gewann, schossen bereits

20 Meter hohe Flammen

aus dem Fabrikgebäude hervor, die einen dichten, grauschwarzen Qualm erzeugten. Irigendwelche Annäherung hilfsvoller Personen war jedoch, wie sich bald herausstellte, infolge der sich entgegenstellenden giftigen und lebensgefährlichen Rauchschwaden, unmöglich. So blieb den von allen Seiten herbeieilenden Polizeibeamten und freiwilligen Helfern zunächst nichts weiter übrig, als die schnelle Alarmierung der Wachenberger und eines Teils der Berliner Feuerwehr, die denn auch ungefümt und gefolgt von einem ganzen Haufen von Wagen des Berliner Verbandes für erste Hilfe anrückte. An Ort und Stelle erschienen ferner die Wehren von Oberschöneweide, Treptow, Friedrichsfelde und Karlsdorf.

Die Ablösung des Brandes.

Die Ablösung des Brandes gestaltete sich ungeheuer schwierig. Das ganze Grundstück, ebenso die Umgebung war von den giftigen Gasen und Anilindämpfen erfüllt, die sich lähmend auf die Atmungsorgane legten und zunächst jedes Vordringen unmöglich machten. In größter Eile wurden alle verfügbaren Hydranten angeschloffen und so gab es denn in kurzer Zeit 8 Rohre Wasser. Um den Feuerwehrlenten überhaupt ein Vordringen auf die Brandstelle zu ermöglichen, wurden die Sappeure mit Rauchhelmen versehen und so gelang es ihnen, sich dem Brandherd vorsichtig zu nähern. Vor allen Dingen wurde dem noch immer in mächtigen Wällen aus dem Gebäude herausdringenden Rauch Abzug geschaffen. Das war jedoch nicht so leicht, da die in dem Gebäude aufgeschapelten Vorräte dem rasenden Element immer neue Nahrung boten. Als man die Flammen dann ein wenig zurückgedämmt hatte, brangen einige Feuerwehrlente mutig in das Gebäude ein, um die etwa noch darin Befindlichen ins Freie zu bringen. Sie fanden jedoch nichts Lebendes mehr zwischen den rauchenden Trümmern. Nur die glücklich verkümmelten Leichen der Bedienungsmannschaften konnten geborgen werden. Die Arbeiter waren meist bis zur Unkenntlichkeit verbrannt und konnten erst später rekonstruiert werden. Bis gegen 1 1/2 Uhr waren die Mannschaften mit der Ablösung beschäftigt.

Die Namen der Toten sind:

1. Betriebsingenieur Ernst Bösch, Karlsdorf, Ringstraße.
2. Verwalter Karl Hofenski, Charlottenburg, Kleiße 24.
3. Meister Otto Rita, Nieder-Schöneweide, Brieger Str. 6.
4. Arbeiter Rudolf Prill, Rosenthalstr. 2.
5. Arbeiter August Vottke, Kantstr. 16.
6. Arbeiter Otto Bordin, Posener Str. 13.
7. Arbeiter Karl Lindner, Scharnweberstr. 46.
8. Arbeiter Gustav Kühn, Türschmidtstr. 33.
9. Arbeiter Karl Pawlowski, Schillerstr. 2.
10. Arbeiter Fritz Ault, Zeffingstr. 3.

Die Leichen der Arbeiter Pawlowski und August Vottke ruhen noch unter den rauchenden Trümmern.
Außer Prill waren die Verstorbenen sämtlich verheiratet und Familienväter. — Die Liste der Schwerverletzten setzt sich folgendermaßen zusammen:

1. Friedrich Vottke, Hauptstr. 10.
2. Paul Köster, Friedrich-Karl-Str. 26.
3. August Welhaar, Lüdicke 32.
4. Lehrling Meiß.
5. Gustav Prill, Kantstr. 16.
6. Hermann Lux, Schillerstr. 21.
7. Gustav Stubbenitz, Friedrichstr. 49.
8. Hermann Reichert.

Sie wurden nach Anlegung von Verbänden durch die Feuerwehr-Samariter in Krankenhäuser gebracht.

Die Unfallstätte

Das mächtige dreistöckige Gebäude, in welchem sich der neue Apparat befand, ist vollständig eingestürzt. Nur einzelne Brandmauern ragen zum Himmel. Wie ungeheuer die Gewalt der Explosion gewesen sein muß, geht daraus hervor, daß selbst die eisernen Treppen, die sich im Innern des Gebäudes befanden, herausgerissen und auf den Hof geschleudert wurden. Dort lagen auch einzelne Maschinenteile, Schrauben, eiserne Balken und ganze Haufen von Schutt. Das Fabrikgebäude hatte sich gesackt. Man sah deutlich, daß die Fundamente nachgegeben hatten und daß die soliden Mauern, auf denen das Haus aufgebaut war, eingestürzt waren, wie dünne Leinwand. Der dicke Rauch und Qualm hatte sich überall festgesetzt und alles mit einer schwarzen Anilinsicht überzogen. Unter den Arbeitern spielten sich erregte Szenen ab. Viele von ihnen suchten in den zusammengestürzten Part, in dem sich Väter oder Brüder von ihnen befanden, einzu-

dringen und konnten nur mit Mühe an ihrem Vorhaben gehindert werden. Alle Augenblicke gab wiederum ein eiserner Träger unter der Last des auf ihm liegenden Schuttes nach und krachte dann unter ohrenbetäubendem Lärm in die Tiefe. Auch die anderen Fabrikgebäude sind schwer beschädigt. Infolge der Explosion ist keines der zahlreichen Fenster intakt geblieben. Die Scheiben wurden noch innen gedrückt und so kam es, daß nicht weniger als 12 Personen in das Rummelsburger Krankenhaus gebracht werden mußten, die ernsthaft Augenverletzungen, hervorgerufen durch Glassplitter, hatten. Die anderen Verletzten waren zum Teil durch umherfliegende Steine, Eisenteile usw. am Kopfe und im Gesicht schwer verletzt worden. Drei Arbeiter hatten versucht, sich aus dem dritten Stockwerk des einstürzenden Gebäudes durch einen Sprung in die Tiefe zu retten. Sie erlitten schwere innere Verletzungen und wurden gleichfalls ins Krankenhaus geschafft.

Die Schuldfrage.

Die eigentliche Ursache der verhängnisvollen Explosionskatastrophe konnte bisher nicht festgestellt werden und die Ermittlung des Anlasses wird wohl überhaupt niemals gelingen, weil alle bei den Kesselarbeiten beschäftigten Personen getötet worden sind. Nach der Ansicht des zuständigen Gewerbeinspektors, der eine Besichtigung des Explosionsherdes vorgenommen hat, kann dem neuen Nitrierapparat wohl kaum eine Schuld an dem Unglück zugeschrieben werden. Die Explosion scheint vielmehr auf einen unglücklichen Zufall zurückzuführen sein. Vermutlich ist einer der anderen Kessel undicht gewesen und hat die Katastrophe herbeigeführt.

Der Nitrierapparat.

Ueber den Vorgang des Nitrierens und die Möglichkeiten, unter denen eine Detonation, wie im vorliegenden Falle erfolgen kann, wurden von sachmännlicher Seite folgende nähere Angaben gemacht:

Ein Nitrierapparat ist eine Maschine, mit deren Hilfe man Salpetersäure in eine andere Substanz einfließen läßt. Dies geschieht bei der Herstellung des bekannten Sprengmittels der Pikrinsäure, die durch Vermischung mit Karbolsäure gewonnen wird, des Nitroglycerins, das durch Vermischung von Salpetersäure mit Glycerin entsteht. Bei der Anilinfabrikation vermischt man nun Salpetersäure mit Benzol und erhält so Nitrobenzol, aus dem durch Zusatz von Eisen und Salzsäure das Anilin, der allgemein bekannte Farbstoff erzielt wird.

Bemerkt muß nun werden, daß sich bei dem Ueberfließenlassen der Salpetersäure eine immerhin starke Erwärmung bildet. Diese Erwärmung birgt bei Benzol, welches bei 80 Grad seinen Siedepunkt erreicht, eine Gefahr in sich, der man nur durch entsprechende Wasserführung von außen entgegenarbeiten kann. Inwieweit dem entprochen ist, beziehungsweise ob die Vorbeugungsmaßnahmen bei dem neu auszubauenden Apparat wirksam genug arbeiten konnten, ob sie verlagert haben, oder ob ein gar nicht voraussehbarer einfacher Unglücksfall vorliegt, läßt sich natürlich erst feststellen, wenn man über den Apparat, seine Einrichtungen, seine Behandlung und über seine Handierung unterrichtet ist.

Mit Lackshuhen und Monokel im Urwald!

Welch ein Witz! —

Herr Erberger war es, der gestern in der Budgetkommission das reizende Genrebildchen von der deutschen Bureaucratie zum besten gab, wie ein Assessor im kolonialen Urwald in Lackshuhen und Monokel Besuch empfing. Und dabei machte der gelehrte Herr so intransigente, so höhnische und so verbitterte Redensarten über den „unvermeidlichen Assessor“, der überall dabei sein muß, daß man sich frage: was steckt dahinter? Und in der Tat: Nachigall, er hör dir laufen! sagt Entpeter Bräsig. Die Assessorleindschaft des Zentrums hatte seine sehr guten Gründe.

Es handelte sich um die Frage, ob in der deutschen Kolonie Neu-Guinea Petroleum vorkommt oder nicht. Die Kolonialverwaltung hatte im Etat keinen Posten vorgesehen, schließlich aber einen nationalliberalen Abgeordneten in der Kommission gegeben, die Einstellung von 100 000 M. zur Erforschung der Abbaufähigkeit des Petroleumvorkommens in den Etat zu beantragen. Das geschah prompt, und nun entspann sich eine tragikomische Debatte darüber, ob das Reich eventuell die Petroleumquellen selber ausbeuten oder sie kapitalkräftigen Gesellschaften zur Ausbeutung überlassen solle. Und siehe da: Zentrum und Nationalliberale, innig geehrt, verbanden sich zum Schutze der kapitalistischen Ausbeutung. Herr Paasche beschwor, gewaltig wie der Jeremia des sinkenden Profitarate, den fünfundsiebzigjährigen Schmerz der Kapitalistengesellschaft in Neu-Guinea, die 25 lange Jahre keine Dividende zahlen konnte, im letzten Jahre 5 Proz. zahlte und nun Gefahr laufe, daß sie jetzt, wo ihr endlich der Profit winkt, alles an den Staat abgeben müsse. Freiheit, die ich meine, Ausbeutungsfreiheit des Kapitals, kein Reichsbetrieb, kein Monopol. Also lang Paasche. Und alllogisch begann, wie der Ebor in der griechischen Tragödie des Sophokles, der Reigenfänger des Zentrums die Antistrophe zu singen: eine Konkurrenz mit dem in Petroleumtrusts losierten Kapital sei absolut ausgeschlossen. Schon der Gedanke daran sei lächerlich. Ebenso lächerlich sei es, zu glauben, daß das dortige Petroleum für deutsche Zwecke — etwa für die deutsche Marine verwendet werden könne. Dazu sei Neu-Guinea viel zu abgelegen. Nicht Kampf gegen das Petroleumkapital sei am Plage, sondern im Gegenteil: Angliederung, Unter-

ordnung. Nur wenn die Petroleumquellen Neu-Guineas der kapitalistischen Ausbeutung ausgeliefert würden, hätten sie Aussicht auf Rentabilität. Die Bureaucratie sei absolut unfähig. Und hier erschien plötzlich der Assessor mit Monokel und Lackshuhen im Urwald.

So singend langten sie den Reigen!

Und Stille wie des Todes Schweigen . . .

Doch plötzlich torstellten den gravitätischen Vorbetern des Kapitalprofits zwei ihrer eigenen Bundesbrüder zwischen die Beine: Herr Reinath von den Nationalliberalen und Herr Schwarze vom Zentrum machten nicht mit! Sie fanden nicht bloß ein Haar, sondern einen ganzen Weichselzopf in der Suppe, die ihnen ihre Fraktionskollegen servieren wollten. Nirgendwo sei das Kapital fürchtbarer und mächtvoller zusammengeschlossen, als in der Petroleumindustrie. Wenn man hier nun die Möglichkeit habe, durch eventuell reiche Petroleumquellen in Neu Guinea eine Konkurrenz gegen diese Macht zu schaffen, so gelte es, diese Möglichkeit auszunutzen, nicht aber, die neuen Quellen dem Vertraut widerstandlos preiszugeben. Das tue man aber, wenn man dem Reich die Regelung des Betriebes aus der Hand schlage. Und kräftig wehrte sich Herr Reinath gegen seinen Fraktionskollegen Paasche, der ihn entrüftet gefragt hatte, wie er denn dazu komme, 100 000 M. für Petroleumermittlungen zu beantragen, während die Regierung im Etat selber nichts verlangt habe, da wurde aus der Debatte beinahe ein Diskurs über die Staatsrechte des Reichstages. Kurzum: es war eine rührende Szene.

Beschlossen wurde sie dadurch, daß die Regierung für ihre Bohrungsversuche nicht 100 000 sondern 500 000 M. Bewilligt erhielt. Es wurde ihr klar gemacht, daß man mit laipyligen 100 000 M. überhaupt nichts unternehmen könne. Herr Solf wußte erst nicht, ob es annehmen dürfe. Schließlich ließ er sich zureden und in der Hoffnung, daß der Bundesrat zustimmen werde, ließ er sich durch einstimmigen Beschluß die 500 000 M. votieren. Auch die Sozialdemokraten stimmten dafür, schon um nicht die Regierung zu zwingen, mit kapitalistischen Privatgesellschaften abzuschließen und so die Ausbeutung der eventuell vorhandenen Petroleumquellen dem Privatkapital zum Schaden des Reiches zu überantworten.

Der neueste Gewaltstreich der Berliner Polizei.

Die Mittwochabend erfolgte Verhaftung des russischen Schriftstellers A. Lunatscharsky, über die wir bereits kurz berichteten, hat gestern nachmittag mit der Ausweisung des Verhafteten ihren Abschluß gefunden. Das hochnotpeinliche Verhör, dem der Verhaftete auf dem Berliner Polizeipräsidium unterworfen wurde, ergab zwar nicht das geringste, was die polizeilichen Anschuldigungen auch nur im entferntesten hätte rechtfertigen können. Trotzdem wurde aber der verhaftete Schriftsteller als „lästiger Ausländer“ aus Preußen ausgewiesen, wobei die Polizei durch ein Telegramm nach Leipzig, wo für heute ein Vortrag Lunatscharskys angekündigt war, noch dafür sorgte, daß er auch von der sächsischen Polizei mit derselben liebevollen Aufmerksamkeit wie in Berlin bedacht werden sollte. Auf diese Ankündigung hin verzichtete Lunatscharsky natürlich auf seine Reise nach Leipzig und kehrte gestern nach Paris zurück.

Das polizeiliche Verhör ergab, daß das brutale Vorgehen gegen Lunatscharsky durch die Denunziation eines Aktgroßschönjungen hervorgerufen worden ist. Die Polizei hatte zu dem am Montag stattgefundenen Vortrag Lunatscharskys über Maxim Gorki keinen Polizeibeamten entsandt. „Aber — wurde dem Verhafteten während des Verhörs erklärt — wir haben die Versammlung in offiziell überwachen lassen!“ Was diese „Ueberwachung“ bedeutete, geht aus dem „Bericht“ hervor, der dem Verhafteten vorgelesen wurde und der sich den Ergebnissen der königlich-preussischen Spießliteratur würdig anreihet. In läugerlicher Weise werden in diesem „Dokument“ die Vorgänge auf der Montagversammlung in eine Apologie der Revolution umgewandelt, und dieses Nachwerk eines Spiegels genügt, um den Vortragenden zu verhaften und auszuweisen und die zweite Versammlung, die ebenso wie die erste polizeilich angemeldet und bestätigt war, unmöglich zu machen. Jetzt wird im „Lokal-Anzeiger“ polizei-offiziell erklärt, es sei „amtlich festgestellt“ worden, daß Lunatscharsky ein „sozialdemokratischer Wandredner“ sei, der sich — wie fürchtbar! — „unangemeldet in Berlin aufhielt.“ Er habe in seinem ersten Vortrag „stark revolutionäre Ansichten zum Ausdruck gebracht“ und sei dann aus der Versammlung selbst „als Revolutionär gefeiert worden.“ In dieser Mitteilung ist ungefähr jedes Wort Schwindel. Weder ist Lunatscharsky ein „sozialdemokratischer Wandredner“, noch sind in der Montagversammlung „stark revolutionäre Ansichten“ zum Ausdruck gekommen. Sowohl der Vortragende wie auch diejenigen, die während des nach dem Vortrag stattgefundenen „gemüthlichen Beisammenseins“ kurze Ansprachen an ihn richteten, waren sich dessen bewußt, daß Spießelchren glerig jedes Wort auffingen und gingen nicht über die Grenzen hinaus, die selbst in Rußland für die Redefreiheit gezogen sind. Die preussische Praxis erwies sich indessen noch schlimmer als die russische. Ohne daß die Polizei über authentisches Material verfügte, erhebt sie nun, gestützt auf die Angaben eines Spießverleumderische Anklagen gegen die Versammlungsbefucher und den

Vortragenden und wendet diesem gegenüber ohne jede gefegliche Handhabe die Verhaftung und Ausweisung an.

Wir sind überzeugt, daß der neueste Gewaltakt der Berliner Polizei in Frankreich und Rußland, wo Lunatschards als Literaturskizzen in weiten Kreisen geschätzt wird, scharfe Proteste wachrufen wird. Neben dieser Beeinträchtigung des deutschen Ansehens im Auslande kommt aber noch als wesentlich die Frage in Betracht, ob die Berliner Polizei sich den hier lebenden Russen gegenüber zu jeder Willkür und jeder kraffen Verletzung der bestehenden Gesetze für berechtigt hält! Die Veranstalter der beiden russischen literarischen Vorträge haben in peinlichster Weise die Vorschriften des Gesetzes eingehalten. Seit zwei Monaten sind die Vorträge öffentlich angekündigt und noch unmittelbar vorher vom Polizeipräsidenten schriftlich als „zur Kenntnis genommen“ bestätigt worden. Wie wenig „gefährlich“ der jetzt als krafter Revolutionär verfasste Vortragende der Polizei erschienen ist, geht schon daraus hervor, daß in die erste Versammlung nicht einmal ein aufsichtsführender Beamter entsandt wurde! Und dennoch — Vereitelung der zweiten Versammlung, Verhaftung und Ausweisung auf Grund unkontrollierbarer Spitzelmeldungen! Wir verlangen Auskunft: Gelten die Russen in Berlin schon als völlig vogelfrei?

Politische Uebersicht.

Reichseisenbahnamt und Reichseisenbahnen.

Die Eisenbahndebatten des Reichstages zerfallen alljährlich in zwei Teile; beim Reichseisenbahnamt werden die allgemeinen Grundzüge des Eisenbahnwesens auf allen deutschen Strecken besprochen, während der Etat der Reichseisenbahnen lediglich die dem Reich gehörigen Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen und Rußland betrifft. In der heutigen Sitzung wurde der erste der Etats erledigt und der Etat der Verwaltung konnte noch in Angriff genommen werden.

Der Präsident des Reichseisenbahnamts mußte einer größeren Zahl von Rednern über die verschiedensten Fragen seines Ressorts Auskunft geben. Von unserer Fraktion sprach zunächst Genosse Stolle, der sich namentlich nach dem Erfolg erkundigte, den die Konventionen über Vereinheitlichung der Einrichtungen im Güterverkehr gehabt haben. Unser Redner führte dann eine ganze Reihe von einzelnen Fragen an, in denen das Berliner Zentralamt bei den verschiedenen staatlichen Eisenbahnverwaltungen Verbesserungen erwirken müßte. Auch Genosse Fischer-Hannover führte mehrere Beispiele an, die beweisen, wie verbesserungsbedürftig noch die Einrichtungen des deutschen Eisenbahnwesens sind, und wie namentlich den Reisenden der unteren Klassen, die die meisten Ueberschüsse einbringen, größere Zugeständnisse gemacht werden müßten. Gegen den Vorwurf des Genossen Stolle, daß im Eisenbahnwesen des ganzen Reiches die preussischen Interessen vorwiegen, wehrte sich der Präsident Herr Wadetzapp, aber selbst Herr Dertel mußte mit bitterem Nachdruck zugeben, daß Preußen einen äußerst starken Egoismus besitze.

Die Besprechung des Etats der Verwaltung der Reichseisenbahnen wurde durch unseren Genossen Fuchs eingeleitet. Die Personalunion, die die Reichseisenbahnen und die preussisch-hessischen Bahnen in ihrer Spitze vereinigt, hat, wie unser Redner nachwies, Wirkungen, die zugunsten eines preussischen Fiskalismus die allgemeinen Verkehrsinteressen, namentlich in Elsaß-Lothringen, schwer leiden läßt. Fuchs forderte wiederum, daß die Ueberschüsse der Reichseisenbahnen dem Lande selbst zugute kommen sollen, das sie aufbringt. Welcher Art der preussische Geist ist, der in der Leitung der Reichseisenbahnen herrscht, zeigte der sozialdemokratische Redner sowohl an der Verkehrspolitik wie ganz besonders an der Behandlung der Arbeiter und Angestellten, für die er genaue statistisches Material beibrachte. Mit aller Schärfe wandte er sich schließlich gegen die rechtswidrige Einschränkung des Koalitionsrechts dieser Kategorie Proletarier.

Der Nationalliberale Herr Schwabach, hatte naturgemäß sehr wenig auszusagen. Er sang sein Lied des Lobes auf Herrn v. Breitenbach und seine Verwaltung.

Der Eisenbahnminister selbst sprach erst am späten Abend. Er suchte vor allem zu beweisen, daß die Ueberschüsse der Eisenbahnen mit Zug und Recht dem Reich zufließen, das auch große finanzielle Opfer für sie gebracht habe, und er verteidigte dann die Grundsätze, die ihn in der Verwaltung der Reichseisenbahnen leiten.

Die Debatte wird morgen fortgesetzt.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus setzte am Donnerstag die zweite Lesung des Etats der Bauverwaltung fort. In der Generaldebatte gaben die Konservativen noch einmal ihrer Verkehrsfreundlichkeit Ausdruck, indem sie für möglichst hohe Schiffabgaben eintraten. Ihr Fraktionsredner, Abg. v. Schudmann machte dabei die ganz neue Entdeckung, daß hohe Schiffabgaben nicht der Hemmung, sondern der Förderung des Verkehrs dienen, da aus ihren Erträgen die künstlichen Wasserstraßen weiter ausgebaut werden sollen. Mit demselben Recht könnte man unter Berufung auf die Förderung des Verkehrs schließlich auch höheren Eisenbahntarifen das Wort reden. Eine sonderbare Logik, gegen die zu polemisieren nicht der Mühe lohnt. Unserem Genossen Hue, der sich über die Kanalfragen verbreiten wollte, schmitzt die Mehrheit gewaltig das Wort ab.

Im weiteren Verlauf der Sitzung trat Genosse Paul Hoffmann warm für den Bauarbeiter-schutz ein. Gestützt auf ein reichhaltiges Material und in objektiver Würdigung dessen, was der Minister bisher für den Bauarbeiter-schutz getan hat, begründete unser Redner die auf den Bauarbeiter-schutzkongressen erhobenen Forderungen, insbesondere die auf Anstellung von Kontrolleuren aus der Arbeiterklasse. Mit Nachdruck wies er darauf hin, daß die gutgemeinten Ministerialerlasse solange auf dem Papier stehen bleiben, als es an geeigneten Organen zu ihrer Durchführung fehlt und die Strafen gegen Zuwiderhandlungen zu gering bemessen sind.

Daß der Minister sich gegen die Anstellung von Arbeiterkontrolleuren erklärte und dabei die Mehrheit des Hauses auf seiner Seite hatte, nimmt nicht Wunder. Die Abneigung der herrschenden Kreise gegen einen wirklichen Bauarbeiter-schutz ist hinlänglich bekannt.

Freitag: Fortsetzung der Beratung des Etats der Bauverwaltung und kleinere Vorlagen.

Erregte Szene im elsässischen Parlament.

Strasbourg, 25. Februar. Zusammenstöße zwischen dem neuen Unterstaatssekretär Freiherrn v. Stein und Mitgliedern des elsässisch-lothringischen Landtages ereigneten sich in der heutigen

Sitzung der Zweiten Kammer. Bei der Beratung des Etats der Wasserbauverwaltung kam die Rede auf die Verunreinigung der Ill in Strasbourg durch die bekannte Lederfabrik Adler u. Ottenheimer. Während der Fortschrittler Georg Wolf und der Zentrumsabgeordnete Marx lebhaft für die Firma eintraten, kritisierte der sozialdemokratische Abgeordnete Jundts die in der Fabrik herrschenden Verhältnisse. Im Verlauf der Debatte rügte der Abg. Wolf das Verhalten der früheren Regierung, deren Stellungnahme er als schändlich bezeichnete. Scharf trat darauf Freiherr v. Stein für die vorige Regierung ein. Dabei gebrauchte er die Nebenwendung, daß sich der Abg. Wolf durch Beschimpfung der alten Regierung wohl das Wohlwollen der neuen gewinnen wolle. Diese Reuegerung erregte peinliche Aufsehen. Abg. Wolf verwahrte sich in entschiedenem Ton gegen eine derartige Einmischung in die Redefreiheit der Abgeordneten. Als der Unterstaatssekretär darauf scharf erwiderte, stellte sich Abg. Marx im Namen der Zentrumspartei auf die Seite Wolfs.

Eine Liga zur Verteidigung Elsaß-Lothringens.

Am Donnerstag nachmittag hat eine Vorbesprechung auf Einladung des Zentrumsabgeordneten Gauß im elsässisch-lothringischen Landtagsgebäude stattgefunden, an der eine große Anzahl Abgeordneter der beiden Kammern sowie Vertreter der Presse teilnahmen. Die Gründung einer Liga zur Verteidigung für Elsaß-Lothringen wurde allseitig anerkannt, die die Aufgabe haben soll, die elsässisch-lothringische Bevölkerung gegen die verleumderischen Angriffe einer gewissen Presse zu verteidigen. Die Meinungen gingen darüber auseinander, ob eventuell in jedem einzelnen Falle die Verleumder vor den Richter gezogen werden sollen. Genosse Böhle vertrat den Standpunkt, daß man sich darüber noch eingehend aussprechen müsse; er könne nicht ohne weiteres mit diesem Vorgehen einverstanden sein. Im Prinzip seien seine politischen Freunde mit der Gründung einverstanden. Die Gründung der Liga wurde daraufhin einstimmig beschlossen. Zugleich wurde eine Kommission ernannt, welche das Statut zur späteren Beschlußfassung vorbereiten soll. Aus der Zweiten Kammer wurden gewählt: vom Zentrum der Abg. Haßpelt von der sozialdemokratischen Fraktion die Genossen Böhle und Martin, von dem Lothringer Block die Abgg. Weber und Zimmer, von der Liberalen Fraktion die Abgg. Burger und Drumm. Aus der Ersten Kammer wurden die Mitglieder Graf Andlau, Dr. Curtius, Dr. Grégoire, Ungemach, Bürgermeister Dr. Schwander gewählt. Die elsässisch-lothringische Presse wird durch vier Redakteure vertreten. Zum Präsidenten der Kommission wurde der Kammerpräsident Dr. Ridlin gewählt.

Für die innere Kolonisation.

Die nationalliberale Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses hat, um ihr Interesse für die Förderung der sogenannten inneren Kolonisation zu betätigen drei Initiativanträge gestellt, durch die die Errichtung von drei Fonds in Höhe von insgesamt 200 Millionen Mark beantragt wird.

Der erste Antrag verlangt einen Fonds von 100 Millionen Mark zur Gewährung von Staatsdarlehen für den Erwerb und die Errichtung von Klein- und mittelbäuerlichen Betrieben.

Ein zweiter Antrag verlangt einen Fonds von 100 Millionen Mark, um Darlehen zum Erwerb und zur Errichtung von Landarbeiterstellen in Landkreisen der Provinzen Ostpreußen, Pommern, Brandenburg, Schlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein und Hannover zu gewähren.

Ein dritter Fonds von 100 Millionen Mark soll der Regierung zur Verfügung gestellt werden, um Staatsdarlehen für ländliche Betriebe zu gewähren, die von provinziellen Ansiedelungsgesellschaften zum Zwecke der inneren Kolonisation errichtet werden.

Landtagswahl in Sachsen.

Die Nachwahl im 2. ländlichen Wahlkreise, Groß-Schönau-Ebersbach, den früher unser verstorbenen Genosse Riem vertrat, hat gestern stattgefunden. Es erhielt der nationalliberale Kandidat, Fabrikbesitzer Max Rüdert-Groß-Schönau, 10 221 Stimmen und der sozialdemokratische Kandidat Gustav Zwahr-Kreuzdorf 6288 Stimmen. Rüdert (natl.) ist somit gewählt.

Während sich bei der Wahl vor 4 Jahren drei Kandidaten: je ein Sozialdemokrat, Nationalliberaler und Fortschrittler gegenüberstanden, rangen diesmal nur ein Nationalliberaler und der sozialdemokratische Kandidat Zwahr um den Sieg. Infolge des liberalen Kartells wurde der Nationalliberale von vornherein von den Fortschrittlichen unterstützt. Beide bürgerlichen Parteien waren 1909 zusammen bei der Hauptwahl dem Sozialdemokraten um 1894 Stimmen voraus; auf sie entfielen 7650, auf Riem 5816 Stimmen. In der Stichwahl siegte dann Riem mit 7532 gegen 6661 Stimmen der Nationalliberalen.

Der Wahlkreis besteht aus sieben großen lausitzer Industriedörfern. In allen Orten wurden von und wie von den Gegnern mehrere Versammlungen abgehalten. Noch am Vorabend der Wahl fanden in jedem Ort eine sozialdemokratische und eine nationalliberale Versammlung statt, in denen bekannte Agitatoren, meistens Landtagsabgeordnete, sprachen. — Wie bekannt, wird in Sachsen nach dem Ruralwahlsystem gewählt, das eine Häufung bis vier Stimmen zuläßt.

Ein Opfer der Volksfürsorge.

Wie bürgerliche Blätter berichten, tritt der Präsident des kaiserlichen Aufsichtsamts für Privatversicherung Dr. Gruner am 1. April d. J. von seinem Amt zurück. Als Grund wird „hohes Alter“ angegeben. Unseres Wissens geht Dr. Gruner nicht ganz freiwillig, sondern infolge von Differenzen mit dem ostpreussischen General-Landschaftsdirektor Dr. Rapp. Dr. Gruner hat es nämlich gemagt, die Gründung einer Vereinigung privater Versicherungsgesellschaften zur Pflege des Vollversicherungsgehalts im Gegensaß zur genossenschaftlich-gewerkschaftlichen „Volksfürsorge“ zu unterstützen, während Dr. Rapp als Gründer der öffentlich-rechtlichen Lebensversicherungs-gesellschaften nur seine Organisation für unterstützen wert hält. Der Eifer der beiden Herren, die „Volksfürsorge“ der Arbeiterschaft zu schädigen, hat sie also zu Gegnern gemacht und Dr. Gruner muß weichen.

Die Besoldungsfrage im hessischen Landtage.

Darmstadt, 26. Februar. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer, der eine längere Beratung des Finanz- und Aufwandsbudgets vorausging, gab Staatsminister Dr. v. Ewald zum Besoldungsantrage eine längere Erklärung ab, in der er feststellte, daß die Regierung den Vorschlägen der Zweiten Kammer nicht zustimmen könne, sondern auf ihrem Standpunkte beharren müsse. Der Berichterstatter der Zweiten Kammer erklärte, daß der Ausschuß der Zweiten Kammer einstimmig bei seinen Beschlüssen bleiben werde. Er beantragte, ohne Diskussion sämtliche Besätze nach den Vorschlägen des Antrages wurden jedoch einstimmig ex-bloco angenommen und die Sitzung auf morgen vertagt. Morgen findet auch eine Sitzung der Ersten Kammer statt, die zu den Beschlüssen der Zweiten Kammer Stellung nehmen wird.

Frankreich.

Die Verjüngung der Armee.

Paris, 26. Februar. Generalstabschef Joffre hat im Einverständnis mit dem Oberkriegsgerichtsrat und dem Kriegsminister einen Entwurf über die Verjüngung der Offizier-

Adress vorgelegt, danach soll die Altersgrenze für Hauptleute von 53 auf 51, der Majore von 56 auf 54, der Oberleutnants von 58 auf 56, der Obersten von 60 auf 58, der Brigadegenerale von 62 auf 60 und der Divisionsgenerale von 65 auf 62 Jahre herabgesetzt werden. Der Generalstab, welcher diesen Entwurf ausgearbeitet hat, ist der Ansicht, daß vier Jahre genügen würden, um die geplante Verjüngung vollständig durchzuführen. Die daraus ersparenden Jahresausgaben werden auf etwa zehn Millionen Frank veranschlagt.

Spanien.

Unruhen in Valencia.

Madrid, 26. Februar. Lebhaftige Unruhen sind in verschiedenen Teilen Spaniens wegen der neuen Municipalsteuer ausgebrochen. Besonders in Valencia ist die Situation sehr bedenklich. Gestern früh waren in Valencia alle Märkte vollkommen verödet und die Wagen, die Probiant in die Stadt brachten, wurden bei ihrer Einfahrt in die Stadt von den Bewohnern angefallen und geplündert. Sämtliche Geschäfte waren geschlossen und die Handwerker feierten. Die Fabriken sowie die großen Warenhäuser mußten gleichfalls schließen. Die Straßenbahnwagen wurden von der Menge mit Steinen besorfen; die Straßenbahn-Gesellschaften wurden gezwungen, den Verkehr aufzuheben. Ueber den Hauptplatz der Stadt wurden abgebaute Räume gelegt, um dadurch den Gesamtverkehr unmöglich zu machen. In der ganzen Stadt steht kein einziger Laternenpfahl aufrecht, so daß die Stadt am Abend in völliges Dunkel gehüllt war. Zwischen Polizisten und der Volksmenge kam es mehrfach zu Zusammenstößen. Die Wohnung des Bürgermeisters von Valencia mußte durch eine Kompanie Soldaten gegen die Wut der Menge geschützt werden. Als der Bürgermeister schließlich unter dem Schutze einer großen Anzahl von berittenen Gendarmen die Wohnung verließ und auf die Straße kam, rief die Menge: „Nieder mit ihm“, „hängt ihn“. Es ist wahrscheinlich, daß der Belagerungszustand über die Stadt verhängt werden wird, falls die Unruhen nicht bald aufhören.

Rußland.

Abrechnungstheorie.

Wien, 26. Februar. Das hiesige Militärbezirksgericht beurteilte den Gemeinen Antonow wegen Majestätsbeleidigung zu sechs Jahren Zwangsarbeit. Diese schwere Strafe wegen Majestätsbeleidigung steht einzig da und erregt in allen Bevölkerungskreisen den lebhaftesten Unwillen. Wie verlautet, sind die Militärbehörden bestrebt, durch draconische Strafen umstralerische Ideen im Geere zu ersticken.

Letzte Nachrichten.

Vom Berliner Milchkrieg.

Gestern Abend hat eine von Milchpächtern und Milchkleinhändlern Groß-Berlins gemeinsam veranstaltete Protestversammlung sich scharf gegen die Interessengemeinschaft märkischer Milchproduzenten ausgesprochen. Eine Resolution verurteilt die Monopolbestrebungen der in der Interessengemeinschaft vereinigten Milchproduzenten, die schließlich den Ruin des gesamten Milchhandels zur Folge haben würden. Milchhändler wie Milchpächter sehen in dem jetzigen Pachtwesen der Interessengemeinschaft die Gefahr, daß sie zu Handlangern dieser Produzentenorganisation herabgedrückt werden.

Sachsen für indirekte Steuern und Schutzölle.

Dresden, 26. Februar. (B. T. Z.) In der Zweiten Kammer ergriff bei der heute fortgesetzten Beratung des Etatskapitels „Sachsens Vertretung im Bundesrat“ der Finanzminister v. Seydewitz in späterer Abendstunde das Wort und erklärte u. a.: Die Regierung muß den Gedanken ablehnen, daß sie aus Rücksichtnahme auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Bundesstaaten der Mehrvorlage Schwierigkeiten gemacht hätte.

Die Reichserbschaftsteuer wurde von der Regierung nicht als ein so erhebliches Uebel angesehen; denn sie ist eine indirekte Steuer und mit ihr hätten sich die Einzelstaaten abgefunden. Aber die Vermögenswachstumssteuer ist eine direkte Steuer, sie bedeutet einen schweren Eingriff des Reiches in die Finanzhoheit der Einzelstaaten. Bei den indirekten Steuern sind wir noch keineswegs an der Grenze der Möglichkeiten angelangt; es gibt noch eine Anzahl entbehrlicher Genussmittel, die eine Mehrbelastung recht wohl übertragen könnten.

In dem Maße, in dem die Einzelstaaten an direkten Steuern verlieren, verlieren auch die einzelstaatlichen Parlamente an Einfluß und Bedeutung. Um die günstige Ausgestaltung der Handelsverträge ist die Regierung ernstlich besorgt. Sie wird Belegenheit nehmen, vor Abschluß der Handelsverträge die Interessenten im Lande zu hören. An der bewährten Schutzpolitik wird die Regierung nach wir vor festhalten.

Die Entlassung der Frau Hamm.

Essen, 26. Februar. Privattelegramm des „Vorwärts“. Heute nachmittag ist das Opfer des Oberfelder Schwurgerichts, Frau Hamm, aus dem Siegburger Justizhaus in ihrem Heimatort Händersbach eingetroffen. Die Frau ist durch die anstrengende Arbeit im Justizhaus und infolge der großen Aufregung körperlich soweit heruntergekommen, daß sie bereits seit Ende Dezember im Lazarett lag. Tatsächlich verrät Frau Hamm, die erst 37 Jahre alt ist, und vorher nie krank gewesen war, eine solche Ginfälligkeit, daß sie kaum gehen kann. Sie klagt über allgemeinen Kräfteverfall und über Geistesbeschwerden. Trotzdem an der völligen Anschuld der Frau kaum noch ein Zweifel möglich ist, brachte der „Oberfelder Generalanzeiger“ noch am 4. Februar eine geradezu schamlose Rechtfertigung des Urteils fertig. Allgemein wird in Händersbach mit großer Achtung von den sozialdemokratischen Abgeordneten gesprochen, die sich der Sache so warm angenommen haben.

Alterspension und Streik der Bergarbeiter.

Paris, 26. Februar. (B. T. Z.) Infolge der Abstimmung in der Kammer über die Ruhegehälter der Bergleute hat der Verband der Grubenarbeiter die Sekretäre der Bergarbeiter-Initiative für nächsten Sonntag zu einer Zusammenkunft einberufen, um über die Einstellung oder Fortsetzung des Streiks zu beschließen.

Fünf Arbeiter durch eine einstürzende Mauer getötet.

Konstantinopel, 26. Februar. (B. T. Z.) Heute nachmittag stürzte, während zahlreiche Arbeiter im Park des Serails in Stambul mit Arbeiten beschäftigt waren, eine Mauer ein und begrub etwa 20 Menschen unter ihren Trümmern. 5 Arbeiter wurden getötet, 2 verletzt, die übrigen blieben unversehrt.

A. Wertheim Billige Lebensmittel

Freitag, Sonnabend, soweit vorhanden:

Konserven, Kolonialwaren, Fleisch, Fische, Geflügel, Gemüse, Obst, Butter und Käse, Räucherwaren, Wein und Spirituosen

darunter: **zu den bekannt billigen Preisen** darunter:

Schneidebohnen 1/2 Dose 28 Pf	Rote Rüben 1/2 Dose 10 Pf., -Dose 1.15	Frischer Schinken Pfund geteilt 80 Pf. 85 Pf.	Gänse gefroren Pfund 47 Pf	Ananas Pfd 58, 68 Pf	Weisskohl Pfund 2 Pf	Essäpfel Pfund 14 Pf	Mandarinen 2 Pfund 35 Pf	Kieler Sprotten Kiste, ca. 1 Pfd 38 Pf
---	--	---	--------------------------------------	--------------------------------	--------------------------------	--------------------------------	------------------------------------	--

Öffentliche politische Versammlungen.

Vierter Wahlkreis

Sonntag, den 1. März, abends 6 1/2 Uhr,
im „Elysium“, Landsberger Allee 40:

Öffentliche politische Versammlung

Tagesordnung:

1. **„Feinde ringsum“.**
Referent: Reichstagsabgeordneter **Fritz Zubeil.** 2. Diskussion.

Nach der Versammlung:
Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Zahlreichen Besuch erwartet
Der Einberufer: **Paul Litauer, Gsmarschstraße 11.**

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Die Obleute und Hauskassierer machen wir darauf aufmerksam, daß in dieser Woche die Ausgabe des Markenmaterials und der Grundsteine in allen Bezirken erst am **Freitag** stattfinden kann, da dann die Lieferung des Materials zur Arbeitslosenkontrolle erst möglich ist, daß mit dieser Grundsteinverbreitung an die Mitglieder ausgegeben werden soll.

Die Kontrolle selbst soll am 2. März beginnen.
Der Zweigvereinsvorstand.

Sektion der Stukkateure.

Montag, den 2. März 1914, abends 8 Uhr, bei Witte, Zebastianstr. 39:

Versammlung

Tagesordnung:

1. „Die Arbeitsvermittlung in unserem Verufe und wie kann sie geregelt werden?“ Referent: Kollege Louthold, 2. Gewerkschaftsmitglied. 141/3*

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Die Sektionsleitung.

Schnupfer! achtet auf die gesetzlich geschützte Packung, um Goldfarb echt zu erhalten!

Gesundheitstabak
J. Goldfarb
Preuss. Stargard.
D.R.W.Z. 10652.

Health snuff tobacco.
Tabac à priser de santé.
Tabaka do zazywania dla zdrowia.
Tabacco da naso alla salute.

Reuters Werke 3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Heines Werke 3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Berolin, Redakt.: Alfred Dielewy, Neudölln. Inseratenteil veranbr.

Stoffe

für eleg. Massanzüge, Paletots
Meter 4.-, 6.-, 8.- M.
Damen-Kostümstoffe
Meter 3.-, 5.-, 7.- M.
Original englische Stoffe
Meter 8.-, 10.-, 12.- M.
Loden für Pelermnen, Anzüge
Meter 2.-, 3.-, 5.- M.
Reste günstigste Kaufgelegenheit.

Tuchlager Koch & Soelund 6. m. d. H.
Gertraudenstr. 20-21 vis-à-vis der Patrikirch

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage). Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Mäßige Preise.
Sprechst. v. 8-8. Sonntags 9-11

Möbel-Kredit.

Beim Kauf hierfür 3 R. gut! Bis 30. März 5 Proz. Nachlaß bei jedem Kauf! Bevor Sie sich Möbel kaufen, lesen Sie sich meine für **265** Mark zusammengestellte tolle Wohnungs-einrichtung an. Anzahlung 20 Mark, Abzahlung ganz nach Liebesverdienst.
Ehrlich, Alte Schönhauser Str. 92.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.

Blumen- und Kranzbüderei von Robert Meyer.
Fab. P. Golletz
Mariannenstr. 3. Tel. Mpl. 346

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Montag, den 2. März, abends 8 Uhr:
Außerordentliche General-Versammlung
im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 4.

Tagesordnung:
Stellungnahme zum Verbandstag. Aufstellung der Delegiertenkandidaten zum Verbandstag und Gewerkschaftsdirektor.
Mitgliedsbuch des Verbandes legitimiert.

84/1 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 1987, 1239, 9714, 155.

Sonntag, den 1. März, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung
der Maschinenarbeiter und Arbeiterinnen
in den Ruffler-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31.

Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Bibliothek Osten.

Vom 1. März d. J. ab findet die Ausgabe der Bücher bei Riech, Worschaner Str. 9, nur Dienstags und Freitags, abends von 7-9 Uhr statt.

113/12 Die Ortsverwaltung.

H. & P. Uder, Engel-Afer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken zu Originalpreisen.
Amt 4. 3014.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Sie sparen Geld! Wenn Sie **Möbel** direkt in der **Möbelfabrik**

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden
Tel.: Norden 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polsterei. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. **35**

Zeitungs-Ausgabebestellen und Inseraten-Aannahme.

Zentrum: Albert Dabnich, Aderstr. 174, am Koppenplatz. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
2. Wahlkreis: W.: Kurt Schmidt, Reichstr. 14, hochbarterre. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
2. Wahlkreis: S. und SW.: Gustav Schmidt, Quellenstr. 72. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.
3. Wahlkreis: St. Fridr.: Brunsenstr. 31, Hof rechts part. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Bengels, Gr. Frankfurterstr. 120. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr. — Richard Dabelbusch, Petersburgerplatz 4 (Laden). Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.
4. Wahlkreis: Südosten: Paul Böhm, Zauzigerdamm 14/15. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.
5. Wahlkreis: West: Leo Rudi, Annamuelldammstr. 12 (Hof). Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
6. Wahlkreis: (Monbit): Solomon Jolebb, Wilhelmshöfener Str. 48. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.
Wedding: J. Dönicke, Müllerstr. 34a Ecke Ullricher Str., Laden Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.
Gesundbrunnen: Fischer, Poststr. 6, Laden. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.
Schönhauser Vorstadt: Carl Rars, Breitenhagenstr. 22. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.
Adlershof: Karl Schwarzschild, Bismarckstr. 28. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Alt-Glienicker: Wilhelm Dätre, Köpenicker Str. 6.
Baumschulenweg: D. Herzig, Parienthaler Str. 13, 1.
Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönau, Schönbrück und Buch: Heinrich Brose, Wühlstr. 6, Laden.
Bohnendorf, Falkenberg und Falkenhorst: Paul Gensik, Fehldorf, Genossenschaftshaus „Paradies“.
Charlottenburg: Gustav Eshornberg, Seelenbeimer Str. 1. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.
Eichwalde, Schmöckwitz: Oskar Rable, Studienrauchstr. 99.
Erker, Neu-Zittau: Emil Jmann, Eshornbergstr. 10.
Fredersdorf-Petershagen, Eggersdorf: E. Dölebarth, Petershofstr.
Friedenau, Steglitz, Südende, Groß-Lichterfelde, Lankwitz: G. Service, Alfenstr. 5 in Steglitz. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
Friedrichshagen, Fichtenau, Rahnsdorf, Schöneiche, Kl.-Schönebeck: Emil Bertramann, Friedrichshagen, Köpenicker Str. 18.
Grünau: Franz Klein, Friedr. Str. 10.
Johannisthal, Rudow: Max Gonschur, Parfstr. 6.
Karlshorst: Richard Hüter, Adolferstr. 9, 11.
Königs-Wusterhausen, Wildau, Niederlehme: Friedrich Baumann, Bahnhöfstr. 8.
Köpenick: Emil Schier, Riegerstr. 6, Laden. Geöffnet von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seifert, Gartenbergstr. 1 (Laden). Geöffnet von 8 1/2-2 und von 4 1/2-7 Uhr.
Mahlisdorf, Kaulsdorf, Biesdorf: G. Heßberg, Kaulsdorf, Ferdinandstr. 17.
Mariendorf: August Leitz, Bauwerkstr. 206, Hof.
Marienfelde: Emil Weinert, Berliner Str. 114 II.
Neuenhagen, Hoppegarten: Gustav Lech, Bolterstr. 4.
Neukölln: W. Heinrich, Redastr. 2 im Laden. Geöffnet von 9-1 und von 4-7 Uhr; Reußstr. 10 Hof, Steglitzstr. 29/30. Geöffnet von 7-11 und von 4-7 Uhr.
Nieder-Schöneweide: Wilhelm Lührig, Brückenstr. 10, II.
Nowawes: Wilhelm Jappe, Lutherstr. 2.
Ober-Schöneweide: Alfred Sader, Wilhelmminnenhofstr. 17, Laden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Frz.-Buchholz, Blankenburg: Rihmann, Wühlstr. 30. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
Reinickendorf - Ost, Wilhelmshagen und Schönholz: G. Gurrich, Gropingstr. 56, Laden. Geöffnet von 11-12 u. 4 1/2-7 Uhr.
Rummelsburg, Boxhagen, Stralau: A. Rosenkrantz, Allee-Parzungen 50. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
Schönendorf u. Köpenick-Wusterhausen: Chr. Dantische, Do. Str. 20.
Schöneberg: Wilhelm Baumier, Martin Lutherstr. 69, im Laden. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.
Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seefeld und Falkenhagen: H. Hopp, Breitestr. 64. Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Bernsdorf, Hohen-Neuendorf, Birkenwerder, Freie Scholle u. Reinickendorf-West: Paul Riemann, Borsigwalde, Röntgenstr. 10. Geöffnet von 11-12, u. von 4 1/2-7 Uhr.
Teltow: Wilhelm Bonow, Teltow, Berliner Str. 10.
Tempelhof: Joh. Krohn, Borujstr. 62.
Treptow: Rob. Gramenz, Niehoizstr. 412, Laden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Weißensee, Heinersdorf: R. Fuhrmann, Sebanstr. 105, part. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
Wilmersdorf, Halensee, Schmargendorf: Paul Schubert, Wilhelmshöfener Str. 27.
Zeuthen, Biersdorf: Ernst Götting, Zeuthen, Wiersdorfer Str. 14

Sämtliche Verteilungen sowie alle wohnschaftlichen Berufe werden geliefert
Sonntags sind die Ausgabestellen geschlossen.

Tb. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltung 981.

Gewerkschaftliches.

Der französische Bergarbeiterstreik.

Paris, 24. Februar. (Fig. Ver.)

Wie zu befürchten war, bietet der Bergarbeiterstreik, der von seinen Organisatoren den in Frankreich nur allzu leicht verliehenen Titel eines Generalstreiks bekommen hat, das betrübende Bild der Uneinigkeit dar. Nach den offiziellen Angaben streift rund ein Drittel der Bergleute, und die Ziffern, die aus den einzelnen Revieren mitgeteilt wurden, mögen so ungefähr mit der Wirklichkeit übereinstimmen, denn die bedeutendsten Becken — die des Pas-de-Calais, Nord und des von Angin — haben sich mit Ausnahme eines Teils der Belegschaften einzelner Orte der Bewegung nicht angeschlossen und stehen ihr sogar entschieden feindlich gegenüber. Der Rationalrat der französischen Bergleute, der die sogenannte alte, nicht an die Arbeiterföderation angegliederte Gewerkschaft vertritt, fordert die Bergleute auf, der Streikaufrufung des konföderierten „Verbands der unter Tag Arbeitenden“ nicht Folge zu leisten und erklärt das vom Parlament beschlossene Achtstundengesetz wie das Pensionsgesetz, das vom Senat angenommen ist und morgen von der Kammer verabschiedet werden soll, für annehmbar.

Diesen Gesetzen aber haben eben die Streikenden den Krieg erklärt. Sie fordern namentlich: Einbeziehung der Schiefer- und Erzarbeiter; Herabsetzung des Bezugalters der Rentenberechtigten von 55 auf 50 Jahre, bei 55jähriger Arbeit (statt 30jähriger); 2 Frank tägliche Pension für die Arbeiter, 1 Frank für Witwen und Waisen; vollständige Abschaffung der Ueberstunden (das Parlament hat, nach dem ausschließlich von den sich jetzt enthaltenden Revieren durchgeführten Antrag im November, ihre Zahl auf 60 reduziert); Minimallohn und Aufhebung des Artikels 11 des Gesetzes.

Dieser Artikel 11 ist ein Hauptpunkt und der derzeit wichtigste Gegenstand, wenn auch nicht die erste Ursache des Zwistes in der Arbeiterchaft. Er bestimmt nämlich, daß im Fall, daß die Unternehmer durch Kollektivvertrag den Arbeitern eine Rente sichern, die von der autonomen, aus Arbeiter- und Unternehmerbeiträgen und Staatszuschüssen gespeisten Kasse gewährt gleich ist, sie und die Arbeiter nicht gehalten sind, Beiträge zum Spezialfonds zu leisten, dessen Zweck es ist, die Erhöhung der jetzigen Rente auf 720 Frank zu ermöglichen. Nun bestehen in der Tat in den nördlichen Becken Abmachungen, die den Arbeitern derzeit größere Renten gewähren, als sie im Augenblick bekämen, wenn sie der durch das neue Gesetz geschaffenen autonomen Kasse eingegliedert würden, und bei dieser Eingliederung hätten sie auch erhöhte Beiträge zu leisten. Daß es den Streikenden gelingen könnte, derzeit viel mehr durchzusetzen, als das Gesetz ihnen bietet, wäre auch bei einigem Vorgehen sehr unwahrscheinlich. Das Parlament sieht nicht vor seinem Heimgang und wer die tatsächlichen Verhältnisse in der Deputiertenkammer und ganz besonders im Senat kennt, wird darüber nicht im Zweifel sein, daß besonders eine Materie wie die des Minimallohns nicht mehr durchgearbeitet werden könnte und ebensowenig darüber, daß das Parlament nicht zu bewegen wäre, nachdem es vor ein paar Wochen dazu gebracht worden ist, die Ueberstundenzahl zu verringern, jetzt die Ueberstunden überhaupt abzuschaffen.

Dagegen wäre wohl der Artikel 11 keine Frage, die dem Parlament besonders am Herzen läge. Aber hier sind es die

Bergarbeiterorganisationen der nördlichen Gebiete, die gegen die Aufhebung protestieren und ihre Sache von den Bergarbeiterdeputierten Vassly, Lamendin und Goniaux im Parlament vertreten lassen. Ja, sie haben erklärt, daß sie die Aufhebung des Artikels mit dem Ausstand beantworten würden, sobald das Parlament, wenn es die Streikenden des Südens durch diese Aufhebung beruhigen wollte, die zahlreichere Bergarbeiterchaft des Nordens in den Streik triebe!

Man sieht, wie heillos verfahren die ganze Bergarbeiterbewegung ist. Es sind da alte Gegenläge, vor allem auch persönlicher Art, im Spiel, und was Vassly und seinen Getreuen von keinen Gegnern überkommen wird, sind nicht nur seine nicht zu leugnenden Sünden und Unterlassungen auf dem gewerkschaftlichen Gebiet, sondern vor allem auch sein Widerstand gegen die anarchistischen Treiber, die in den Gebieten seiner Organisation seit Jahren unter dem Protektorat des Generalstabs der Arbeitskonföderation verhalten werden. Die höchst unnötige offizielle Einmischung der Konföderation während des letzten Streiks und nachher hat die Verbitterung vergrößert. Die C. G. T. hat eine systematische Agitation gegen die „alte“ Gewerkschaft versucht, ist aber dabei gar nicht gut gefahren, da Vassly eine große Popularität hat. Die Redner der C. G. T. hatten wenig Publikum und wurden ausgepöffelt. Es liegt auf der Hand, daß Vassly und seine Leute jetzt den ganzen Streik als eine gegen sie geplante Revanche hinstellen.

Trotz des Kartells, das der Verband der unter Tag Arbeitenden mit den Transportarbeitern und Seeleuten abgeschlossen hat und dessen materielle Bedeutung noch nicht zu beurteilen ist, beginnt der Ausstand so unter sehr ungünstigen Bedingungen. Dabei haben die Bergarbeiter des Südens einen so prächtvollen Glanz an den Tag gelegt, daß es auf das höchste erbitternd ist, wenn man daran denken muß, daß so viel Energie und Kampftüchtigkeit vergeblich, so viel materielle Opfer umsonst gebracht sein könnten — eines ungeliebten Zwistes wegen, der un schwer beseitigt werden könnte, wenn auf beiden Seiten der Sinn für die Sache, das proletarische Solidaritätsbewußtsein und das Verantwortlichkeitsgefühl die Oberhand gewonnen.

Berlin und Umgegend.

Konferenz der Gasarbeiter Groß-Berlins.

Die von dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einberufene Konferenz beschäftigte sich mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen in den Gaswerken Groß-Berlins. Anwesend waren 76 Delegierte, die Vertreter des Hauptvorstandes und des Präsidialvorstandes und die sozialdemokratischen Vertreter in den Deputationen der Gaswerke.

Der Referent Otto Weder führte aus, daß neben den vielen Mängeln in den Gaswerken die Gasarbeiter besonders darüber zu klagen haben, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse so sehr verschieden sind. Die Verhältnisse sind nicht nur in jedem Ort andere, sondern die Gasarbeiter haben in ein und demselben Werk ganz verschiedene Arbeitszeiten und bekommen ganz verschiedene Löhne.

Bei der Fülle von Bestimmungen und Einteilungen ist es nicht verwunderlich, daß sich die Betriebsleiter und deren Organe gar häufig nicht mehr zurechtfinden und zum Schaden der Arbeiter falsche Anordnungen geben oder die Löhne falsch berechnen. In einigen Werken bestehen noch überlange Arbeitszeiten von 10 bis 12 Stunden und beim Schichtwechsel 18 Stunden. Alle Bestrebungen der Gasarbeiter, die Arbeitszeit zu verkürzen, scheiterten an der Rückständigkeit der Verwaltungen. Der Verkürzung der Arbeitszeit stehen nicht etwa besondere Schwierigkeiten entgegen und es würden auch keine besonderen Kosten entstehen. Meist, die Verkürzung der Arbeitszeit darf nicht durchgeführt werden, weil einzelne Betriebsleiter einfach nicht wollen. In der Ammoniak-

fabrik des Berliner Gaswerks Nr. VI in Tegel herrscht der Herr Professor Drehschmidt, der den wiederholt gestellten Antrag auf Einführung der achtstündigen Schicht ablehnt mit der Begründung, wenn in den Ammoniakfabriken im Rheinland und in Westfalen noch 12 und 13 Stunden gearbeitet werde, können es die Berliner Arbeiter auch 9 Stunden aushalten. Den Arbeitern ist während der 9 Stunden nur 1/2 Stunde Pause gewährt und selbst diese kann sehr häufig nicht eingehalten werden. Die Arbeiter der Ammoniakfabrik stehen also oft volle 9 Stunden in den mit Schwefeldämpfen angefüllten Räumen, ohne etwas Gutes tun zu können. Die achtstündige Wechselschicht ist in den Ammoniakfabriken der anderen Gaswerke schon längst durchgeführt, also keine Unmöglichkeit; aber Herr Professor Drehschmidt will nicht und deshalb darf anscheinend die Direktion der Berliner Gaswerke auch nicht wollen. Auch die Bestrebungen auf Verbesserung der hygienischen Einrichtungen scheitern zum großen Teil an dem starken Festhalten der veralteten Zustände. Die Aufenthaltsräume und die Arbeitsräume sind vielfach der Verbesserung bedürftig. Die Aufenthaltsräume der Arbeiter in den Augenbetrieben lassen alles zu wünschen übrig. Für 40 bis 60 Mann steht ein Klosett zur Verfügung. Die Löhne der Handwerker sind durchweg niedriger als in der Privatindustrie. Viele haben die niedrigen Löhne in Kauf genommen, weil sie glauben, dem Wechsel der Konjunktur nicht mehr so sehr ausgesetzt zu sein. Aber wie dieses Ständigkeitsverhältnis aussieht, zeigen die Massenentlassungen, die in den Augenbetrieben der Berliner Gaswerke im Sommer 1913 vorgenommen wurden. Und jetzt noch droht man den Handwerkern des Zentralmagazins mit Entlassung wegen Arbeitsmangel. Es zeugt von einer ganz besonderen Arbeiterfürsorge in den städtischen Gaswerken Berlin, daß die Direktion nicht verhindern will, daß das Meer der Arbeitslosen nicht noch vermehrt wird durch städtische Arbeiter. Aber auch die Verwaltungen der Werke in den Vororten geben sich redliche Mühe, die Betriebe so zu halten, daß sie ja nicht als Musterbetriebe angesehen sind.

In der Diskussion beschäftigten die Delegierten die Ausführungen des Referenten. Die Verwaltungen scheinen der Auffassung zu sein, daß ein Aufpöffer besser ist als zehn Arbeiter. Die Kollegen der Englischen Gaswerke, der Neuföhner und der Charlottenburger Werke haben ganz besonders darunter zu leiden und es wurden Beispiele angeführt, wo auf 4 Arbeiter 3 Aufseher kamen. Natürlich dürfen dabei auch die Berliner Werke nicht fehlen und das Meer der Aufpöffer ist der Verwaltung noch nicht groß genug, sondern wird durch Schaffung neuer Meisterstellen und wie sie sich sonst noch nennen, vermehrt.

Die Konferenz beschließt einstimmig, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß für alle in den Gaswerken beschäftigten Handwerker und Arbeiter der Achtstundentag und einheitliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchgeführt werden.

Paul Schulz gab dann noch eine Uebersicht von dem Stand der Organisation in den Gaswerken. In einigen Betrieben sind die Gasarbeiter bis zu 75 und 100 Prozent organisiert. Leider ist dies aber noch nicht in allen Betrieben der Fall. Es gibt noch Betriebe, wo erst 25 bis 30 Prozent der Beschäftigten den Weg zur Organisation gefunden haben.

Die Konferenz sprach aus, daß die vielen Mängel in den Gaswerken nur beseitigt werden können, wenn sich alle Gasarbeiter in einer alle Beschäftigten umfassenden Organisation zusammenschließen. In der hierzu einstimmig angenommenen Resolution heißt es: Die in der Jugendlosigkeit vieler Kollegen zu den verschiedenen Organisationen liegende Zersplitterung der Kräfte sei vom Standpunkt einer entschiedenen Vertretung der Arbeiterinteressen bedauerlich. Die Konferenz gibt in dieser Besetzung ihrer Ueberzeugung dahin Ausdruck, daß die Zusammenschließung aller in den Gaswerken beschäftigten Arbeiter und Handwerker im Verbände der Gemeinde- und Staatsarbeiter als die gegebene Grundlage dafür zu betrachten ist.

Der Tarif der Arbeiter in den Wagen- und Karosseriefabriken läuft am 31. März ab. Der Tarif ist mit 10 Firmen abgeschlossen. Es sind daran der Metallarbeiter-, Holzarbeiter-, Maler- und Sattlerverband beteiligt. Von der Karosserie-Scheiberei ist der Tarifvertrag gekündigt worden, während für alle übrigen Betriebe durch Nichtkündigung der Tarif für ein Jahr verlängert ist. Es besteht

Kleines Feuilleton.

Das Schinkelmuseum. In der Technischen Hochschule zu Charlottenburg, irgendwo verstreut und verstreut, ist das Schinkelmuseum untergebracht. An drei Tagen der Woche (Montag, Mittwoch, Freitag) von 10 bis 1 Uhr ist es frei zugänglich. Kein Wunder, daß die wertvollen Blätter, die hier in hässlichen Rahmen lagern, so gut wie unberührt bleiben. Diesem Dauerzustand wollte der jetzige Museumsverwalter ein Ende bereiten; er veranstaltete eine Ausstellung besonders wichtiger Blätter. Er bekräftigt damit aber nur eine Forderung, die schon seit langem erhoben worden ist und die jetzt nicht mehr unerfüllt bleiben darf; das Schinkelmuseum muß aus den völlig unzulänglichen und den praktisch tätigen Architekten unzugänglichen Räumen der Technischen Hochschule in die Bibliothek des Kunstgewerbemuseums verlegt werden. Erst dann wird der Nachlaß Schinkels, dieses Vorläufers der modernen Architektur, so benutzt werden können, wie er es verdient, und wie es der Gegenwart nützlich sein könnte.

Es ist deutlich, daß Schinkel und seine spartanische Sachlichkeit sein läßt erredeter Rhythmus, seine Abkehr von allem überflüssigen Schmuck und seine strenge Selbstzucht und näher verwandt sind, als der wilhelminische Barock mit seinem Schwulst und hohlem Pomp. Für den künftigen Geschichtsschreiber wird Schinkel die Station vor Ressel und Peter Behrens sein. Schinkels allbekannte Bauakademie, deren Entwurfszeichnungen jetzt in der Heinen Ausstellung drucken zu sehen sind, kann in ihrer bloßartigen Gefälligkeit, in der heimlichen Gotik ihrer ständig gebundenen Pfeiler ganz unmittelbar neben das Rannesmannshaus des Peter Behrens in Düsseldorf gestellt werden. Mit solcher Erkenntnis soll natürlich nicht gesagt sein, daß nun über die deutsche Baukunst eine allgemeine Schinkellei kommen müßte. Schinkel als Rode wäre genau so schlimm wie jede andere Selbststräuferei. Schinkel als Erzähler zur Selbständigkeit, Schinkel als Tradition und als Basis zur Fortentwicklung, Schinkel als ein Stadium der Reife zum Antriebe, eine neue Klassik zu suchen — das ist es, worauf es ankommt.

Gott sei den Armen gnädig! Man erinnert sich vielleicht noch, wie Rudolf Martin ist. Das ist also ein Regierungsrat, den sie an die Luft gesetzt haben und der nun viel Geld verdient, weil er es aufschreibt, wer alles in dem geeigneten Deutschland viel Geld besitzt. Er redigiert mit einem Wort das „Jahrbuch der Millionäre“. Und das läßt er nun an, und in diesem Prospektus ist eine gar herrliche Stelle enthalten und die lautet so: „Das Jahrbuch der Millionäre liest der ablige wie der unablige Millionär. Es gibt kein Buch, welches so vornehme und reiche Käufer und Leser hat wie ein jedes der Martinischen Jahrbücher der Millionäre. Sie sind in der Bibliothek der Monarchen und Großindustriellen ebenso wie auf dem Arbeitstische des schlichten einfachen Millionärs und Rentiers.“

Ja, Gottchen! so ein oder einfacher ehrsüchtiger Millionär! Wenn er man nur sein bißchen Heißhühnchen jeden Morgen hat und ein paar Dienerchen und sein klein Schälchchen und was der Mensch so braucht. Gott sei den Armen gnädig!

Eine wissenschaftliche Radiumzentrale für Groß-Berlin. Die Sitzungen der Radiumgemeinschaft Groß-Berlin zur gemeinsamen

Beschaffung von Radium sind jetzt endgültig aufgestellt worden, nachdem die beteiligten Gemeinden Einwendungen nicht erhoben hatten. Aus den Sitzungen ist hervorzuheben, daß für Groß-Berlin ein wissenschaftliches Zentralinstitut zur Erforschung der Radiumwirkung errichtet werden soll, dem die in der Radiumgemeinschaft Groß-Berlin zusammengeschlossenen Kommunalverbände ein Viertel ihres Radiums unentgeltlich zur Verfügung zu stellen überlassen. Das Eigentumrecht hieran verbleibt den Gemeinden. In der Radiumzentrale werden die von den beteiligten Gemeinden überwiesenen ambulanten Patienten unentgeltlich behandelt. Ferner übernimmt das wissenschaftliche Institut, dessen Leiter der Direktor des Radiuminstituts der Charité, Dr. His, werden dürfte, die unentgeltliche Unterweisung der Ärzte der angeschlossenen Gemeinden und Kreise in der Radiumbehandlung. Inzwischen sind weitere Beitritte von Stadtgemeinden zu der von Geheimrat His angeregten Radiumgemeinschaft Groß-Berlin erfolgt. So hat sich die Stadt Reukölln dem Vorgehen des Kreises Teltow und der Städte Schöneberg und Charlottenburg angeschlossen und ist der Radiumgemeinschaft als Mitglied beigetreten. Für die Ueberlassung von 200 Milligramm Radiumbromid will Reukölln einen jährlichen Beitrag von 3000 M. zur Verzinsung und Tilgung des erforderlichen Kapitals zahlen. Ebenso hat der Magistrat Lichtenberg den Beitritt zur Radiumgemeinschaft beschlossen und die Stadtverordneten dürfen diesem Antrag bereits in ihrer heutigen Sitzung zustimmen. Die im Kreise Niederbarnim liegenden Gemeindekrankenhäuser haben die unverbindliche Zusage gegeben, sich an der Radiumgemeinschaft zu beteiligen. Deren endgültiges Zustandekommen ist jetzt gesichert, und es dürfte in nächster Zeit der Kauf von insgesamt 850 Milligramm Radiumbromid abgeschlossen werden. Die Radiumpräparate sind in mehreren Lieferungen bis spätestens zum Herbst dieses Jahres von den Veräußern der Radiumgemeinschaft zur Verfügung zu stellen.

Der beste Grund. „Humonito“ bringt folgendes Geschichtchen zur Charakteristik der amerikanischen Parteien:

Näzlich kündigte das amerikanische Blatt „The Sun of Midnight“ an, daß es einen Preis, bestehend aus einem Trutzhahn, demjenigen Regier aus seinem Leserkreis zubillige, der persönlich und ohne jedwede Hilfe seinen republikanischen Parteipunkt am besten begründe. Drei Regier fanden sich im Redaktionsbureau ein, um sich um den ausgelegten Preis zu bewerben.

„Ich bin Republikaner“, sagte der erste, „weil die republikanische Partei die Emancipation der Regier im vollen Umfange durchzuführen will.“

„Sehr gut, sehr gut, Bill“, nickten die Richter. „Und nun, Bob, was habt Ihr zu sagen?“

„Ja“, antwortete dieser, „ich bin Republikaner, weil die republikanische Partei gute und weise Gesetze geschaffen hat und die republikanischen Männer des Fortschritts sind.“

„Bravo!“ rief das Preisrichterkollegium. „Und Ihr, Sam?“

„Ja“, erwiderte Sam, „bin Republikaner — um den Trutzhahn zu erhalten.“

Die Richter waren zuerst ein wenig betroffen. Aber es dauerte nicht lange, so fahnen sie sich wieder. Und nach einer kurzen Beratung erkannten sie Sam einstimmig den Trutzhahn zu.

Nauplia. Unter dem Falst aus der zweiten Hälfte des 2. Jahrtausends v. Chr., den vor fast dreißig Jahren Schliemann und Doerpfeld freigelegt hatten, sind Reste eines älteren Palaestes gefunden worden, der eine ganz andere Gestalt hatte und schon vor 1500 erbaut worden ist. Aber schon lange vorher, mindestens seit 2000 v. Chr., war der ganze Durbügel von Tirhns nicht bewohnt. Hier lassen sich drei oder vier auf einander folgende Wohnschichten scheiden. Zu der vorletzten gehört ein mächtiger Rundbau, dessen Fundamente zum Teil freigelegt worden sind. Er maß fast 14 Meter im Durchmesser, war aus Lehmziegelmauern auf feinem Sockel errichtet, ringum durch zungenförmige Strebepfeiler verläßt und einst mit gebrannten Flächziegeln abgedeckt. In diesem bedeutendsten prähistorischen Bau in Griechenland darf man wohl das älteste Herrenhaus in Tirhns erkennen.

Bisher hatte man vergeblich nach den Gräbern der tirynthischen Fürsten gesucht. Nun ist endlich ein ganz ausgezeichnet erhaltenes Kupfergrab entdeckt und ausgegraben worden. Nur ist es leider schon seit mehr als 2000 Jahren seiner Schätze beraubt und in der römischen Kaiserzeit zu einer Oelmühle umgestaltet worden. Doch geben andere noch nicht ausgegrabene Gräfte Hoffnung auf besseren Erfolg für die nächsten Ausgrabungen.

Notizen.

— Es geht so auch. Die Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik, die dieses Jahr in Leipzig stattfindet, hat sich die greuliche Abfärbung Biagra zugelegt. Eine Leipziger Zeitung hat nun ein Preisanschreiben für eine bessere Bezeichnung vorgenommen. Als beste Lösung wurde „Buch und Bild“ anerkannt.

— Adorée Villand, für deren Radttänze die Prozesse in München und Paris Klame gemacht haben, hat für den 4., 5. und 6. März die Komische Oper gepachtet.

— Noiffis Stechbrief. Die Geschmackslosigkeit der Scherischen Bilderpresse haben einen Rekord erreicht. Unter den Bildern vom Tage wird neben den gleichgültigsten Zeitgenossen, die irgendwas „Gesellschaftliches“ begeben, ein Bild des Schauspielers Noiffis gebracht und darunter steht: A. N., der jetzt nach seinem neuen Vertrag mit Max Reinhardt ein garantiertes Jahreseinkommen von 100 000 M. hat, wofür Prof. Reinhardt allerdings alle Nebeneinkommen aus Noiffis künstlerischer Tätigkeit erhält.

Jamos! Gut amerikanisch! Nicht die künstlerischen Leistungen, nicht die merkwürdige Laufbahn (von einem unbekanntem ausländischen Juden zu einem der bekanntesten deutschen Schauspieler) erscheint diesen Zeitgeschichtemachern charakteristisch — sondern allein seine Geschäftstüchtigkeit, sein Marktwert.

— Das neue Zeppelin-Luftschiff der Militärverwaltung ist 132 Meter lang und hat 14 Meter Durchmesser. Die Enden des Schiffes sind etwas schlanker als bei den früheren Ausführungen, auch die Stabilflächen sind vergrößert und das Steuer verstärkt worden, damit das Schiff leichter zu wenden vermag. Die vier zum Antrieb verwendeten Motoren von je 150 Pferdestärken sind in zwei Gondeln aufgestellt. Das bemerkenswerteste an dem neuen Schiff ist ein Schacht, der durch die Halle nach oben zu einer Plattform führt, auf welcher Maschinenaggregate aufgestellt werden können!

— So müssen alle technischen Verbesserungen Polod zum besten dienen.

jedoch Aussicht, auch bei der Firma Schöber zu einem neuen Tarifverhältnis zu gelangen.

Tarifverlängerungen im Berliner Schmiedegewerbe. Nachdem die Berliner Schmiedegewerkschaften bereits vorher in einer starkbesetzten Versammlung beschlossen hatten, den mit der Innung abgeschlossenen Tarif nicht zu kündigen, haben die Unternehmer jetzt ein Gleiches beschlossen. Der Tarif der Berliner Schmiedegewerkschaften gilt damit als auf ein Jahr verlängert.

Achtung, Gastwirtsgehilfen! Herr Hillmer, Restaurant zur Bildgrube, Brunnstr. 1/4, und Herr Behrend, Restaurant, Weihenburger Str. 2, lehnen jede Vereinbarung mit der Organisation ab. Beide Betriebe sind für organisierte Gastwirtsgehilfen gesperrt.

Verband der Gastwirtsgehilfen. Ortsverwaltung I.

Am Elektromobil-Droschkenbetrieb W. m. S. H., Halensee, Joachim-Friedrich-Str. 37, sind die Kraftdroschkenführer und Wagenwäscher in einen Abwehrstreik getreten. Die Leitung des Betriebes liegt in Händen eines Herrn Fischer. Er führt in den verschiedensten Städten Kraftdroschken ein und hatte unsere Organisation wiederholt Gelegenheit, sich mit dem Unternehmen des Herrn Fischer zu beschäftigen. Er nimmt den Standpunkt des Herrn in Hause ein. Als 1912 in Kottowitz ebenfalls Differenzen ausgebrochen waren, lehnte Herr Fischer eine Verhandlung unsererseits hier am Orte ganz energisch ab. In Halensee nahm die Firma Lohnreduzierungen der Wäscher in Höhe von 9 M. pro Woche sowie Arbeitsverlängerung von 2 Stunden pro Woche vor. Eine Verhandlung von Verbands wegen wurde abgelehnt. Als die Wäscher hierauf nochmals vorstellig wurden, erklärte der Herr Direktor einen Wäscher für entlassen, weil ihm der Verband ins Haus gefahren sei. Weitere Verhandlungen wurden brüskel abgelehnt. Da es sich noch um weitere Maßnahmen handelte, unsere Organisation auch mit sämtlichen Kraftdroschkenbetriebern stets in Verhandlung tritt, war eine Abwehrbewegung nicht zu vermeiden. Öffentlich steht die Direktion bald ein, daß ein gegenseitiges Verhandeln unter den heutigen Verhältnissen das Beste ist. Der Betrieb ist für organisierte Kollegen gesperrt. Wir erwarten strenge Solidarität.

Deutscher Transportarbeiterverband. Bezirk Groß-Berlin.

Deutsches Reich.

Ist „Streikbrecher“ eine Beleidigung?

Zur Zeit des vorjährigen Werftarbeiterstreiks war der Geschäftsführer Kühne des Verbandes der Kupferschmiede als Vertreter des Hauptvorstandes in einer Versammlung in Stettin. Da stellte ein Kollege an ihn die Frage: „Was sind nach Meinung des Hauptvorstandes die Kollegen, welche von Hamburg nach Stettin gekommen sind und auf der Vulkanwerk arbeiten, wo wir gegen den Willen des Hauptvorstandes in den Streik getreten sind?“ — Kühne antwortete: „Wenn auch der Hauptvorstand den Streik nicht billigt, so ist es doch Tatsache, daß hier gestreikt wird, also sind diejenigen, welche während des Streiks Arbeit genommen haben, Streikbrecher.“ — Die Namen der betreffenden Arbeitswilligen wurden in der Versammlung nicht genannt, auf ihre Person wurde auch nicht Bezug genommen. Die Frage war auch nicht dieser Personen wegen gestellt worden, sondern um den Hauptvorstand in die Enge zu treiben. Trotzdem erhoben drei Arbeitswillige, als die Frage und ihre Beantwortung durch den Versammlungsbericht im Verbandsorgan bekannt wurde, Beleidigungsklage gegen Kühne und den Verbandsdirektor Sauper. Beide sind vom Schöffengericht freigesprochen worden. In zweiter Instanz wurden sie jedoch von der neunten Strafkammer des Berliner Landgerichts I wegen Beleidigung verurteilt. In völliger Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse hat das Gericht angenommen, die Frage sei nur deshalb gestellt worden, damit die Kläger durch die Bezeichnung „Streikbrecher“ beleidigt werden könnten.

Das Urteil zeigt, wie welschfremd die Gerichte sind. Der Ausdruck „Streikbrecher“ kann beleidigend ja in der Tat nur für den Arbeiter sein, dem dadurch zu Unrecht der Vorwurf des Solidaritätsbruches nachgesagt wird. Wer einen Streik brach, indem er die Arbeit da aufnahm, wo andere streikten, kann durch den Ausdruck „Streikbrecher“, der ja doch kein bloßes Schimpfwort ist, unmöglich beleidigt werden. Im Interesse der schutzbedürftigen nützlichen Elemente“ stempeln aber die Gerichte den Ausdruck „Streikbrecher“ zu einer formalen Beleidigung. Sie brachten sich selbst dabei in eine nicht geringe Verlegenheit. Wie sollte man nun — ohne beleidigend zu werden — die „nützlichen Elemente“ bezeichnen? Da erfand ein finstiger Staatsanwalt den Ausdruck „Arbeitswilliger“. Was damit eigentlich für die Schlingel des Internementums gebietet sein soll, ist uns unverständlich. An die Stelle eines richtig gewählten Ausdruckes ist nur ein anderer, begriffverwirrender getreten. Die Sache bleibt dieselbe. Jeder Klassenbewußte Arbeiter empfindet heute die Bezeichnung als „Arbeitswilliger“ genau so beschimpfend wie früher die als „Streikbrecher“. Und fragt ein Richter den arbeitswilligen Zeugen in wohlmeinender Absicht: „Sie waren in der bestrellten Fabrik als Arbeitswilliger tätig?“ Es muß nicht! Das gibt dem lieben Schlingel der Unternehmer und Gerichte denselben Stich ins Herz, wie der Ausdruck „Streikbrecher“! Die Handlung ist eben eine so verächtliche, daß sie jeder Arbeiter als solche empfindet. Und wenn die Herrchen Richter tausend neue Ausdrücke dafür prägen, sie alle werden diesen häßlichen Beigeschmack behalten. Der „Streikbrecher“ ist tot es lebe der — „Arbeitswillige“!

Stadtverordnetenversammlung.

7. Sitzung vom Donnerstag, den 26. Februar 1914, nachm. 5 Uhr.

Vorsitzer Nichtelet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit der Mitteilung, daß der Stadtv. Kelle (A. L.) verstorben ist. Sein Andenken ebrt die Versammlung in der üblichen Weise.

Die Generaldiskussion über den Entwurf des **Stadthaushaltsplans für 1914,**

den der Kammerer Löse in der vorigen Sitzung eingebracht hat, wird eröffnet.

Oberbürgermeister Wermuth: Unsere Etatsberatung begleitet diesmal eine überaus lebhaft erörterung in der Öffentlichkeit über die Finanzen der Stadt Berlin, eine Erörterung, die nicht durchweg für uns günstig ist. Es wird in manchen Zeitungen so dargestellt, als ob wir schon aufs tiefste und unrettbar in Schulden versunken seien; andere richten eine bestige Kritik gegen unsere Finanzwirtschaft; ein Blatt meint, wir wollten „rauben“, und das habe prächtig ausgefallen, bis der metallische Nachgeschmack gekommen sei; eine Korrespondenz, die sonst dem Zweckverband dient, macht sogar die Person des Oberbürgermeisters verantwortlich. (Hört! hört!) Ich halte mich zu einer Entgegnung darauf für berechtigt und verpflichtet. Unsere Finanzlage ist gut und gesund, sie genügt das Vertrauen der Anhemwelt und verdient, es zu behalten. Unsere Finanzen nehmen unter denen der sämtlichen Städte des Reiches den hervorragenden Platz ein: sie sind gesund und werden es bleiben, wenn uns nicht von außen Aufgaben aufgedrängt werden, denen auch der beste Etat nicht gewachsen ist. (Hört! hört! und Beifall.) Ein Ueberschuß von 12,5 Millionen Mark gehört an sich nicht zu den finanzellen Unglücksfällen. (Weiterkeit.) Daß der Ueberschuß zur Balancierung des ordentlichen Etats verwendet wird, halte ich an sich nicht für wünschenswert; ich habe im Reich mit allem Nachdruck gegen ein solches Verfahren mich aufgeschlossen. Bei uns liegt die Sache deshalb etwas

anders, weil sich bei uns seit 10 Jahren immer nur Ueberschüsse zwischen 4,2 und 14,6 Millionen ergeben haben, aber kein Fehlbetrag. Wenn 1913 der Ueberschuß nur auf den Durchschnitt von 9 Millionen sinken sollte, hätten wir für 1915 immerhin für einige Millionen Mehreinnahmen zu sorgen. Dem steht aber zunächst gegenüber die äußerst besonnene und vorichtige Schätzung der Einnahmen. Die Erhöhung des Einkommensteuerkontingens von 44 auf 45 Millionen halte ich für durchaus zurückhaltend. (Zustimmung.) Ich habe bestimmten Grund zu der Annahme, daß der Wehrbeitrag auf die Kommunaleinkommensteuer Berlins nicht ohne ziemlich erheblichen Einfluß bleiben wird. Auch die anderen Einnahmen sind sehr vorichtig geschätzt. Unser Ausgabeordinarium steigt von 1913 auf 1914 von 310,3 auf 320,9 Millionen; diese Steigerung von 10,6 Millionen muß ich als durchaus mäßig und absolut nicht furchterregend bezeichnen. Von 1909 bis 1914 ist das Ordinarium von 244 auf 320 Millionen, durchschnittlich jährlich um 15 Millionen gestiegen. Die Steigerung der Anleihe von 36 auf 71 Millionen ist zweifellos sehr bedeutend, aber im einzelnen sind die Posten durchaus regulär und geben zum Teil auf Beschlässe von 1904 zurück. Aus der Anleihe von 1911 sind hier 47 Millionen eingestellt. Es wird mir nun unterstellt, daß diese „großzügige“ Finanzwirtschaft Berlins auf meine Initiative zurückgehe. Ich weise diese Behauptung mit aller Entschiedenheit zurück. 1911 haben die städtischen Behörden Unternehmungen auszuführen beschlossen, welche circa 350 Millionen kosten. Ich war damals mit der Wahrung der deutschen Finanzen im Reichsschatzamt befaßt; 1912, im September, kam ich zu Ihnen und habe diese Aufgaben mit Freude mit auszuführen unternommen. Jetzt wird außer der Nord-Süd-Bahn und dem Westhafen auch noch der Osthafen und sogar der Urbanhafen mir zur Last gelegt. (Weiterkeit.) Es ist mir eine Ehre, daran mitgearbeitet zu haben, daß die Verlegung der Großmarkthalle erfolgt. Ich weise es weit von mir, daß die finanziellen Konsequenzen dieser Unternehmungen mit meinem Amtsantritt an- und ausgebrochen seien. Ich weise es ebenfalls so weit von mir ab, daß auch die künftigen Anleiheraten aus diesen Unternehmungen mir persönlich vor die Tür gelegt werden. Freudig übernehme ich persönlich die Verantwortung für den Ankauf Lantes, obwohl auch dieser Ankauf vom Magistrat einstimmig beschlossen worden ist. (Hört! hört!) Wenn Handel und Industrie mehr und mehr das Rückgrat der Steuerkraft Berlins werden, dann müssen wir auch das Nötige tun, diese in ihrer Lebenskraft zu erhalten und womöglich auch zu stärken; und wenn die Gemeinde diesem Ziele nachkommt, darf sie auch, wie der Kaufmann selbst, zu Anleihen schreiten. Berlins Belastung mit Anleihen zu nicht verwenden zwecken ist ganz überaus günstig; es kommen 100 M. auf den Kopf der Bevölkerung. Köln, Hannover, Aachen, Frankfurt a. M., Düsseldorf und Charlottenburg gehen weit höher, der Betrag steigt bis auf 400 M. Das Wort „großzügige Wirtschaft“ ist meinem Sprachgefühl ebenso fremd wie der Begriff meiner nächstern Verwaltung. Ich befrühworte keine eizügige oder D-zügige Wirtschaft in den Ausgaben; ein frischer Zug muß in der Verwaltung sein. Eine Stadt wie Berlin kann nicht sagen: „Lohnt mich aus mit dem Vorwärtsstreiten, meine Kuh will ich haben“ (Lebhafte Zustimmung und Weiterkeit); sonst kommt es um so schneller zu einer unüberhältnismäßigen Häufung der Ausgaben. Die Gefahr liegt in den Ausgaben, die uns von außen aufgezwungen werden sollen. Ist es nicht eigenartig, daß die bestigsten Angriffe auf unsere Finanzwirtschaft gerade aus den Kreisen kommen, die uns immerfort mit Plänen von ungläublicher Tragweite beglücken wollen? Ueber die Groß-Berliner Fragen, über die Niederbarnimer Steuererhöhung spreche ich heute nicht, ich sehe auch ab von der Eingemeindungswünschen Vororte auf den Eriah durch den Schullastenausgleich vertrieben werden, so werden sie eine bittere Enttäuschung erfahren. Lassen Sie uns gemeinsam an den Etat herantreten in dem Vertrauen, unsere Finanzkraft gesund zu erhalten und sie zu stärken. (Beifall.)

Stadtv. Gassel (A. L.): Wir können dem Oberbürgermeister für diese klaren Darlegungen nur dankbar sein. Die Angriffe auf unsere Finanzwirtschaft können uns nicht schaden; wir haben ähnliches schon früher erlebt und werden auch in Zukunft damit nicht verschont bleiben. Dem Kammerer sind wir für die übersichtlichere Gestaltung des Etats ebenso wie für sein Bestreben, bei den Ausgaben eine gewisse Sparsamkeit walten zu lassen und das Gefühl dafür auch bei uns rege zu erhalten, erkenntlich. Wir wollen Berlin entwickeln, sollen aber nicht alles auf einmal machen; gewisse Straßendurchbrüche haben nicht so große Eile. (Zustimmung.) Der jetzige Kammerer hat die Balance ohne Steuererhöhung und ohne Ueberdrehung der 100 Proz. herzustellen erstrebt, während früher der Magistrat in dieser Beziehung nicht die Initiative ergriffen hat; auch dafür verdient Herr Böhm Anerkennung. Die 100 Proz. sind ja für mich kein Dogma, aber dabei zu verbleiben, das bleibt gleichwohl ein Ziel, „aus innigste zu wünschen“. Einige kritische Bemerkungen des Kammerers über frühere Gemeindebeschlüsse und deren jetzige finanzielle Konsequenzen fordern zum Widerspruch heraus. Großmarkthalle und Westhafen sind von uns beschlossen und müssen ausgeführt werden; wir haben darüber sehr ernst beraten, und ich nehme an, daß eine gleiche ernste Beratung auch im Magistrat stattgefunden hat. Unser Gewissen ist rein. Der Ankauf von Lante ist, wie wir heute hören, vom Magistrat einstimmig beschlossen worden (Jurist: Auch Böhm!); das ist für uns von Bedeutung. Die neulichen Bedenken des Kammerers habe ich schon bei der Beratung der Ankaufsvorlage vorgebracht; was nachträgliche Bemerkungen darüber für einen Zweck haben sollen, sehe ich nicht recht ein. Die Kritik des Kammerers richtet sich ja auch in Berlinheit gegen den Magistrat; das muß er mit sich und dem Magistrat ausmachen. Im Geiste der Städteordnung und der Selbstverwaltung wäre es aber, wenn eine einheitliche Haltung des Magistrats uns gegenüber beobachtet würde, wenn uns seine Vorlagen als von einem einheitlichen Willen getragen entgegengebracht würden. (Zustimmung.) — Der Redner wendet sich dann mit großer Schärfe gegen die Politik der Regierung im Punkte der Eingemeindung, wodurch Berlin und nur Berlin aufs schwerste benachteiligt werde, und gegen den Schullastenausgleich, dem gewisse Vororte anstehen. — Mit dem Oberbürgermeister erwartet auch der Redner aus dem Generalpardon eine erhebliche Steigerung der Kommunalsteuereinnahmen. (Beifall.)

Stadtv. Leib (Soz.): Alle Finanzminister würgen ihre Reden mit der Aufforderung zur Sparsamkeit. Verständlich ist auch bei jedem Finanzminister der Wunsch, mit recht großen Ueberschüssen vor seine Jurisdiktion zu treten. Gegen die Mahnung zur Sparsamkeit würde sich kaum etwas sagen lassen; man kann mit dieser Redensart sehr wenig anfangen; makgebend bleibt immer das von Fall zu Fall zu prüfende Bedürfnis. Aber unser Kammerer hat sich nicht darauf beschränkt, sondern hat Kritik an der ganzen Kommunalpolitik des Jahres 1913 geübt. Wir haben sehr oft Gelegenheit nehmen müssen, die Kommunalpolitik der Versammlung unter die kritische Lupe zu nehmen; aber die Kritik des Kammerers war unbedeutend; wir unterkreits billigen und vertreten vollkommen die von ihm angegriffenen Beschlüsse. Er hat für seine Kritik eine sachliche Unterlage kaum gehabt. Der Westhafen hat eine Leidensgeschichte, die Schuld dafür liegt aber nicht auf seiten der Versammlung. Wir müssen bedauern, daß alle diese Projekte nicht schon viel früher ausgeführt werden konnten. Die Aufsichtsbehörden sind es, die durch ihr Verhalten diese Verzögerung herbeigeführt haben. Die Geschichte des Großmarkthallenprojektes ist ja auch alt, der bezügliche Beschluß nichts Neues oder Plöbliches. Ebenso ist es eine billige Lebensart, daß die Sublinien der städtischen Straßenbahnen nicht hätten eröffnet werden sollen vor der Untertunnelung

der Linden. Die Geschichte der städtischen Straßenbahnen zeigt uns ja auch einen Dornenweg, den die Stadt hat gehen müssen, zum Vorteil der allmächtigen „Großen Berliner Straßenbahn“. (Sehr richtig!) Je eher wir mit unseren Unternehmungen zu Rande kommen, desto eher werden wir wieder daraus Einnahmen ziehen. Unser Finanzminister scheint allerdings entgegengesetzter Ansicht zu sein. Er unternimmt den Versuch, die Ausführung hinauszubalten (Unruhe); sonst wäre es nicht zu verstehen, daß er kurz nach Abbruch der vorjährigen Etatsberatung an die Bauverwaltung die Verfügung erteilt, sich in den Ausgaben nach Möglichkeit zu beschränken und die Etatspositionen für 1914 möglichst knapp anzusetzen. Beim Erwerb von Lante ist doch der finanzielle Gesichtspunkt in keinem Falle ausschlaggebend gewesen. Die Angst des Kammerers vor der Beschaffung besserer Verbindungen nach Lante zur Aufschließung dieses Geländes ist vollends unverständlich. Auch eine Erhöhung der Gebühren für die Krankenhauspflege hat der Kammerer angekündigt. Ich möchte dagegen ganz entschieden Widerspruch einlegen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir würden das als eine erhebliche Verschlechterung der städtischen Gesundheitspflege ansehen, die die breiten Massen der Bürgerschaft schwer schädigen könnte. Die Krankenhäuser der Stadt können nicht in erster Linie vom finanziellen Standpunkt aus beurteilt werden. Die städtischen Einrichtungen für die Unterbringung unserer Sichen genügen auch nicht mehr den Anforderungen; es müssen Sichenhäuser gebaut werden. Andererseits kann es nicht Aufgabe der Gemeinde sein, mit allzu großer Härte zu verfahren bei der Eintreibung von Gebühren gegen Angehörige, die oft selbst kaum das Nötige zum Leben verdienen. Jetzt wird ganz formularmäßig verfahren, und am Schluß des Abdrucks der betreffenden gesetzlichen Bestimmungen steht die Androhung mit dem Arbeitshaus, auch bei solchen, die sich noch nicht geweigert haben. Das wird von der Bevölkerung sehr unliebsam empfunden und sollte abgestellt werden. Der Vorredner meinte, der Schuletat für 1914 sei reichlich ausgestattet; wir können das nicht finden. Für 2,5 Millionen Mark Schulbauten sind gekrichen (Hört! hört!); darunter drei erste Raten für neue Schulen. (Hört! hört!) Wir halten die schleunige Inangriffnahme der Schulbauten für doppelt notwendig in dieser Zeit der Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichen Depression; in den Zeiten schlechter Konjunktur baut es sich auch entschieden billiger als bei Hochkonjunktur. Auch unsere Schulverwaltung würde uns dafür sehr dankbar sein. Die Finanzgebarung des Bauetats im Schulwesen stimmt auch mit der Erklärung des Oberbürgermeisters vom vorigen September in betreff der Schaffung von Arbeit für die Arbeitslosen nicht überein. Diese Arbeiten sind notwendig; beschleunigen Sie sie; dann ist damit den Arbeitslosen am besten gedient und wir brauchen keine Notstandsarbeiten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Kammerer sprach auch von einer „geringfügigen Zurückhaltung“ in der Tiefbauverwaltung. Tatsächlich ist unser Bauetat um nicht weniger als drei Millionen Mark beschnitten worden (Hört! hört!); darunter befindet sich eine Prümde, die kürzlich dem Magistrat von der Versammlung noch besonders empfohlen worden war! Sogar die Kochküche der Zentrale hat es ihm angetan; sie ist gestrichen. Ich will von diesem und anderen Kränkeldücken des Kammerers nicht weiter reden, aber diese Etatsgebarung ist eben nicht recht in Einklang zu bringen mit den früheren Versprechungen, durch besonders rege Bautätigkeit den Baumarkt zu heben und die Holzbranche zu berücksichtigen. Die Bauverwaltung bitte ich dringend, in erster Linie auf den städtischen Bauten Berliner Arbeiter und nicht Arbeiter von außerhalb, aus Aachen usw., zu beschäftigen. Bei den städtischen Arbeitern schießen nach wie vor in bezug auf schlechte Bezahlung unsere Straßenreiniger und die Arbeiter auf den städtischen Gütern den Vogel ab. Ein Lohn von 2,50 M. ist wirklich von Beruhigern zuviel und zum Stauffen zu wenig; auch die städtische Verwaltung sollte doch zum mindesten nicht unter den ortsüblichen Tagelohn heruntergehen, der jetzt für Osdorf und Großbieren 3 M. beträgt. In der Waisenpflege befinden sich mehr als 1000 Kinder; nur 700 davon sind in eigener Anstaltspflege, die andern 800 in Außenpflege. Trotz aller Revisionen entspricht hier die Erziehung nicht den berechtigten Anforderungen. Viele schulpflichtige Kinder geben wir aufs Land hinaus; sie kommen da in schlechtere Schulverhältnisse. Wie sollen diese Kinder nachher den Kampf ums Dasein führen? Die Stadt muß eigene Anstalten bauen; daran fehlt es uns. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es darf nicht sein, daß unsere Waisenkinder nach Ostpreußen gegeben werden, wo sie dann in zweifelhafte Schulen kommen. Das Fürsorgewesen scheint ja erfreulicherweise einer Reform entgegenzugehen. Aber auch hier hat der Kammerer uns wieder einen bösen Streich durch die Rechnung gemacht; wir werden im Etatsauschuß versuchen müssen, diesen Fehler wieder gutzumachen, damit die von uns beschlossene Anstalt schneller errichtet und ihrer Bestimmung übergeben werden kann. Die Zentrale für die Jugendfürsorge, der wir erst ganz kürzlich eine Subvention bewilligt haben, hat sich in ihrer Zeitschrift gegen die Waisendeputation gewendet und ihr eine bedauerliche Schwentung vorgeworfen, die die vorbeugende Arbeit der Zentrale sehr erschwere. Der städtische Dezernent soll neuerdings von der Auffassung ausgegangen sein, die Fürsorgeerziehung sei billiger als die Waisenpflege. Von einem solchen fatalistischen Gesichtspunkt soll doch unsere Verwaltung nicht ausgehen. Vorbeugende Mittel sind die Horte und Kindergärten, die Spielplätze und Ferienpicale; auf allen diesen Gebieten hat die Stadt noch nicht allzuviel getan. In Berlin befinden sich mindestens 20 000 Kinder ohne Aufsicht und Schutz während der Arbeitszeit der Mütter; in den Kinderorten sind davon nur 6500 untergebracht; die Zahl der Horte muß mindestens verdoppelt werden. Der Stadt wird nichts übrig bleiben, als ihr Hauptinteresse mehr wie je auf diese vorbeugenden Maßnahmen zu richten. Die Kinder sind schulpflos, weil die Mütter durch die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse zum Brotverdienst gezwungen werden und aus dem Hause gehen müssen. Mit den gegenwärtigen Mitteln wird auch nicht entfernt dem Bedürfnis genügt, den Kindern den Besuch der Spielplätze zu ermöglichen. Auch an den Freizeitanstalten für Radfahrer hat der Kammerer noch abgekircht; soll vielleicht der für die Olympischen Spiele hergegebene Betrag auf diese Weise wieder herausgewirtschaftet werden? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Für die schwachbetraugten Kinder, die ganz besonders schlimm dastehen, wenn ihre Eltern gestorben sind, muß auch mehr geschehen, es müssen eigene Anstalten von Stadt wegen für sie geschaffen werden, wo sie für das praktische Leben ausgebildet werden, um sich nachher durchzuschlagen, die privaten Bemühungen auf diesem Gebiete reichen nicht aus. Auch wir sind der Meinung, daß der Wehrbeitrag manche Steuerdrückergererei ans Tageslicht bringen wird; das wird aber noch lange kein Grund sein, den Wünschen der Haus- und Grundbesitzer auf Ermäßigung der Annullationsabgabe oder der Grundsteuer nachzugeben; weit eher dürfte Anlaß gegeben sein zur Befestigung der überaus lästigen und schizandösen Luftschiffsteuer. (Sehr wahr!) Der Magistrat scheint allerdings gerade diese Steuer für besonders entwicklungsfähig zu halten; auch die Theatersteuer will man jetzt dazu heranziehen. Name der Magistrat damit durch, dann würden diese Vereine nur öffentlich erklärt und konzeptionspflichtig, damit wäre ihnen aber auch der Boden entzogen. Der angestrebte Schullastenausgleich hat lediglich den Hintergrund, daß der Staat sich von seiner Verpflichtung, wenig steuerkräftigen Gemeinden Zuschüsse zu leisten, auf Kosten der Stadt Berlin befreien will. Ein Radikalmittel dagegen ist lediglich die Eingemeindung; die Mehrheit dieser Versammlung kann aber die Schuld nicht von sich abwägen, den Zeitpunkt der Eingemeindung beabsichtigt zu haben. (Zustimmung und Widerspruch.) Diesen Fehler soll man nicht durch neue vermehren. Es soll sich nächstens entscheiden, ob in Zukunft die Stadt Berlin in den Vertrag der A. E. W. eintritt. Nach meiner Ansicht hat die Stadt die Verpflichtung, endlich einmal für die Allgemeinheit einen großen Schritt zu tun. Wir wünschen, daß nicht das Bank- und Vorkapital mit seinem Einfluß so hart sein möge, daß das

Parteiangelegenheiten.

Die neue Lokalliste

Ist der heutigen Nummer des „Vorwärts“ beigelegt worden und wiederum richten wir an die gesamte Arbeiterschaft das dringende Ersuchen, die Lokalliste mehr zu beachten als bisher. Es ist unbedingte Pflicht jedes Arbeiters, alle Lokale zu meiden, die der Arbeiterschaft zu Versammlungen verweigert werden.

Beachtet die Arbeiterschaft diesen wiederholt an sie gerichteten Appell und handelt sie streng danach, so muß es uns gelingen, alle Lokale, die durch den Besuch der Arbeiterschaft erst ihre Existenz haben, auch zu Versammlungszwecken zu eröfnen.

Wo uns aber Säle zu Versammlungen zur Verfügung stehen, dort können wir das Versammlungsrecht erst wirklich ausüben, darum ist der Kampf um Versammlungsräume auch ein Kampf um das Versammlungsrecht. Deshalb:

Beachtet stets die Lokalliste!

Ferner ersuchen wir die Vorstände und Komitees, bei allen ihren Veranstaltungen dafür zu sorgen, daß das notwendige Bedienungspersonal stets vom kostenlosen Arbeitsnachweis des Verbandes deutscher Gastwirtschaften bezogen wird. (Ordnungsverwaltung Berlin, Große Hamburger Straße 18/19, Tel. Amt III, 1813.)

Außerdem ist es im eigenen Interesse der Vereine selbst dringend notwendig, daß allen Verträgen mit Lokalinhabern eine Klausel angefügt wird, wonach für den Fall, daß das betreffende Lokal später für Arbeiterversammlungen verweigert werden sollte, der Vertrag seine Gültigkeit verliert.

Alle sonstigen Anfragen, Mitteilungen usw. sind stets durch die in der Lokalliste angegebenen Kommissionsmitglieder an den Obmann der Lokalkommission zu richten, soweit Lokale Berlins und der Kreise Nieder-Barnim, Teltow-Beeskow und Potsdam-Osthavelland in Frage kommen. Für die übrigen Provinzorte sind alle Anfragen direkt an den Obmann zu richten, in keinem Falle jedoch direkt an die Redaktion des „Vorwärts“; dies bitten wir zu beachten.

Zum Schluß ersuchen wir die Parteigenossen, die jeweilige Lokalliste stets bis zum Erscheinen der nächsten aufzubewahren, sowie von allen in der Zwischenzeit eintretenden etwaigen Änderungen Notiz zu nehmen. Für verloren gegangene Listen kann jederzeit Ersatz von allen Kommissionsmitgliedern bezogen werden.

Die Lokalkommission.

Eine große Volksversammlung

findet Dienstag, den 3. März, in den Konzertsälen und Festsälen, Inhaber Obiglio, Koppenstr. 29 statt, mit der Tagesordnung:

„Gegen den staatlichen Gebärzwang“.

Referenten sind: Reichstagsabgeordneter Aug. Brey, Genossin Luise Zieg, Genosse Dr. Silberstein.

Den Genossen und Genossinnen ist aus der Presse bekannt, welche reaktionären Anschläge von den bürgerlichen Parteien wider den Geburtenrückgang unternommen sind.

Anschläge, die, wenn sie glücken, schwere gesundheitliche Gefahren für die Bevölkerung mit sich bringen und sich zudem in der Praxis als arge Ausnahmemaßnahmen gegen die Minderbemittelten entpuppen werden.

Diesen Vorstoß der reaktionären Mächte gilt es durch wichtigen Protest niederzuschlagen und noch lauter und nachdrücklicher als seither jene Reformforderungen zu erheben, die als kulturell segensreiche Maßnahmen zur sozialen Hebung des Proletariats am wirksamsten dem Geburtenrückgang entgegenwirken.

Also, auf zum Protest!

Der geschäftsführende Ausschuß.

Bierler Wahlkreis. Sonntag, den 1. März, abends 6 1/2 Uhr, findet im Elysium, Landsberger Allee 40, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: Vortrag des Reichstagsabgeordneten Friß Jubel über: „Freunde ringen um“ 2. Diskussion. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Steglitz. Heute Freitag, 1/2 9 Uhr abends, findet im Albrechtshof, Albrechtstr. 1a, eine öffentliche Wählerversammlung statt, in der die Genossen Gemeindevertreter Ahmann und Kandidat Leimbach über: „Die Reaktion im Steglitzer Dorparlament“ sprechen werden.

Wilmerdorfer. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, sich in der am Sonntag, den 1. März, mittags 12 Uhr, in Steglitz, Albrechtstr. 1a, stattfindenden Protestversammlung gegen das Frankfurter Strafkammerurteil einzufinden.

Mariendorf. Die Genossinnen und Genossen, welche an der Versammlung am Sonntagvormittag in Steglitz teilnehmen, treffen sich um 10 Uhr vormittags am Bahnhof Mariendorf.

Wahlkreis an der Ostbahn. Am Sonntag, den 1. März, morgens 8 Uhr, allgemeine Flugblattverbreitung. Die Genossen treffen sich im Säben bei Mader, Köpenicker Allee, in der Kolonie bei Linke, Grünowstraße, und im Norden bei Anders, Bahnhofstraße. Während der Wahlzeit am Nachmittag von 2-7 Uhr befinden sich die Wahlbüros unserer Partei für den Südbezirk im Restaurant von A. Schulz, Köpenicker Allee 60; für den Nordbezirk im Restaurant von Müller, Schloßbräuquelle, Berliner Str. 111. Kandidaten unserer Partei sind: für den Südbezirk Robert Dertel, Rossenbote, für den Nordbezirk August Giese, Maurer.

Tempelhof. Zu der am Sonntag, den 1. März, in Steglitz im Lokal Albrechtshof stattfindenden Protestversammlung gegen das Urteil im Lugemberg-Prozess treffen sich die Genossen 1/2 11 Uhr am Mariendorfer Bahnhof.

Ahrensfelde. Am Sonntag, den 1. März, nachmittags 3 Uhr, im Lokal von J. Schneider, öffentliche Kommunalwählerversammlung. Tagesordnung: 1. Was will der Sozialdemokrat in der Gemeindevertretung? Referent: Stadtverordneter P. Wühl (Lichtenberg). 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Kandidaten.

Berliner Nachrichten.

Gegen die Stadtkämmererpolitik.

Die Stadtverordnetenversammlung unterzog gestern den Entwurf des neuen Stadthaushaltplans einer Generaldebatte, die reichlich vier Stunden dauerte. Nach der eigenartigen Einführungsrede, mit der in der vorigen Sitzung der Kämmerer Böß den Ent-

wurf vorgelegt hatte, durfte man sich auf lebhafte Erörterungen gefaßt machen. Zu einem Kesselreiben gegen den Kämmerer, das mancher vielleicht erwartet hatte, kam es nun allerdings nicht. Schließlich hatte Herr Böß doch zu sehr der freimüthigen Mehrheit der Stadtverordneten aus dem Herzen gesprochen, wenn auch seine fürchte Attade im ersten Augenblick als bestige Kurempeluna der ganzen Stadtverordnetenversammlung und des Magistratskollegiums empfunden wurde. Die Debatte wurde gestern eröffnet vom Oberbürgermeister Vermuth. Den Vortritt hatte die Opposition, und sozusagen als Führer der Opposition gegen die Stadtkämmererpolitik trat diesmal der Oberbürgermeister auf! Ein interessantes Schauspiel war's, das Stadtoberhaupt in Verteidigungsstellung gegenüber dem Kämmerer zu sehen. Auf gewisse Zeitungen, die den Herzenserguß des Kämmerers mit zustimmenden Keufherungen begleiteten, schlug Herr Vermuth los — aber den Kämmerer meinte er. Scharf trat er dem Vorwurf einer Häufung und Ueberfüllung „unwirtschaftlicher Millionenprojekte“ entgegen. Eine Gemeinde wie Berlin könne nicht handeln nach dem Grundsatze: „Nicht's mich aus mit dem Vorwärtsfahren, meine Kuh will ich haben!“ Aus der Stadtverordnetenversammlung erging als erster der Stadtverordnete Cassel das Wort. Seine Freunde hatten es ihm auf die Seele gebunden, dem braven Stadtkämmerer nur nicht zu wehe zu tun, und das führte er getreulich aus. Die Sparmaßregeln vom vorigen Donnerstag hatte Herr Cassel vollen Weisfall. Nur weil so etwas bisher „nicht Brauch war“, mißbilligte er die Kritik, durch die der Kämmerer sich in einen offenen Gegensatz zum Magistrat gebracht hatte. Ah, wie vorsichtig verstand Herr Cassel dem Herrn Böß die paar freundschaftlichen Klappse zu verobereiden! Einen anderen Ton schlug unser Genosse Leid an. Fast alle die Projekte, die der Kämmerer als Beispiele einer überfüllt draußlos wirtschaftenden Kommunalpolitik hingestellt hatte, waren ja von langer Hand vorbereitet. Der Kämmerer, den es mit Sorge erfüllt, daß sie nun endlich ausgeführt werden sollen, hat bei anderen, bereits in der Ausführung begriffenen Projekten sich nicht geirret, die Arbeiten zu hemmen. Die von den einzelnen Verwaltungen für unbedingt nötig gehaltenen Mittel durch kräftige Streichungen zu kürzen, hat er sich eifrig bemüht. Unser Redner führte ein paar geradezu skandalöse Beispiele hierfür an und hob im Anschluß daran hervor, wie sehr dadurch die Möglichkeit, durch Ausführung von Bauten die Arbeitslosigkeit zu lindern, eingeschränkt wird. Er ging dann über zu einer Betrachtung der einzelnen Verwaltungen und berührte eine Reihe Aufgaben, deren Lösung dringend zu wünschen ist. Zu ihnen gehört auch die Uebernahme der Elektrizitätswerke. Mit einem Hinweis auf die Notwendigkeit dieses wichtigen Schrittes, den Berlin in nächster Zukunft tun müssen, schloß Genosse Leid seine eindrucksvolle Rede. Es sprachen sodann noch Stadtverordneter Romm sen und Stadtverordneter Rosenow, die beide dem Stadtkämmerer sehr viel entschiedener als Herr Cassel den Standpunkt karmachten. Die Debatte endete mit einem „Rotzschrei“ der Hausagrarier, den der Stadtverordnete Landsberg beistimmte. Der Statuentwurf wurde schließlich dem Ausschuß überwiesen.

Vom städtischen Seefischverkauf.

Die Markthallen-Deputation hatte sich in ihrer letzten Sitzung mit einem Antrage des Fischhändlervereins zu beschäftigen, den städtischen Seefischverkauf im Frühjahr einzustellen.

Die Herren begründeten den Antrag damit, daß der Verein viel besser wie die Stadt die Versorgung mit Seefischen durchführen könne, namentlich sei der Verein in der Lage, bei großen Fängen sofort zu laufen und die Fische billig auf den Berliner Markt zu bringen. Auch sei dem Verein die Unterbringung der Fischereidirektion in Hamburg zugesichert. Genosse Hynke als Referent konnte darauf hinweisen, daß die Versorgung durch die Stadt in den 2 1/2 Jahren des Bestehens zu keinerlei Klagen Veranlassung gegeben und daß die Berliner Einrichtungen von anderen Städten als musterhaft übernommen seien. Es liege kein Grund vor, den bisherigen Zustand zugunsten einzelner Händler zu ändern, zumal auch die Fischereidirektion in Hamburg die Angaben des Vereins als unrichtig bezeichnet habe. Gerade die Einrichtung, daß nur beste und frische Ware zu annehmbaren Preisen unter Aufsicht der Stadt in den Handel gebracht wird, hat dazu geführt, daß in zahlreichen Familien wöchentlicher Seefische auf den Tisch kommen. Die strenge Aufsicht scheint aber einem der Herren des Vereins nicht gut bekommen zu sein und er versucht nun auf Umwegen den Verkauf in seine Hände zu bekommen. Es wurde einstimmig beschlossen, den Verkauf in der bisherigen Weise fortzuführen. An jedem Dienstag und Donnerstag findet der Verkauf von Seefischen, Schollen, Rotzungen usw. in den bekannten Hallen statt.

Die Schließung einiger nicht rentierender Markthallen gab zu längerer Debatte Veranlassung. Festgestellt wurde, daß einige dieser Hallen jährliche Zuschüsse von 30-40000 M. erfordern. Die Deputation will jedoch erst die Verlegung des Großmarktes nach der Weußelstraße abwarten, um dann erneut die Frage der Schließung einiger Hallen in Erwägung zu ziehen.

Polnische Wirtschaft.

Die Berliner Stadthöhe hat zahlreichen Berlinern Aufforderungen zur Nachzahlung von Steuern aus den Jahren 1910 und 1911 zugehen lassen. Darunter befinden sich Jesuiten, die ihre Kirchensteuern stets pünktlich bezahlt haben und nun entrichtet sind, daß sie diese Steuern noch vier Jahren noch einmal entrichten sollen. Die Stadthöhe verlangt die Vorlegung der Steuerquittungen, trotzdem sie doch damit rechnen muß, daß die Jesuiten diese Quittungen nicht aufbewahrt haben. Nach wie vor erfolgen auch noch zahlreiche Veranlagungen solcher Personen, die seit Jahren aus der Kirche ausgeschieden sind. Eine recht nette Wirtschaft!

Eine Familientragödie

hat sich in der Ruppiner Straße abgespielt. Dort hat der 44 Jahre alte Werkmeister Alfred Wadepuhl seine beiden Stiefkinder, einen Knaben von fünf und ein Mädchen von drei Jahren vergiftet. Das Mädchen ist gestorben.

Wadepuhl hatte trotz eines mittleren Einkommens infolge besonderer Verhältnisse mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Er wurde von Tag zu Tag nervöser und fürchtete auch noch arbeitsunfähig zu werden. So kam er auf den Gedanken, mit Frau und Kindern aus dem Leben zu scheiden. Am Sonnabend schickte er die Frau zu seinen Eltern in der Aldermarkt, um den Sohn, der dort seit sieben Wochen zur Erholung war, zurückzuholen. Am Dienstagnachmittag traf sie mit dem Knaben ein. Zur Ausführung seines

Planes blieb Wadepuhl dann nachmittags aus der Fabrik weg. Während die junge Frau abends einholte, mürkte er Morphium in die Schokolade, die er aufwärmete und gab sie dann den Kindern zu trinken. Die Kleinen wurden darauf gleich schlaftrig und Wadepuhl legte sie selbst ins Bett. Als die Mutter kam, schliefen sie schon. Gestern morgen hörte Frau Wadepuhl die Kleinen säuerlich röcheln. Jetzt gestand ihr der Mann, was er getan hatte und schlug ihr vor, mit ihm zusammen auch Morphium zu nehmen. Beide aber fanden nicht den rechten Mut zum Selbstmord. Während sie umschlief und rasselnd dastanden, kam ein Bote von der Fabrik, um zu fragen, weshalb der Werkmeister nicht zum Dienst komme. Als er auf sein Klopfen keine Antwort erhielt, schloß er Verdacht an und holte einen Schuttmann. Dieser ließ öffnen. Er fand die Eheleute ganz kopflos im Schlafzimmer der Kinder liegen. Sie gaben ihm kurz an, was vorgegangen war, und der Beamte ließ sofort einen Arzt holen, der für die Ueberführung der Kinder nach dem Krankenbause Noabit sorgte. Das Ehepaar wurde hierauf nach der Wache gebracht. Nach dem ersten Verhör wurde Wadepuhl der Kriminalpolizei am Alexanderplatz zugeführt, seine Frau nach Hause wieder entlassen.

Schwerer Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen.

An der Ecke der Alexanderstraße und der Brenzlauer Straße ereignete sich gestern mittag ein Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen, bei dem zwei Personen schwer verletzt wurden. Die Verletzten sind ein Fräulein Luise Gerz aus der Danziger Str. 30 und ein Kaufmann Venno Jeske aus der Heinersdorfer Straße in Berlin.

Arbeiter-Bildungsschule.

Am Sonntag, den 1. März, erfolgt pünktlich vormittags 10 1/2 Uhr die Fortsetzung der von Genossin Dr. Liebnicht geleiteten Führung durch das Kaiser-Friedrich-Museum. Teilnehmer wollen sich spätestens 10 1/2 Uhr am Museum (Brücke) einfinden. Mitgliedsbuch dient als Legitimation.

Die kaufmännischen Schulen der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin eröffnen ihr Sommersemester am 2. April. Anmeldungen für die verschiedenen Abteilungen der kaufmännischen Schulen (Abendschulen für männliche Angestellte, den höheren Handelsschuljahr für junge Kaufleute, welche die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst besitzen, für die 6 Tageskandidaten für die obligatorischen Schüler, welche vom städtischen Pflichtschulbesuch befreit sind, für die Fachschule für die Lehrlinge des Versicherungsgewerbes, für die drei Handelsmädchenschulen, welche vom dreijährigen Besuch der städtischen Mädchenschulen befreit, für die Selekten der Handelsmädchenschulen und die Fachklassen für Mädchen, die vom Besuch der städtischen Mädchenschulen befreit) werden in den Schulen während des Unterrichts und im Direktorialbüro in der Börse, Burgstraße 25 II, täglich von 9 bis 3 Uhr entgegengenommen.

Im Berliner Aquarium sind einige seltene Schlangenarten eingetroffen. Drei davon, die für den Menschen als ungiftig bezeichnet werden können, da ihre kleinen Giftzähne ganz hinten stehen, stammen aus Madagaskar. Eine größere, die Koißschwanz-Trugnatter, ist im Terrarium 7, gegenüber der Fischabteilung untergebracht. Einige schön braun und gelblich längsgebänderte Streifen-Schlammattern bewohnen zusammen mit einer durch ihre schiffartige Pupille sich als Raubtiere kennzeichnenden Trug-Wärfelnatter das Terrarium 13 gegenüber den Vassilisten. Drei weitere große, sehr giftige indische Vetternpiper sind auf schön prausamem Grunde, mit scharf abgegrenzten runden, dunklen Flecken gezeichnet; sie leben friedlich mit ihren Landsleuten den Brillenschlangen, im Terrarium Nr. 18 zusammen. Eine Kocenna-Siper, die als Bewohnerin nordafrikanischer Täler sich auch in ihrem Verhalten Nr. 11 meist mehr oder weniger vollständig in den Sand einwühlt, mit dessen Farbe sie auch ausgezeichnet übereinstimmt, schenkte kürzlich Herr Oberleutnant Kirchheim.

Das Heim des Bundes für Mutterchutz für hilfbedürftige werdende Mütter, sowie für Mütter mit ihrem Kinde, befindet sich jetzt Wilmerdorfer, Sigmaringenstraße 25 I. Dort ist auch die Zentralauskunftsstelle, in der von 7-9 Uhr täglich von 9-1 und Dienstag und Freitag auch von 7-9 Uhr abends Rat und Auskunft über Unterkunft, Rechtschutz, Vermittlung von Pflegestellen, Arbeitsnachweis usw.) erteilt wird. Außerdem wird an folgenden Stellen ebenfalls Auskunft gegeben: SO., Mariannenufer 2 (Sprachl. 2-4), N. 87, Schönhauser Allee 164, Frau Ledheim (Sprachl. 2-3) Regensburger Straße 12, Frau Müller (Sprachl. 10-11 1/2), W. 35, Vögelsstraße 75, Frau Dornitz (Sprachl. 4-5). Rat und Auskunft unentgeltlich.

Brandstiftung in der Danziger Straße. In der Nacht zum Donnerstag wurde die Feuerwehrt der Danziger Str. 35 gerufen, wo in dem Zigarngeschäft von Polke und in einer angrenzenden Wohnstube Feuer ausgebrochen war. Die Flammen konnten von den Mannschaften des 19. Löschzuges aus der Oberberger Straße schnell erstickt werden, so daß nur die Wohnstube ausgebrannt ist. Wie sich nach der Abklärung zeigte, war das Feuer vorsätzlich angelegt worden. Es wurden nicht weniger als sieben verschiedene Brandherde vorgefunden, die von einander räumlich vollkommen getrennt waren. Die beschuldigte Kriminalpolizei stellte noch in der Nacht Ermittlungen an. Der Besitzer des Zigarngeschäfts war beim Ausbruch des Feuers nicht anwesend. Von wem nun eigentlich die Brandstiftung verübt worden ist, bedarf noch der Aufklärung. — Außerdem hatte die Wirtin in der vergangenen Nacht längere Zeit in der Wiesenstr. 56/59 zu tun, wo auf einem Lagerhof ein größerer Posten Koffische brannte.

Im hiesigen Polizeigewahrsam verstarb am 18. Februar d. J. nachmittags gegen 5 Uhr, ein etwa 40 bis 50 Jahre alter Mann. Der Unbekannte, der anscheinend dem Arbeiterstande angehörte, war wegen Trunkenheit eingeliefert worden. Er ist 1,65 bis 1,67 Meter groß, hat dunkelbraunes Haar, vorne glatte, dunkelblonden und graumelierten Vollbart. Bekleidet war er mit einem schwarzen und einem braunen Jackett, schwarzer und brauner Hose, weißem Hemd mit schwarzen Streifen, grauen Strümpfen und schwarzen Schnürschuhen. Nachricht über die Identität erbittet die Kriminalpolizei nach Zimmer 340 111, zu den Akten 633 IV, 55 14. Auch nimmt jedes Polizeirevier Mitteilungen entgegen.

Vorortnachrichten.

Einer, der uns Moral lehren wollte.

Die „Tempelhofer Zeitung“, deren verantwortlicher Redakteur und Verleger Hermann Wegner ist, betreibt mit besonderem Eifer die Bekämpfung der Sozialdemokratie in Tempelhof und Mariendorf. Aus Anlaß der Verwaltungsstreitende unseres Genossen Ewald gegen die Tempelhofer Gemeindeverwaltung zog die „Tempelhofer Zeitung“ wieder auf Grund unwahrer Angaben gegen die Sozialdemokratie los und verfiel sich sogar dazu, unseren Parteigenossen Moral lehren zu wollen. Der „Vorwärts“ lehnte es ab, mit dem Redakteur Hermann Wegner über Moral zu diskutieren und sagte, auch eine jabliche Auseinandersetzung mit der Redaktion der „Tempelhofer Zeitung“ müsse ein-

weilen abgelehnt werden, bis Klarheit darüber geschaffen sei, ob der Redakteur Hermann Wegner identisch sei mit einem Rechtskonsulenten gleichen Namens, dem im Jahre 1906 wegen etwa 30, zum Teil schwerer Vorstrafen, die Konzession zur Ausübung der Rechtskonsulententätigkeit entzogen wurde.

Herrmann Wegner, der sich durch diese Anfrage beleidigt fühlte, hat unsere verantwortlichen Redakteur, Genossen Wielepp, verklagt. Gestern sollte die Klage vor dem Schöffengericht Neukölln verhandelt werden. Der Vorbesitzer versuchte vor Eintritt in die Verhandlung einen Vergleich anzubahnen. Doch Wielepp sowie sein Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Heinemann, lehnten jeden Vergleich ab mit der Begründung: Der Kläger, der uns Moral ablehnen wollen, habe im Jahre 1909 den Offenbarungseid geleistet, er sei bis 1912 als Prokurist in dem Geschäft seiner Frau (Mariendorfer Verlagsanstalt und Druckerei) tätig gewesen. Dann wurde das Geschäft in eine offene Handelsgesellschaft umgewandelt und der Kläger nebst seinem Sohn als Eigentümer des Geschäfts eingetragen. An demselben Tage wurde die offene Handelsgesellschaft wieder aufgelöst und der Sohn des Klägers blieb alleiniger Geschäftsinhaber. Dem Kläger sei die Konzession als Rechtskonsulent entzogen worden, weil er etwa 30 Vorstrafen erlitten habe, darunter Betrug im Rückfalle, Urkundenfälschung, Kuppellei und Widerstand gegen die Staatsgewalt. — Mit einem Manne, der ein solches Vorleben hinter sich habe, könne der Angeklagte unter keinen Umständen einen Vergleich schließen.

Der Anwalt des Klägers bemerkte, es sei Herrn Wegner darum zu tun, daß seine Vorstrafen im „Vorwärts“ nicht mehr erwähnt werden. Der Beklagte solle eine dahingehende Erklärung abgeben. — Auch das wurde abgelehnt. Wielepp und sein Verteidiger erklärten: Wir gehen keine Verpflichtung dem Kläger gegenüber ein.

Hierauf zog der Anwalt des Klägers die Klage bedingungslos zurück.

Daß es so oder ähnlich kommen mußte, haben wir vorausgesehen. Herr Wegner hätte wirklich klüger getan, wenn er die Klage gar nicht erst erhoben hätte. Noch klüger wäre er allerdings gewesen, wenn er eine an sich erledigte Sache nicht zu Angriffen auf unsere Genossen in Tempelhof und auf den „Vorwärts“ ausgenutzt hätte. Die Art, in der dies in seinem Blatte, in der „Mariendorfer Zeitung“ geschah, zwang uns zu einer energischen Abwehr um so mehr, als unsere Genossen in Tempelhof und Mariendorf schon des öfteren von diesem Blatte in der unschönsten, von persönlicher Gehässigkeit diktierten Weise heruntergerissen wurden. Wir wollen hoffen, daß wir nicht mehr gezwungen werden, gegen eine gehässige Kampfweise der „Mariendorfer Zeitung“ vorzugehen.

Neukölln.

Ein gewaltiger Brand kam gestern nachmittag in der Fabrik für Cerefin, Lanolin und Stearin von Graab u. Kranich in der Juliusstraße 10/11 aus. Auf die Meldung Großfeuer riefen sofort die beiden Automobilköchige der Hauptwache sowie der Löschzug der Wache II zur Brandstelle aus. Schon von weitem war das Feuer an dem hellen Schein und den dicken Rauchwolken erkennbar. Unter Leitung des Branddirektors Boddjick ging die Wehr mit zwei B-Kohren und sechs C-Kohren gegen die Gewalt des Feuers vor. Nach mehrstündiger angestrengtester Tätigkeit gelang es ihr, den Brand auf den vorgefundnen Herd zu beschränken. Ein ausgedehnter Lagerraum, der mit Pappbaumwolle, Stearin, Wachs und Säden angefüllt war, wurde fast vollständig vernichtet. Die angrenzenden Fabrikgebäude konnten dank der energischen Tätigkeit der Wehr geschützt werden. Die Entstehungsurache wird auf unvorsichtiges Umgehen mit brennendem Licht zurückgeführt.

Sonntag, den 1. März, findet ein gemeinschaftliches Spielen der Kinder statt. Treffpunkt: Hermannstraße, Ecke Grüner Weg, vormittags 9 Uhr, Ende 12 Uhr. — Mittwoch, den 4. März: Märchenvorlesung bei Wartsch, Hermannstr. 49. Anfang 5 Uhr, Ende 6 1/2 Uhr. Eintritt frei. Um rege Beteiligung ersucht. Der Spielandausschuß.

Charlottenburg.

Schulärztliche Besuche an höheren Schulen. Außer an den Gemeindefschulen sind in Charlottenburg auch an den höheren Knaben- und Mädchenschulen Schulärzte angestellt. Auch diese Schulärzte sind sowohl mit der Ueberwachung der gesundheitlichen Verhältnisse der Schulgebäude wie mit der der Schüler betraut. Ihre Untersuchungen haben ebenfalls alle neu eintretenden Schüler innerhalb sechs Wochen nach der Einschulung zu unterziehen, um diejenigen Schüler zu ermitteln, die einer dauernden ärztlichen Ueberwachung und einer besonderen Berücksichtigung beim Unterricht bedürfen. Diese Untersuchungen erstrecken sich auf die Sinnes- und Atmungsorgane, Herz, Wirbelsäule, das Verdauungssystem und die Haut sowie speziell auf Seh-, Hör- und Sprachfehler. Wie bei den Gemeindefschulen hat auch hier der Schularzt für jeden Schüler einen Gesundheitschein auszufüllen und findet in jeder Schule monatlich eine ärztliche Sprechstunde statt, in der aber nur eine Untersuchung der einer genaueren Obhut bedürftigen Schüler, aber keine ärztliche Behandlung stattfindet. Eventuell wird auch eine Untersuchung des Sputums (Austwurf) vorgenommen.

Bei der Untersuchung von 1110 Schülern der Siemens-Dhberrealschule ergab sich, daß die Zahl der herzkranken Schüler — anämische Geräusche, leichte Störungen der Herzrhythmus und Pulsunregelmäßigkeit in den verschiedensten Formen — 9 bis 3,5 Proz. betrug, während unter den Schülern der Gemeindefschulen nur 1,4 Proz. herzkrank befunden wurden. Diese Erscheinung wird als eine Folge nicht nur der stärkeren Anforderungen der höheren Schulen an die Schüler und des intensiveren und längeren Unterrichtes, sondern auch der Ueberanstrengung und Leibesübungen bei verschiedenen Sportübungen und der Refordsucht beim Radfahren, Rennen als Pfadfinder usw. gehalten und zeigt, daß diese Sportübungen bei unzulässiger Ausdehnung leicht mehr Schaden als Nutzen bringen können.

Schöneberg.

Ueber die politische Lage referierte in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Busch. Nach dem mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrage vermiß Genosse Güter auf die rote Woche. Ehrenfroh aller Frauen sei es zunächst am Frauentag, der die rote Woche einleitet, teilzunehmen und zu zeigen, daß sie gewillt seien, in Gemeinschaft mit dem männlichen Proletariat für die Beseitigung unserer wirtschaftlichen und politischen Zustände zu sorgen. Auch dürfe an der am 6. März stattfindenden Flugblattverteilung keine Genossin fehlen. Die Köchige der Konservativen, der roten Woche eine schwarzweiße Woche entgegenzusetzen, müsse und erst recht zur intensiven Agitationsarbeit anspannen. In ähnlichem Sinne äußerten sich noch die Genossinnen Maurer und Böhm.

Mariensfelde.

Die Gemeindevahl findet in unserem Orte am Freitag, den 6. März statt. Die 3. Klasse wählt von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 2 Uhr. Die 2. Klasse von 3 bis 4 Uhr und die 1. Klasse von 4 1/2 bis 5 Uhr. Wahllokal ist Restaurant Bindenpark, Inhaber Emil Patsch. Wohl selten ist in einer Gemeinde in Groß-Berlin so wenig Rücksicht auf die erwerbstätige

Bevölkerung genommen wie hier. Der Wahlverein hatte schon vor längerer Zeit beim Gemeindevorsteher beantragt, die Wahl auf einen Sonntag festzusetzen; statt einer zusagehenden Antwort erfolgte diese rigorose Festsetzung. Man scheint es darauf abgesehen zu haben, den auswärts beschäftigten Arbeitern das Wählen zu erschweren. Pflicht der Arbeiterwähler muß es nun sein, zu verhindern, daß die Hoffnungen der Gegner in Erfüllung gehen. Jeder denkende Arbeiter muß sich sagen: Nun erli ich zur Wahl. Der Wahlverein hat wieder den früheren Vertreter Genossen Feig Greulich aufgestellt. Die Gegner sind im geheimen schon sehr tätig, aber wie es scheint, noch nicht recht einig. Es steht noch nicht fest, ob der jetzige Vertreter, Eigentümer Kroppe oder der Rentier Feidmann kandidieren wird. Am Sonntag, den 1. März, nachmittags 8 Uhr, findet auf dem Hofe des Gastwirts Hempel, Berliner Straße 61, eine öffentliche Versammlung statt.

Karlshorst.

In einer von der bürgerlichen Mietervereinigung einberufenen Wählerversammlung langweilte der Gemeindevorsteher Herr Hünze die Anwesenden eine geschlossene Stunde mit den nebensächlichsten Dingen. Bevor in eine Diskussion eingetreten wurde, gab der Vorsitzende Herr Schäfer bekannt, daß er unter keinen Umständen zulassen würde, wenn etwa Diskussionsredner „programmatische Reden“ zu halten beabsichtigten. Daß die Herren einer ersten sachlichen Auseinandersetzung aus dem Wege geben wollten, erhobte aus den Darlegungen des Durchfallkandidaten Herrn Morath. Der Herr meinte, daß ein Gemeindevorsteher kein Programm brauche, vielmehr müsse er die Dinge an sich herankommen lassen und dann urteilen. Gleichwohl vermahnte er es nicht, mit einigen Argumenten aus der Nähe des Reichverbandes zu operieren. Am Schluß seiner „Rede“ sprach er den Wunsch aus, daß es Gott verhüten möge, den Sozialdemokraten den Sieg zuzulassen zu lassen. Erst durch den nächsten Redner, unseren Genossen Enzel, wurde die Debatte auf eine gewisse Höhe gebracht. Leider mußte es sich der Redner gefallen lassen, von dem Vorsitzenden fortgesetzt unterbrochen zu werden. Und als die Anwesenden diese Art der Geschäftsführung durch entrüstete Zurufe geäußert, drohte der Herr mit der gewaltsamen Entfernung. Mit der Geduld des Herrn Schäfer war es vollends zu Ende, als unser Genosse auf die hiesigen Schulverhältnisse zu sprechen kam. Jetzt fuhr der Herr dazwischen und entzog unserem Genossen das Wort. Charakteristisch für die Zusammenkunft der Versammlung war es, daß sich die Versammelten das Vorgehen ihres Vorsitzenden gefallen ließen. Die Redezeit wurde nunmehr auf 5 Minuten festgesetzt; unseren nachfolgenden Rednern war es somit nicht möglich, den Bürgerlichen in ausreichendem Maße zum Bewußtsein zu bringen, wie sich Sozialdemokraten die Tätigkeit in der Gemeinde denken. Geächterte mußte es erregen, als Herr Schäfer unseren Genossen die Zumutung stellte, sie sollten gleich im ersten Wahlgang für ihren Kandidaten stimmen. — Die Vorgänge in der Versammlung zeigen zur Genüge, daß die Arbeiterchaft gleich bei der Hauptwahl dem sozialdemokratischen Kandidaten zum Siege verhelfen muß.

Weißensee.

Die Frage des Ausgleichs der Schullasten war Gegenstand der Verhandlung der letzten Gemeindevorsteherwahl. Der Bürgermeister empfahl die Abfindung einer entsprechenden Petition an den Landtag. Schon vor zwei Jahren seien die Vertreter mehrerer Gemeinden zusammengetreten, um die Aufgaben des Zweckverbandes auf diesem Gebiete zu erweitern. Der dem Abgeordnetenhause zugegangene Entwurf zum Kommunalabgabengesetz enthalte keine Bestimmung über den Ausgleich der Schullasten, trotzdem die Petenten seinerzeit damit vertrieben wurden. Die industriereichen Vororte litten hier unter den ungeheuren Schullasten; während die weislichen Vororte mit Leichtigkeit die Schullasten aus dem Einkommensteuerfoll bestreiten, seien die östlichen und nordöstlichen Vororte dazu nicht in der Lage. Für Weißensee müßte zur Zeit das Einkommensteuerfoll verdoppelt werden, um nur die Volksschullasten zu bestreiten. Wenn die betroffenen Gemeinden energisch ihren Standpunkt vertreteten, dann hofft er und mit ihm auch der Schöffe Rames auf einen Erfolg. Anders dachte hierüber Genosse Laubmann, der betonte, daß der Staat wohl den Schulzwang eingeführt habe, aber die Kosten den Kommunen überlasse. Gerade in den letzten Jahren habe der Staat verschiedentlich die witzigen Zuschüsse noch gekürzt. Die Herren müßten schon längst begriffen haben, daß der Staat für Kulturzwecke herzlich wenig übrig habe. Der einzige Weg wäre den Eingemeindungsgebühren wieder aufzunehmen und die hierin vorgehenden Gemeinden tatkräftig zu unterstützen. Das hiesige Amtsgeschäft habe allerdings den Eingemeindungsgebühren abfällig freigesprochen, jedoch sei das ein falscher Standpunkt. Die propagierte Stadtverbund befürchte und nicht von den Schullasten, im Gegenteil würden neue Lasten hinzukommen in Gestalt der Abfindungssumme an den Kreis, Polizeilasten usw. Diese Anregungen hätten den Erfolg, daß in der Petition zum Ausdruck gebracht werden soll, daß, wenn der Schullosgleich nicht zustande kommen sollte, die Eingemeindungsfrage erneut erörtern wird. Der Bürgermeister hält zurzeit diese Frage noch nicht für spruchreif, da die Regierung von einer Eingemeindung in Berlin nichts wissen will. Daraufhin wurde die Petition einstimmig angenommen.

Mariendorf.

Zu einem unzeitigen Austritt zwischen Leidtragenden und dem Totengräber des Kirchengemeindefriedhofes kam es bei der Beerdigung unseres Genossen Löwenhagen. Als der imposante Leichenzug ohne Störung vor dem Friedhof anlangte und dem Sarge des Verstorbenern folgen wollte, forderte der Totengräber die vorderste Reihe der Kranzträger in provozierender Weise auf, die roten Schleifen von den Kränzen zu entfernen; da das dem Herrn anscheinend nicht schnell genug ging, verurteilte er die Kranzträger zur Rückzudrängen. Die oftmals zur Schau getragene Stimmung dieses Herrn im Kampfe gegen die roten Schleifen ist unseren Genossen aus früheren Vorlesungen nicht unbekannt, und nur der Ruhe und Keilhaftigkeit der Kranzträger war es immer zu danken, daß die Empörung über das Vorgehen sich nicht auf dem Friedhofe Luft machte. Die Auftraggeber dieses Herrn sind wohl schwerlich mit seinem Vorgehen einverstanden. Unseren Genossen in der Gemeindevorstellung erwächst nunmehr die doppelte Pflicht, für die Schaffung eines Gemeindefriedhofes einzutreten, damit solche Austritte bei Leichenbegängnissen vermieden werden.

Brit.

Ueber unsere Ziele und Aufgaben in der Gemeindevorstellung referierte in einer öffentlichen Gemeindevorstellung am Freitag, den 2. März, der Gemeindevorsteher Herr Conrad. Nach dem Referat erhaltete Genosse Brenzlau Bericht von der Gemeindevorstellung. Der Redner betonte, daß es unseren fünf Vertretern gelungen sei, einige Forderungen in der Gemeinde durchzusetzen, so z. B. die Bewilligung von 1000 M. für die Arbeitslosen, sowie die Vornahme von Rotstandsarbeiten in eigener Regie; außerdem seien Anfänge einer Pflichtfortbildungsschule erreicht, sie weiter auszubauen, würde das Bestreben unserer Genossen sein. Der Errichtung eines Kinderspielplatzes habe die sozialdemokratische Fraktion zugestimmt und daran die Forderung geknüpft, daß derselbe auch unseren Kindern zur Verfügung stehe. Zu bemerken sei, daß die Gemeinde einen Platz für Errichtung eines Denkmals bewilligt habe. Unsere Vertreter hätten gefordert, daß der Platz besser für die Schaffung eines Vorles verwendet werde. Des ferneren erwähnte Redner, daß die sozialdemokratische Fraktion Anhängerin einer Betriebsgemeinschaft Neukölln-Orly für die elektrische Licht- und Gasversorgung sei. In der Diskussion sprachen mehrere Versammlungsteilnehmer. Mit einem Appell an die Wähler, am Tage der Wahl ihre Pflicht zu tun, wurde die Versammlung geschlossen.

Nieder-Schönhausen.

Aus der Gemeindevorstellung. Denjenigen Beamten, Lehrern und Lehrerinnen, die nach § 166 der Reichsversicherung der Kran-

kenversicherungspflicht unterliegen würden, soll für den Fall der Erkrankung ein Anspruch auf Krankenhilfe in Höhe und Dauer der Regelleistungen der Krankenkasse oder für die gleiche Zeit auf Gehalt, Ruhegeld oder ähnliche Bezüge im einhalbfachen Betrage des Krankengeldes gewährleistet werden. Für Rotstandsarbeiten wurden zur Anlegung eines Fußsteiges in der Frankfurterstraße weitere 500 M. bewilligt. Infolge der schlechten Finanzen hat der Gemeindevorsteher sich auf die Suche nach neuen Steuerquellen gemacht, es ist nun von ihm eine Zillalsteuer vorgeschlagen worden. Diese Steuer würde circa 7500 M. einbringen; gegen die Stimmen unserer Vertreter gelangte die Vorlage zur Annahme. Zum Schluß entspann sich eine kleine Wahldebatte. Herr Gebhardt meinte, ihm werde in dem sozialdemokratischen Wahlflugblatt der Vorwurf gemacht, er habe bei der Arbeitslosenversicherungsbekanntmachung den Anspruch gemacht: „Wenn man den Arbeitern bares Geld gibt, so gehen sie es doch nur in Alkohol um“. Diese Äußerung habe er bei der Bewilligung von Mitteln für die Suppentische getan, seine Meinung sei die, daß die Suppe dienlicher sei, als die paar Beuteltüpfel. Herr Hermann Kuhlmann wandte sich gegen das Flugblatt, weil darin der Anschein erweckt werde, als ob nur die Herren Sozialdemokraten die richtige Gemeindepolitik betrieben. Ihm wurde vom Genossen Dreimann treffend heimgeleuchtet. Darauf folgte eine längere nichtöffentliche Sitzung.

Reinickendorf-West.

Am Sonnabend, den 2. Februar, veranstaltete der Gesangverein Einigkeit II (R.A.S.B.) sein Wintervergnügen im Lokal von Veyer, Schrammstraße 101. Da der genannte Verein sich bei Partieveranstaltungen stets zur Verfügung stellt, wird die Arbeiterchaft ersucht, die Veranstaltung zu unterstützen.

Wahldorf an der Ostbahn.

Für die bevorstehende Gemeindevorsteherwahl sind unsere Genossen in eine rege Agitation eingetreten. In einer gut besuchten öffentlichen Versammlung hielt Genosse Franz Käning eine gründliche Abrechnung mit den bürgerlichen Vertretern der Gemeinde. Er zeigte, daß alle Wohlfahrtsanstalten, wie Errichtung einer Apotheke, die Reinigung der Straßen, die Müllabfuhr, die Anstellung einer Gemeindefriedhofswärterin, die Verbesserung der Schulverhältnisse in „Süd“, sowie die Uebernahme des Fahrgeldes der Schulfahrer von „Süd“, welche die Schule in „Nord“ besuchen müssen, auf Gemeindefkosten und endlich die Errichtung eines Begräbnisplatzes mit einer würdigen Leichenhalle lediglich dem Drängen unserer Vertreter zu danken sei. Ein richtiges Bild von der Tätigkeit der bürgerlichen Parteien bekomme man, wenn man sehe, wie Personen, welche den Grundstückspekulanten als Zutreiber dienen, im Hausbesitzerverein das große Wort führen. Dabei solle man sich einmal die schwindelhaften Ansprüche an den Schilder längs der Bahn ansehen; da werden bareise Vorsetzeln mit Wasseranschlag, reguliertem Straßenland, wie Sargelder für billiges Geld angeboten. Sobald die kleinen Leute auf solche Ansprüche eingehen, ihr erpariertes Geld noch in Stempel, Umsatzsteuer und Notarkosten gesteckt hätten, läßen sie, daß sie sich noch lange kein eigenes Heim bauen können. Dann komme der Hausbesitzerverein und spiele sich als Retter der kleinen Leute auf, kämpfe auf den Gemeindevorsteher und die Sozialdemokraten, die das Bauen dadurch erschweren, daß sie den Anliegern an gepflasterter Straße eine Mark pro Tausend mehr Steuer abnehmen. Lebhaftige Zustimmung lohnte den Redner. In der Diskussion sprach zunächst ein Vertreter des Hausbesitzervereins, Herr Patsch; er verurteilte das Flugblatt mit den Ausführungen des Referenten in Gegenwart zu bringen. Die Genossen Schumann und Schmidt zeigten, wie jämmerlich die bürgerlichen Vertreter verfielen, als es galt, bei der Wahl zum Schulvorstand und Schöffen das spärliche Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde zu wahren. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Wähler der 3. Abteilung auf, am Sonntag, den 1. März, für die sozialdemokratischen Kandidaten Genossen Aug. Giese und Rob. Dertel, sowie in der 2. Abteilung am Sonntag, den 8. März, für die Genossen Wohlgart und Wiedemann zu stimmen.

Klein-Schönebeck-Fichtenau.

Mit unerhörten Mitteln führen diesmal unsere Segner den Wohllampf, um unseren Genossen das Mandat der dritten Klasse zu entreißen. Nicht genug damit, daß circa zweihundert sogenannte „Forensen“ in die Wählerliste aufgenommen wurden, um die steuerzahlende Einwohnerschaft vollends ihres durch das elende Dreiklassensystem und Hausbesitzerprivileg schon bis auf das äußerste verarmten Wahlrechts zu berauben, arbeiten auch sonst noch unsere Segner in einer Weise, daß sich ein anständiger Mensch entsetzt davon abwendet. Und wir stehen erst am Beginn des Wohllampes. Das skandalöseste dabei ist aber, daß man uns nicht Auge in Auge gegenübertritt, sondern in hinterhältiger Weise nach dem Vorbild von Giftmischern das gesteckte Ziel zu erreichen sucht. Dafür nur ein Beispiel. Durch die Freundlichkeit eines gleich uns empörten Forensen waren unsere Genossen in den Besitz eines Rundschreibens gekommen, welches die Grundbesitzervereine Klein-Schönebeck-Fichtenau und der Bürgerverein Fichtenau den Forensen zugesandt hatten, und worin diese ersucht wurden, „keinerlei Vollmachten an Vertreter des sozialdemokratischen Wahlkomitees zu erteilen, zumal in der dritten Abteilung ein Mann aufgestellt worden sei, der in keiner Weise befähigt sei, ihre Interessen wahrzunehmen, und der auch ein „prinzipieller Gegner des Grundbesitzes“ ist. Aufklärung darüber sollten die Forensen in einer am Sonntag stattgefundenen Versammlung erhalten. Begreiflicherweise wollten sich auch unsere Genossen diese „Enthüllungen“ nicht entgehen lassen, sie ergaben sogar ein so lebhaftes Interesse dafür, daß sie bald die große Mehrheit der außerordentlich stark besuchten Versammlung bildeten. Ob nun das die Ursache war, daß der Referent, Gemeindevorsteher und Vorsitzender des Grundbesitzervereins Schramm, so unerwartet sachlich blieb, ist ja nicht festzustellen, aber wer gemeint hätte, ein Wörtchen von diesen „Enthüllungen“ zu hören, war im Irrtum, Herr Schramm las den Gemeindevorsteher vor und hat dann die Erschienenen, mit ihm zu beraten, wie der Gemeinde am besten gedient werden könne. Als dann unser Genosse Tobias den Stier bei den Hörnern packte und eine Erklärung für die Verbindlichkeiten unserer Kandidaten verlangte, trat etwas Unerwartetes ein. Sämtliche Vorsitzenden der bürgerlichen Vereine bestritten mit Entrüstung, das Rundschreiben losgelassen zu haben, auch Herr Schramm. Erst als unser Genosse ihnen daselbe unter die Nase hielt, mußte sich Herr Schramm, nachdem er ganz erkannt hineinblickt, als Verfasser desselben bekennen. Eine ungeheure Entrüstung, die auch die anwesenden Bürgerlichen ergriff, bemächtigte sich darauf der Versammlung. Nicht ein einziger der Freunde des Herrn Schramm fand sich, dieses Heidenstückchen zu verteidigen. Und als dann die Keulenhiebe unseres Genossen Wajewy auf den öffentlich vloggeheilten Niederprosseler, als ferner Genosse Mey durch Verlesung unserer Anschriften an die Forensen und die unserer Segner die Kampfweise der letzteren beleuchtete, da war sich die Versammlung einig, daß unsere Genossen allein mit anständigen, ehrlichen Waffen in den Wahlkampf eingetreten sind und daß sie schon jetzt den moralischen Sieg errungen haben. Mit Begeisterung nahm die Versammlung die Kommitierung unserer Genossen Max Schwaner für die zweite Klasse und Otto Mey für die dritte Klasse auf.

Spiel und Sport.

Radfahrer.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“. Ortsgruppe Berlin. Tourenplan zum Sonntag, den 1. März. 1. Abt.: Rotawes (Singer). Start: 1 Uhr: Dälowsstr. 58. 2., 3. und 4. Abt.: Adlershof (Waldstein). Start: 1 Uhr an den bekannten Stellen.

9. Abt. Jbden 1. und 3. Dienstag im Monat: Pflichttour zu Lehrera, Pflanzstraße 17.
 5. Abt.: Glieder a. d. Nordbahn. Start: 1 Uhr Petersburger Straße, Elshum.
 6. Abt.: Waldmannslust (Schweizerhäuser). Start: 1 Uhr Odeberger Straße 28.
 7. Abt.: Heiligensee und Heiligenseer Schweiz. Start: 1 Uhr Schulstraße 29.
 8. Abt.: Wannsee (Bärtenhof). Start: 1 Uhr NW, Levetowstraße (Kleinert).
 Reußlin. Sonntag, den 1. März: Ansahrt Jochenberg (Nied). Start: 1 Uhr Pflanzstraße.
 Schöneberg. Sonntag, den 1. März: Jinkenrug. Start: 1 Uhr bei Töhl.
 Pflanzstraße. Tour wird am Start bekanntgegeben, 1. Abteilung Start: 12 1/2 Uhr, Pflanzstr. 74.
 Pantow-Niederhöhenhausen. Unterbezirksstour nach Schönwalde. Start: 1 Uhr Pantow, Parkplatz. Gäste willkommen.
 Bernau. Unterbezirksstour nach Schönwalde bei Schulz. Start: 1 Uhr (Kemper) Ballstr. 2.
 Ober-Schönwalde. Sonntag, den 1. März: Unterbezirksstour in Schönwalde (Wann). Start 12 1/2 Uhr, Restaurant Th. Schäffer, Siemensstraße 28. — Bei schönem Wetter: 1 Uhr ab Sabona per Bahn nach Friedrichshagen, dann mit der S-Bahn nach Schönwalde.

Motorfahrer!

Die Motorfahrer-Abteilung tagt jeden ersten Donnerstag im Monat in Siegelstraße, Große Frankfurter Straße 30.
 Wilmersdorf. Anfahrtsstour: Sonntag, den 1. März, mittags 1 Uhr, nach Treptow (Südbereich), Köpenicker Landstraße, Am Treptower Park 69, Kottbusdamm, Anstehende Besuch der Sternwarte. Start: 1 Uhr Wilmersdorf, Lauenburger Straße 21, bei Schilling.
 Arbeiter-Nachfahrerverein Groß-Berlin. Sonntag, den 1. März, nachmittags 2 Uhr, nach Hohmannhof bei Krüger, Friedrichstr. 10.

Turner.

Sonnabend, 28. Februar, 12 Männer-Abteilung: Öffentliches Turnen in der Turnhalle Gödlicher Straße 51, 8-10 Uhr.
 Turnverein „Nichte“, 8. Männer-Abt. Am Sonntag, den 1. März, folgende Tour: Potsdam—Alt-Gelbow—Pegow—Jersch—Richtenberg. Treffpunkt: 6.30 Uhr Potsdamer Bahnhof.
 Sonntag, den 1. März: 2 Männer-Abteilung. Vorlie nach Tegeln—Heiligensee—Dennigsdorf—Velten. Treffpunkt: 7 1/2 Uhr Schleißer Bahnhof.
 Die Freie Turnerische Wilmersdorf kann den Turnbetrieb in der renovierten südlicher Turnhalle, Berliner Straße 40, in der nächsten Woche wieder aufnehmen. Gäste jederzeit willkommen! Die Damenabteilung Sonntag und Donnerstags, die Männerabteilung Dienstag und Freitags von 8-10 Uhr abends. Für die Damenabteilung ist der erste Turnabend der 2. März, für die Männerabteilung der 3. März.

Fußball.

Märkische Spielvereinigung, Bez. Groß-Berlin. Am kommenden Sonntag finden folgende Spiele statt: Nichte XVII gegen Weihenau in Reinickendorf, Turner Straße (Schäfersee); Sammelsburg gegen Nichte III in Richtenberg, Triftweg; Schöner gegen Reudellau auf dem Landeshofhof; Nichte XII gegen S. I. B. in Weihenau, Rennbahnstraße; Viktoria gegen Libertas in Tempelhof, Friedrichs-Strasse; Charlottenburg gegen Schönberg in Charlottenburg, Rüterstraße; Kilemania gegen Nichte XI in Friedrichshagen, Gemeindeparkplatz. — Spielbeginn 1/4 Uhr.

Hockey.

Nichte III gegen Nichte X nachmittags 3 Uhr Turnplatz Treptow.

Wanderer.

Deutscher Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Berlin. Am Sonntag, den 1. März, findet in den Pflanz-Sälen, Müllerstr. 142, ein großer Lichtbildvortrag statt. Eintritt 30 Pf. Näheres im Infanterie am Sonntag.
 Ortsgruppe Reußlin. Heute Freitag abend bei Krämer, Pflanzstr. 31: Mitgliederversammlung. Zahlreiche Erscheinungen in der nächsten Tagesordnung wegen notwendig. — Sonntag, den 1. März: Tour nach Bernau, Lante, Hessler, Rüditz. Abfahrt Bahnhof Reußlin 6.30 Uhr, Eitelner Bahnhof 7.31 Uhr.
 Ortsgruppe Steglitz. Tour nach Potsdam, Krampnitz, Sanktrower See, Wannsee. Abfahrt Bahnhof Steglitz vormittags 7.43 Uhr, Potsdamer Bahnhof vormittags 7.53. Gäste willkommen.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Sonntag, den 1. März: Wanderfahrt nach Strausberg, Böhle, Hängersee, Giesdorfer Mühle, Kesselfee, Gammgrund, Girschfelde, Bernchen. Abfahrt 7.19 Uhr Schief, Bahnhof. Begleitung circa 20 Kilometer. Gäste willkommen.
 Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Berlin. (Mitgl. d. Zentr.-Komm. für Sport u. Körperpflege). Sonntag, den 1. März, Wanderungen:
 1. Jinkenrug, Brieselang, Krämer, Velten. Abfahrt Lehrter Hauptbahnhof nach Jinkenrug 6.28 Uhr.
 2. Zeuthen, Bernsdorf, Steinfurt, Orfner. Abfahrt nach Zeuthen Wörlicher Bahnhof 7.10 Uhr.
 3. Ludwigfelde, Zeuthen, Richtenberg. Abfahrt nach Ludwigfelde Anhalter Bahnhof 6.15 Uhr.
 4. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr: Sitzung der geologischen Abteilung im Berliner Klubhaus, Dönhofstr. 2. Gäste willkommen.

Schwimmer.

Schwimmverein „Vorwärts“ Berlin 1897 veranstaltet durch die Abteilungen Barmbeckstraße und Köpenicker Damm am kommenden Sonntag, den 1. März, in der südlichen Volkshalle am Barmbeckstraße sein diesjähriges erstes Abteilungs-Wettbewerb. Herren-, Damen-, Jugend- und Springkonkurrenzen kommen zum Ausdruck, außerdem werden Wasserball- und Reigen angeführt. Beginn des Festes um 8 Uhr. Der Eintritt beträgt 50 Pf. Die Kaufleute im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 15.

Arbeiter-Zamarterbund, Kreis Brandenburg.

Lehrabend haben in dieser Woche (Beginn 8 1/2 Uhr):
 Am Sonntag, den 1. März, vormittags von 11-1 Uhr: Frauenführung durch das Volkshaus, Dönhofstr. 2.
 Berlin. 1. Abt. Montag, den 1. März, bei Haverland, Neue Friedrichstraße 35.
 Reußlin. Am Freitag, den 6. März, Pflanzstr. 6 (Idealpassage).
 Spandau. Mittwoch, den 4. März, bei Danneberg, Giesdorfer Straße 5.
 Mariendorf. Mittwoch, den 4. März, bei Hennig, Tempelhofer Marktstr. 45.
 Rowawes. Dienstag, den 3. März, in der Fortbildungsschule, Sternstraße 12.
 Alt-Glienicke. Dienstag, den 3. März, bei Bach, Köpenicker Straße 45.
 Friedrichshagen. Donnerstag, den 5. März, Friedrichstraße 60, 2. Hof.
 Wilhelmstr. Freitag, den 2. März, bei Hirsch, Reinickendorf, Residenzstr. 6.

Arbeiter-Zamarterbund, Kolonne Groß-Berlin. Heute abend pünktlich 8 1/2 Uhr, im Restaurant Haverland, Neue Friedrichstraße 35: Außerordentliche Generalversammlung.
 Lehrabend: Montag, den 2. März, 6. Abteilung, Neue Friedrichstraße 35 im Restaurant Haverland.
 Donnerstag, den 4. März, 7. Abteilung, Charlottenburg, Kofenstr. 3 im Volkshaus.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Friedrichshagen. Heute Freitag, 27. Februar, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus, Friedrichstr. 37.
 Zeuthen. Heute Freitag, den 27. Februar, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Gemeindehaus: Ortsratung.
 Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Jugendveranstaltungen.

Pantow-Niederhöhenhausen. Heute Freitag, abends 8 Uhr, im Jugendheim, dritter Vortrag über: „Deutsche Geschichte“. — Sonntag, den 1. März: Spielen im Freien auf dem Spielplatz bei Reuh, Niederhöhenhausen, Wannenstraße (Ede Kaiserweg). Treffpunkt 1 1/2 Uhr Pantow, Kirche.
 Weihenau. Am Sonntag, den 1. März, in der Gemeindegemeinschaft- und Festhalle, Viktorienstraße: Großer Lichtbildvortrag „Die französische Fremdenlegion“. Vortragender: E. Kolemman-Berlin. Eintre 24 Pf. Kassenöffnung 6 Uhr, Anfang 7 Uhr. Eintritt auch an der Kasse.
 Wir bitten alle proletarischen Eltern, auch deren erwachsene Söhne und

Töchter, an diesem interessanten und lehrreichen Abend sich recht zahlreich zu beteiligen.

Wilmersdorf. Am Montag, den 2. März, abends 8 1/2 Uhr, spricht im Jugendheim, Rammbeimer Str. 61, Herr J. Gardi-König über: „Proletarische Jugendbewegung im Auslande“.

Briefkasten der Redaktion.

M. G. 36. In solchen Fälle baltet niemand. Die Empfängerzeit reicht vom 18. bis 30. Tage vor der Geburt zurückgerechnet. — No. 1. 1. Kündigung nur bis zum 15. mit Wirkung zum darauffolgenden ersten zulässig. 2. u. 3. Ja. — G. G. Buchstr. 4. 1. u. 2. Nein. — J. G. 100. Für die beiden Tage könnten Sie alsdann noch Lohn beanspruchen. — Zadiow 9911. Jährlich 160,00 Pf. — C. P. 20. Ja. — G. B. 39. Haupttelegraphenamt, Französischestr. 46, Oberwallstraße. — S. 100. Sie sind für die Kosten haltbar. — G. G. 100. Der Vormund ist berechtigt, die Klage bei dem für den Wohnort des Beklagten zuständigen Amtsgericht zu erheben. — M. R. 12. Das ist zulässig, es darf jedoch kein Lohn nach Außen bringen. — C. R. 11. 1. Nein, sofern nicht der Gesellschaftsvertrag etwas anderes bestimmt. 2. Mittwoch und Sonntag, im Winter von 3-5 Uhr, im Sommer von 4-6 Uhr. — M. R., Postamt 52. Da nach Ihrer Angabe ein Jahr bereits verstrichen ist, haben Sie keinen Anspruch mehr. — C. Z. 09 (69). 1. Ja. 2. Mindestens 1000. — G. R. 88. Zur Bezahlung der Prämie sind Sie verpflichtet. — P. W. 22. 1. Ja, falls sich ein Sohn findet. 2. Antrag bei der Ortsbehörde. — S. 20. 1. Sie halten den Zeitpunkt der Verjährungsfrist für falsch. Eine Klage erheben Sie durchführbar. 2. Liberale Organ. — P. R. 100. Einen bestimmten Anwalt empfehlen wir grundsätzlich nicht. — S. R. 14. 1. Mit Ende Kalenderjahr 1913 hört die Steuerpflicht auf, 2. 3000 Pf. für die Session. 3. 15 Pf. — H. R. 1. 1.-4. u. 6. Diesbezügliche Auskunft erhalten Sie in einem der Auswandererbüros, Unter den Linden. 5. Mindestens 3 Monate, falls mildernde Umstände zugebilligt werden.

Witterungsübericht vom 26. Februar 1914.

Stationen	Barometer-Hand man	Windrichtung	Wolkenbedeckung	Temperatur in Grad Celsius	Stationen	Barometer-Hand man	Windrichtung	Wolkenbedeckung	Temperatur in Grad Celsius
Wilmersdorf	761,0	SW	2 wollig	-1	Ludwigfelde	764,0	SW	2 wolli	-10
Hamburg	761,0	SW	3 bewölkt	-1	Potsdam	770,0	SW	3 bewölkt	-13
Berlin	760,0	SW	3 bewölkt	-0	Stettin	759,0	SW	3 wolli	8
Königsberg	759,0	SW	3 bewölkt	2	Übersee	758,0	SW	3 bewölkt	4
Wien	757,0	SW	3 bewölkt	1	Paris	761,0	SW	3 bewölkt	2

Wetterprognose für Freitag, den 27. Februar 1914.

Ein wenig wärmer, ziemlich trübe und neblig bei mäßigen östlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	25. 2.	24. 2.	25. 2.	24. 2.		25. 2.	24. 2.	25. 2.	24. 2.
Memel, Luft	261,4	261,4	0	0	Caals, Großh.	256	256	0	0
Stegel, Ostber.	171,7	171,7	0	0	Havel, Spandau	94	94	0	0
Reichel, Thora	217	217	0	0	Kathow	76	76	0	0
Oder, Rathor	254	254	0	0	Spree, Spremberg	110	110	0	0
„Krohen	198	198	0	0	Beetzow	127	127	0	0
„Frankfurt	186	186	0	0	Weser, Münden	228	228	0	0
„Bartbe, Sächsim	174	174	0	0	„Münden	296	296	0	0
„Landsberg	140	140	0	0	„Helmhansau	430	430	0	0
„Borbamm	166	166	0	0	„Kob	335	335	0	0
„Leitzmeritz	193	193	0	0	„Röben	486	486	0	0
„Dresden	268	268	0	0	„Redar, Heilbronn	158	158	0	0
„Barby	288	288	0	0	„Sain, Canau	327	327	0	0
„Magdeburg	231	231	0	0	„Rohel, Trier	328	328	0	0

*) + bedeutet Hoch, — Fall, — *) Unterpegel. — *) Grundbeistreichen. — *) Übergang.

R. M. Maassen G.m.b.H.

Spezial-Angebote
 unseres
Stammhauses Am Oranienplatz

Kostüme
 aus marineblauen und Phantasie-Stoffen, schicke Verarbeitung, neueste Fassons

15 ⁵⁰	18 ⁰⁰	22 ⁵⁰
26 ⁵⁰	29 ⁵⁰	36 ⁰⁰
42 ⁰⁰	48 ⁰⁰	bis 75 ⁰⁰

Kostüme nach Maß
 aus prima Stoffen und Zutaten in exakter Ausführung

68 ⁰⁰	82 ⁰⁰	95 ⁰⁰
------------------	------------------	------------------

Kostüm aus Kammgarn-Cheviot, prima Verarbeitung **57.-**

Einsegnungs- und Prüfungs-Kleider

14 ⁵⁰	18 ⁵⁰	25 ⁰⁰	36 ⁰⁰
------------------	------------------	------------------	------------------

Wollmaselin-Bluse . . . M. 4 | Wollpopeline-Bluse . . . M. 6 | Pailleteseliden-Bluse . . . M. 8 | Eolianno-Bluse . . . M. 10⁷⁵

Verlangen Sie kostenlos unser neues Modenblatt.

Sonnabends geöffnet bis 9 Uhr.

4 Reklame-Tage 4
 Zur Einführung der neuen Ausstichware Edel-Margarine

MILKA GOLD
 Staatsmedaille allerfeinster EBUutter - Ersatz Staatsmedaille

veranstalten wir in den Tagen von
Sonnabend, den 28. Februar bis Mittwoch, den 4. März 1914

obige Reklame-Tage mit ganz besonderen Vergünstigungen! An diesen Tagen verabfolgen die meisten der durch nebenstehendes Plakat gekennzeichneten Geschäfte Groß-Berlins

MILKA Edel-Margarine Hier zu haben! **MILKA Edel-Margarine** Hier zu haben!

1 Pfd. MILKA GOLD
 Edel-Margarine Ausstichware

und 1/2 Block SELLA-Schokolade . . . zusammen für **100**
 oder nach Wahl **1** Büchse SELLA-Malzbombons . . . **1** Mark
 oder **1** schöne große Glasschüssel (Kampfer)

(Solange der Vorrat reicht)

Bei 2 Pfd. gibt es eine große Dose **KAKAO** im Gewicht von circa 400 Gramm

Die bekannten Milka Wagen, welche die Margarine den Verkaufsstellen tägl. frisch zufahren.

werden an den Einführungstagen **Gratis** Kostproben, Teegebäck mit Milka Gold gebacken, verabreicht.

DRUNO DANMI 13

PÜCK

Die neue Qualitäts-
3 s
Cigarette

Beim Kesselputzen die Meiern
sich quält. - Warum hat sie nicht
Blendol
gewählt!

Bester flüssiger Metallputz überall erhältlich.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Meritzplatz
10-2, 5-7. Sonntags 10-12.

Knabenanzüge
Saletts, Hujads, einjelneHosen
am preiswertesten
direkt in der Fabrik
Bertha Pröstel
50 Androsstr. 50, 1. Etage.
Kein Laden.

**Hilfsbein
Bier**

Das lob ich mir
süßlich, geschmackvoll, bekömmlich

2 Zimmer und Küche sofort preisw.
Friedenburger Str. 5.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 27. Februar 1914.
Anfang 12 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Sinfonie-Matinee.
Anfang 8 Uhr.
Neues Opernhaus (Kroll).
Waterland.
Anfang 6 Uhr.
Eines Palast am Zoo. Varietè-
Lichtspiele.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Eines Nollendorf-Theater. Varietè-
Lichtspiele.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Sinfoniekonzert.
Kgl. Schauspielhaus. Peer Gynt.
2. Abend.
Deutsches. König Lear.
Hilfsbein. Galavorstellung.
Hilfsbein. Galavorstellung.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Die Reise um die Welt
in 40 Tagen.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Die Durchquerung Nord-
grönlands 1912/13.
Lefana. Ungarn.
Deutsches Künstler-Theater.
Scharin und Gertraude.
Deutsches Opernhaus.
Rondogola.
Neues Opernhaus (Kroll).
Waterland.
Kammertheater. Der Enob.
Königsgräber Straße. Die fünf
Frankfurter.
Komödienhaus. Kammermusik.
Theater an der Weidendammer
Brücke. Wer zuletzt lacht.
Theater am Nollendorfplatz.
Reinhold Geell.
Sinfoniekonzert. Die spanische Mägo.
Schiller O. Andreas Hofer.
Schiller Charlottenburg. Das
Geld im Winkel.
Theater des Westens. Polenblut.
Montis Operetten. Jung-England.
Berliner. Wie einst im Mai.
Reinhold. Reichen Geell.
Trianon. Die Langoprinzessin.
Reinhold. Hoheit - der Franz.
Friedrich-Wilhelmshades.
Fräulein Trallala.
Noie. Die Maschinenbauer von
Berlin.
König. Die olle Webern.
Herrnfeld. Die von oben und unten.
Reichshallen. Ertliner Sängere.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Parflein, der Stolz der
4. Kompagnie.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Luisen. Das erste Gefährt.
Walhalla. Tangosieber.
Folies Caprice. Café Pingsheim.
Der Heiratsgraf. Meyerstein.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Der Kaiser-
jäger.
Anfang 9 Uhr.
Admiralpalast. Die lustige Puppe.
Berliner Giepalast. Hölperl.
Eines Nollendorf-Theater. Varietè-
Lichtspiele.
Sternwarte. Inpallbenstr. 57-62
Theater a. d. Weidendammerbrücke
8 Uhr: Wer zuletzt lacht...

Schiller-Theater O. Wallner.
Freitag, abends 8 Uhr:
Andreas Hofer.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Geschäft ist Geschäft.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Flachsmann als Erzieher.

Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Maschinenbauer.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Andreas Hofer.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Maschinenbauer.

Theater in der Königsgräber Straße
8 Uhr:
Die fünf Frankfurter.
Komödienhaus.
8 Uhr: „Kammermusik“ 8 Uhr.
Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Wie einst im Mai.

Deutsches Künstlertheater
Sozialität.
Nollendorfstraße 70/71, am Zoo.
Kasse: Nollendorf 1333.
Sonntag, 8 1/2 Uhr: Zum 25. Male:
Peterchens Mondfahrt.
Sonntag, 8 Uhr: Cafard.
Sonntag, 3 Uhr:
Scharin und Gertraude.
Sonntag, 8 Uhr: Cafard.

Theater des Westens.
8 Uhr: Polenblut.
Sonnt. Nm. 8 1/2, 11: Der liebe Augustin.

Theater am Nollendorfplatz 5.
8 Uhr: Prinzeß Gretl.
Morgen 4 Uhr: Die Schiffbrüchigen.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Die Maschinenbauer
von Berlin.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag und Sonntag:
Die Maschinenbauer von Berlin.
Sonntag 4 Uhr: Schneewittchen.
Sonntag 8 Uhr: Lenora.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sängere
Zimmer No. 13.
Urkommische Barleske.
Anfang 8 Uhr.
Rächten
Sonntag nachm.
3 Uhr zu ermäh.
Preisen:
„Bosco“.

Friedr.-Wilhelmst. Theater.
Anfang 8 Uhr.
Fräulein Trallala.
Sonntag 3 Uhr: Die Kino-Königin.

Residenz-Theater
8 Uhr:
Hoheit - der Franz!
Waffelische Groteske in 3 Akten von
Arthur Landberger und Emil Wolf.
Musik von Robert Winterberg.
Morgen u. f. Tage: Hoheit - der Franz!

Voigt-Theater
Bodestraße 58.
Freitag, den 27. Februar 1914:
Romeo und Julia.
Trauersp. in 3 Akten u. 8. Hofoper.
Königsgräberstr. 7 Uhr. Auf 8 1/2 Uhr.
Scharin, Montag, 2. März. Reineis für
Lissy Peters: Er u. seine Schwester.

Trianon-Theater.
Heute Freitag geschlossen!
Sonntag 7 1/2 Uhr: Zum 1. Male:
Er und der Andere.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
8 1/2 Uhr: Letzte Abendaufführung:
Das erste Ehejahr.
Schaulp. in 5 Akten u. Ernst Ritterfeldt. I von E. Urban. Musik u. Hugo Dirsch.

Walhalla-Theater.
Täglich 8 1/2 Uhr: Tangosieber.
Dr. Boffe m. Gel. u. Tanz in 3 Akten
Schaulp. in 5 Akten u. Ernst Ritterfeldt. I von E. Urban. Musik u. Hugo Dirsch.

Brauerei Friedrichshain
Sonntag, den 1. März 1914
Anfang 5 Uhr:
Jubiläumstheater des bel. Festwirts
Schorsch Ehrenguber.
Das gr. bayr. Bockbierfest
4 Kapellen - Jubiläumsgeschenke etc. etc.
Ausscheiden! Vorzeiger dieses
Inserats hat nur 30 Pf. statt 50 Pf.
Entree zu zahlen.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82 - Zimmerstraße 90/91.
des Männer-Gesangvereins „Glocke“. (Gegründet 1873).
Dirigent Hugo Creutzburg,
unter Mitwirkung
des Musikkorps des 1. Garde-Dräger-Regiments. Dirig. Oberm. Baarz
und Tegeranser und Zillerthaler, Dirig. Hans Stary.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
Karten im Vorverkauf a 40 Pf. im „Clou“ und den mit Pla-
katen belegten Handlungen.

Neue Welt.
Arnold Scholz. Hasenheide 108/114.
Täglich:
Bockbierfest in den
Wunderbare Alpendekoration.
Rudi Winklers beliebte Bayern-Kapelle.
Madame Sisi m. ihrem Oberländer Blasorchester.
Die urfideln Keferloher.
Dienstag, Mittwoch, Donnerstag:
Elite-Tage. 30 bayerische Madl.
6 Kapellen.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Hauptmann Koch. Kopenhagen:
Die dänische Durchquerung
Nordgrönlands 1912/13.

Folies Caprice.
8 1/4 (Café Pingsheim
Der Heiratsgraf
Meyerstein)

Casino-Theater
Lothringers Straße 37. Täglich 8 Uhr
Ein neues Berliner Volksstück:
Die olle Webern.
Ur-Berl. Figuren, Ur-Berl. Humor!
Einziges Theater in diesem Genre!
im Stile der alten Wallner-Bühne.
Sonnt. 4 Uhr: Mädchenheere.

Zirkus Alb. Schumann.
Heute Freitag, den 27. Februar,
abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Elite-Vorstellung.
U. a.:
Taplatado
öster. Vollbluthongst,
in der hohen Schule geritten
von Dir. Alb. Schumann.
Therese Renz, dressierte
Elefanten und Pony.
Original Little Freds
Akrobat u. kunstreich. Hunde.
Ku-Ka-Di - Goldmephisto
u. d. übr. neuen Attraktionen.
Um 9 1/2 Uhr:
Das gr. Ausstattungsst. i. 7 Bildern
„Tipp“
der Derby-Favorit 1914.

Zirkus Busch.
Heute Freitag, den 27. Februar,
abends 7 1/2 Uhr:
Humoristischer Gala-Abend.
U. a.: Ed. Waiffs
Wunderhunde
sowie Die Vessemers in ihrem
akrobatischen Spiel
„Artistenfinder“.
Zum Schluss:
„Pompeji“.
Eleg. Ausstattungs-Pantomime
des Zirkus Busch in 5 glänz. Akten.

Metropol-Theater.
Abends prägnant 7 Uhr 55:
Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.

WINTERGARTEN
Vorletzter Tag!
Madge Lessing
und
Fred Wright
Grock u. Lole Perezoff-Truppe
Jongleurenzene
„Un souper
chex Maxim“
und die von
Publikum und Presse
glänzend beurteilten
Februar-Attraktionen!
- Rauchen gestattet! -

Apollo-Theater.
Tel.: Lützow 2757.
8 Uhr. Zum 67. Male: 8 Uhr.
Der Stolz d. 3. Kompagnie
mit
Hartstein.
Nachen ohne Pause!
Rauchen gestattet!
Admiralpalast.
Eis-Arena.
Täglich:
Die lustige Puppe.
Großes Ballett auf dem Eis.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
ab halbe Kassenpreise.
Wein- u. Bier-Abteilung.

1
steht fest!

Kein Zirkus-Gastspiel
erregte jemals größere
Bewunderung bei Presse
und Publikum, als das
Gastspiel der
Zirkus
Barum-
Schau.
Premiere
in
Weißensee
An der Parkstraße
Ecke Pistoriusstraße
Sonnabend,
den
28. Februar,
abends 8 1/2 Uhr.
Der Zirkus ist gut
geheizt.

Henkel's Bleich-Soda

Das Beste zum Einweichen der Wäsche
sowie zum Putzen, Scheuern und Spülen.
Altbewährt und unerreichbar!
HENKEL & Co., Düsseldorf.

Reichstag.

222. Sitzung. Donnerstag, den 26. Februar 1914, nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Waderzapp.

Die zweite Beratung des

Etats für das Reichseisenbahnamt

wird fortgesetzt.

Abg. Stolle (Soz.):

Im vorigen Jahre stellte der Präsident des Reichseisenbahnamts in Aussicht, daß eine Verständigung über Vereinheitlichung der Eisenbahneinrichtungen im Güterverkehr zwischen den Eisenbahnbetrieben erfolgen werde. Ich frage ihn nun heute, ob ihm etwas über eine solche Verständigung bekannt geworden ist und was? ...

verantwortlich machen für den Schaden,

der ihnen aus dem chronischen Wagenmangel entsteht. In Frankreich ist die Vereinfachung eines solchen Anpruchs bereits anerkannt worden. — Unsere Betriebsicherheit hat der Präsident des Reichseisenbahnamts gesteuert als besonders gut hingestellt. Dabei hat sich neulich in einem Prozeß in Eberfeld herausgestellt, daß preussische Eisenbahnbeamte bei der Abnahme von Lieferungen in der Weise betrogen worden sind, daß von ihnen als unbrauchbar zurückgewiesenes Material doch mit dem Stempel versehen geliefert wurde. ...

Abg. List (natl.):

Abg. Schwabach hat gestern nur gesagt, daß sich die Sozialdemokratie den Bestrebungen der Eisenbahner auf Festlegung ihrer Rechts- und Arbeitsverhältnisse feindlich gegenüberstelle. Der Gedanke einer Reichseisenbahngemeinschaft macht immer mehr Schule, er wird in der Presse und literarischen Werken häufiger erörtert. Der Staatsbahnwagenverband hat sich gut bewährt. Eine Denkschrift über seine Wirkungen im einzelnen wäre aber doch sehr wertvoll. ...

Abg. Siebenbürger (L.):

Es ist notwendig, daß die Schweine vor dem Verladen gut gefüttert und getränkt werden. Wer das Wesen eines fetten Schweines kennt (Heiterkeit), weiß, daß die Schweine dann ohne Schädigung des Fleisches vom Osten nach dem Westen transportiert werden können. Die jetzige Bestimmung, daß die Schweine unterwegs gefüttert werden müssen, wenn sie länger als 24 Stunden unterwegs sind, bedeutet eine Nothet für die Tiere.

Abg. Dr. Pfeiffer (B.):

wünscht dringend die Einführung von Schlafwagen dritter Klasse; wenigstens einen Versuch sollte man damit machen.

Abg. Koch (Sp.):

wünscht die Vereinfachung des gefährlichen Tunnels bei Eisleben durch eine andere Führung der Linie; im Falle einer Mobilmachung könnte ein Unglück in diesem Tunnel zu einer verhängnisvollen Sperrung der militärisch sehr wichtigen Linie Halle-Kassel führen.

Abg. Dr. Arendt (Sp.):

schließt sich dem Vorredner an.

Abg. Fischer-Hannover (Soz.):

Von Reichseisenbahnen ist bei den bürgerlichen Parteien heute gar nicht mehr die Rede. Wir werden also noch manchen Kampf anzuführen haben, bis dieses große Verkehrsministerium Reizsache ist. Aber auch jetzt könnte das Reichseisenbahnamt, wenn es nicht nur bittend käme, sondern seinen Einfluß ernstlich geltend machte, manche Reformen durchsetzen. Zunächst ist das Reisen bei uns zu teuer. In der Schweiz und in Belgien reist man billiger. Die Rentabilität würde unter einer Verbilligung der Personentaxen nicht leiden, es würde mehr gereist werden. In Deutschland scheint man statt an eine Verbilligung, sogar an eine Verteuerung der Tarife zu denken. 1906 hat man die Fahrkartensteuer eingeführt, und jetzt heißt es, daß man die Steuer für die erste und zweite Klasse herab-

setzen und sie auch für die vierte Klasse einführen will. Dagegen muß entschieden Verwahrung eingelegt werden. — Ein weiterer Wunsch bezieht sich auf die Arbeiterfahrkarten, die nur bis zu Entfernungen von 16 Kilometern ausgestellt werden. Diese Grenze müßte erweitert werden (Zustimmung bei den Soz.). Auch müßten die Wagen, in denen die Arbeiter befördert werden, bessere Einrichtungen erhalten, zum mindesten müßte für Sitzgelegenheit gesorgt werden. — Daß die Wagen 4. Klasse modernen Anforderungen nicht entsprechen, darüber besteht kein Zweifel; läßt man diese Klasse aber bestehen, so müßte man auch bei ihnen Richtschrauben einbauen und sie auch in Eileisen einstellen. Freilich ist die 4. Wagenklasse überhaupt keine Beförderung für Menschen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten), sie müßte ganz beseitigt werden, und ebenso die erste Klasse, die nur eine Verlastung der Bahn darstellt. Die Ueberflüsse der Eisenbahnen verbannt man den Reisenden dritter und vierter Klasse. Aber auf diese Reisenden nimmt man die geringste Rücksicht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die günstigsten Schnellzüge führen meist keine Wagen 3. Klasse.

Abg. Schürmer (B.):

Der Abg. v. Bollmar hat sich stets gegen Reichseisenbahnen ausgesprochen; er erkläre darin genau wie wir die Gefahr einer Verpreuung der Eisenbahnen. Bemerken möchte ich noch, daß die Arbeiterverhältnisse auf den bayerischen Bahnen bessere sind als auf den übrigen Bahnen Deutschlands. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Abg. Zimmermann (natl.):

wendet sich gegen die Fehmarn-Linie, an der vielleicht Westdeutschland und Westeuropa ein Interesse haben, nicht aber Ost-, West- und Mitteldeutschland, diese sind mit den jetzigen Verbindungen nach Kopenhagen zufrieden.

Präsident Waderzapp:

Auf die meisten der erwähnten Dinge bin ich gestern bereits eingegangen. — Zwischen Leipzig und Bremen besteht bereits eine günstige Tag- und Nachtverbindung. Daher begreife ich die Entrüstung des Herrn Abg. Stolle nicht. Auch seine Befürchtungen in bezug auf die Größe des Wagenparks treffen nicht zu. Im letzten Jahre hat der Wagenpark den Bedürfnissen bis auf ein Minimum von 0,06 Proz. genügt. Im übrigen ist eine Vermehrung um 6 Proz. in Aussicht genommen. Der Unfall im Harsdamm-Tunnel ist wohl auf höhere Gewalt zurückzuführen. Es wird aber geprüft werden, ob die vorgeschriebenen vorkaufsrechtlichen Untersuchungen des Tunnel richtig ausgeführt worden sind. — Daß Preußen sich Sachen gegenüber illegal verhält, muß ich bestreiten. Daß die schnelleren Züge von Breslau nach Basel über Breunhen gehen, liegt an den größeren Geländeschwierigkeiten in Sachsen. Den Antrag auf Einführung der vierten Klasse in Ost- und Schnellzügen hat der preussische Eisenbahnminister mit Recht wiederholt abgelehnt, weil dann diese Züge an jeder kleinen Station halten müßten, was ihrem Wesen widersprechen würde. — Ein ganz befriedigender Zustand wird im deutschen Eisenbahnwesen nicht so leicht zu erreichen sein. Aber man sollte sich durch die geringen Mängel den Blick nicht nehmen lassen für die wirklich in großem Maße erzielten Vorteile. Nach meiner Meinung ist das deutsche Eisenbahnwesen gesund und in kräftiger Fortentwicklung.

Abg. Dr. Dertel (L.):

Das deutsche Eisenbahnwesen kann sich gewiß vor dem Ja- und Auslande sehen lassen. Die Klagen und Wünsche Sachsens habe auch ich jahrelang vorgetragen. Allerdings habe ich nie behauptet, daß Preußen illegal vorgegangen wäre, dessen ist Preußen nicht fähig. (Ohl und Gelächter links.) Doch hat Preußen einen etwas ausgeprägten Egoismus. Im übrigen hat gerade der sächsische Bundesratsbevollmächtigte in solchen Fällen immer behauptet, Preußen sei Sachen immer besonders liebevoll entgegengekommen. Das Rauchverbot in den Speisewagen in Preußen widerspricht entschieden dem Artikel 42 der Reichsverfassung (Große Heiterkeit), der eine einheitliche Gestaltung des Eisenbahnwesens verlangt. Wir verlangen diese Einheitlichkeit im Sinne Wagners, wo dies Rauchverbot nicht besteht.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Der Etat wird bewilligt. Es folgt der Etat der

Verwaltung der Reichseisenbahnen.

Abg. Fuchs (Soz.):

Die Personalunion des Chefs der preussischen Eisenbahnen und der Reichseisenbahnen könnte legendär werden, wenn der Chef der Reichseisenbahnen sich nicht zu sehr von partikularistischem, preussischem Geiste leiten ließe, worunter die allgemeinen Verkehrsinteressen und die speziellen eisenbahnerischen Wünsche zu kurz kommen. Der Etat aus dem die ganzen Einnahmen der Reichseisenbahnen fließen, hat unerklärlicherweise auf die Verwaltung der sogenannten Reichseisenbahnen nicht den geringsten Einfluß. Das ist ein unhaltbarer Zustand. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Ueberflüsse der Reichseisenbahnen sollten dem Lande zugute kommen. — Eine Reihe äußerlich richtiger Privatbahnen in den Reichslanden müßten längst angekauft sein. Auch der Ausbau des Kleinbahnnetzes ist noch sehr mangelhaft. Redner führt einzelne Strecken, speziell auch aus seinem Wahlkreis an. Der Frage der Saar- und Mosel-Kanalisation legt der Chef der Reichseisenbahnverwaltung ebenfalls einen zähen, einer besseren Sache würdigen Widerstand entgegen. Ein wichtiges Kulturwerk ist der Ausbau der Verbindung Basel-Strasbourg, worüber uns eine ausführliche Denkschrift zugegangen ist. Der Minister hat sich auf den Boden des viergleisigen Ausbaus gestellt. Wichtig ist jedenfalls eine Entlastung des Niederrhein durch eine Reihe Stich- und Nebenbahnen. Bei Vergütung der Arbeiten sollten nach Möglichkeit einheimische Firmen zugelassen werden und es müssen die zwischen Unternehmern und Arbeitern am Ort abgeschlossenen Tarife anerkannt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist beim Bau der Nordbahn in Mülhausen, der an eine Berliner Firma vergeben wurde, nicht geschehen, was die bekannten Tumulte zur Folge hatte. Auch in der Frage der Freifahrkarten der württembergischen Landtagsbahngesellschaften auf den Reichsbahnen zeigt der Minister erst preussischen Geist. Er hat die Forderung in junkselb-schneidiger, um nicht zu sagen schon drücker Weise ganz kurz abgelehnt. (Präsident Kaempf ruft den Redner zur Ordnung.) Gründe für seine dräke Ablehnung hat der Minister nicht angeführt. — In der Frage der Erfüllung von Arbeiterwünschen sind nur sehr geringe Fortschritte zu verzeichnen. Die geforderte Regelung der Dienst- und Ruhezeiten wird abgelehnt, da „kein Bedürfnis“ dafür vorhanden sei. Diese dräke Ablehnung erfolgt trotz des immer wieder geduldeten Wunsches des Reichstags alljährlich mit denselben Worten. Dabei sind die Löhne, z. B. der Weichensteller und Bahnwärter, ganz unzureichend. Auch die Lokomotivführer haben in den letzten Jahren nichts Remuneration erhalten. Sehr schlecht sind auch die Heizer gestellt, die sogar vielfach Lokomotivführerdienste zu verrichten haben. Am den zahlreichen Beamtenwünschen entgegenzukommen, sollte die Verwaltung sich endlich zur

Einsetzung von Beamtenausschüssen

entschließen. Die Beamten der Reichseisenbahnen fordern auch in der Befolgung und im Ruhegehalt den Beamten der Post gleichgestellt zu werden. — Den Wünschen der Arbeiter kommt der Minister nicht entgegen. Die Dienstzeit von 8 Stunden ist nicht eingeführt worden, immer noch wird die Verkürzung der Arbeitszeit

von 10 auf 9 Stunden für unmöglich erklärt, stellenweise ist sie sogar auf 10 1/2 Stunden ausgedehnt worden. In kleinerer Weise wird die 1/2 stündige Essenspause von der Arbeitszeit abgerechnet. In der Arbeitsfrage kommt der Minister auch den bescheidensten Wünschen nicht entgegen, so daß die Arbeiter bei den bairischen und württembergischen Bahnen sich besser stellen als bei den reichslandischen. — Die Löhne sind ja im Durchschnitt etwas aufgebessert worden, das erkennen wir an; aber die Aufbesserung entspricht keineswegs der Steigerung aller Lebensbedürfnisse, und in Baden und Württemberg sind die Löhne höher. Manche Arbeitergruppen erhalten ganz unzureichende Löhne, so die Kottensarbeiter, die im Durchschnitt nur 3,30 M. erhalten. Auch die Güterlader erhalten ganz unzureichende Löhne; bei ihnen herrscht auch noch das Brämeniensystem, durch das die Arbeitszeit bis auf dreizehn Stunden ausgedehnt wird. Auch die Maschinen- und Wagenpumper haben das Recht, für 10 1/2 stündige Arbeitszeit so viel zu verlangen, wie die Werkstättenarbeiter in neun Stunden. In der Dienstordnung für die Kottensarbeiter wird besondere Vorsicht gegenüber Anträgen auf Lohnerhöhung anempfohlen, da solche Forderungen leicht um sich greifen — gerade als ob von einer ansteckenden Krankheit die Rede ist. — Trotz der gesteigerten Verkehrsverhältnisse hat sich die Zahl der Werkstättenarbeiter nicht vermehrt, sondern vermindert. Die Zahl der Ueberstunden ist etwas gesunken; aber daraus folgt im Zusammenhang mit der Verminderung der Arbeiterzahl, daß die Ausbeutung des einzelnen, die Intensität seiner Anspannung größer geworden ist. Hierzu führt namentlich der Zeitarbeitslohn, für den der Zeitlohn eingeführt werden müßte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Sehr unzulänglich ist auch die Einteilung der Arbeiter, die in 43 verschiedene Betriebsarten und in 31 verschiedene Lohnklassen zerfallen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Herren der Verwaltung sollten den Wünschen der Arbeiter, die in den Arbeiterausschüssen geäußert werden, mehr entgegenkommen. Es geschieht dies nur bei nebensächlichen Bagatellen, aber die Wünsche der Arbeiter in bezug auf Lohn, Arbeitszeit und gesundheitliche Verhältnisse bleiben unberücksichtigt. Verlangt man auch werden, daß man den Arbeiterausschüssen das Inverbindtreten zu gemeinschaftlichem Vorgehen und die Schaffung eines Zentralarbeiterausschusses gestattet. In bezug auf die Pensionsfrage fordern die Arbeiter, daß die Pensionierung schon mit 60 Jahren, und zwar ohne Rücksicht auf die Gesundheit eintrete. Das Koalitionsrecht verlangen wir für die Staatsarbeiter ebenso wie für die Arbeiter in Privatbetrieben, die Staatsarbeiter haben dieselben Interessen wie die in privaten Betrieben. Die Notwendigkeit eines besonderen Staatsarbeiterrechts können wir deshalb nicht einsehen. Sie (zu den Liberalen) fordern es vielleicht, weil den Arbeitern auch heute das Koalitionsrecht durch brutale Verwaltungsmahregeln genommen wird. Aber ein Staatsarbeiterrecht, dem Deibred und Breitenbach zustimmen, würde den Arbeitern nur neue Fesseln bringen.

Präsident Kaempf

unterläßt die Ausdrücke „brutal“ und „widerrechtlich“ in bezug auf die Reichseisenbahnverwaltung. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Fuchs:

Ich werde mich den Wünschen des Präsidenten nach Möglichkeit fügen. (Große Heiterkeit.) Das unwürdige Schnüffel-system sollte doch endlich von der Verwaltung aufgegeben werden. Man will keine „Sirenenverbände“ — aber gegen das Koalitionsrecht der Kerze und den streikenden Leipziger Kerzeverband hat die Regierung nichts einzuwenden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Welcher Staatsarbeiter würde sich in einen Streik begeben, da er doch weiß, daß seine Existenz auf dem Spiele steht. Durch vernünftiges Eingehen könnten die Verhältnisse der Streikgefahr ganz beseitigt. Statt dessen aber schreibt man den Arbeitern vor, welchen Koalitionen sie angehören dürfen; daß man sie zwingt, den freien Gewerkschaften fernzubleiben, ist eine glatte Rechtswidrigkeit (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), die zu bekämpfen wir niemals aufhören werden. (Rebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schwabach (natl.):

befürchtet die Finanzlage der Reichseisenbahnen, die sich infolge des engen Verhältnisses zu den preussisch-heftischen Eisenbahnen günstig gestaltet hätten. Die Beweise des Abg. Fuchs, denen ich im einzelnen nicht habe folgen können, für die Verhältnisse der Werkstättenarbeiter schienen mir nicht schlüssig. Die Lage der Arbeiter hat sich gebessert.

Die neue Lohnordnung hat den Eisenbahnern wesentliche Vorteile gebracht. Eine Ueberanstrengung des Personals muß schon in Rücksicht auf die Sicherheit des Betriebes vermieden werden. Bei den Gütertarifen sollte man den Wünschen von Industrie und Handel je nach den lokalen Bedürfnissen entgegenkommen. Eine allgemeine Herabsetzung der Gütertarife würden wir für gefährlich halten, einer Erhöhung der Tarife aber können wir nur im principielle obsta entgegengehen. Solange die preussischen Bahnen solche Ueberflüsse erzielen, kann davon keine Rede sein. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Präsident Kaempf

ruft nachträglich den Abg. Fuchs zur Ordnung für den Vorwurf der „glatten Rechtsverletzung“ gegenüber der Verwaltung der Reichseisenbahnen.

Minister v. Breitenbach:

Der Abg. Fuchs hat die Personalunion der preussischen und eisenbahnerischen Bahnen lebhaft bedauert, er schien es für besser zu halten, wenn die eisenbahnerischen Bahnen Landesbahnen wären. Damit hat er sich in unheilbaren Widerspruch mit der grundsätzlichen Forderung seiner Partei nach Reichsbahnen gesetzt. (Heiterkeit.) Im übrigen hat gerade der jetzige Zustand für Eisenbahner eminent Vorteile gebracht. Außer Baden hat kein Land in Deutschland ein so dichtes Eisenbahnnetz wie Elsaß (Hört! hört!); in keinem Bundesstaat wird ferner ein so geringer Verdienst pro Kilometer erzielt. (Hört! hört!) Wenn auch nicht bei der Verwaltung, so wird doch bei der Gestaltung der Verkehrsverhältnisse das Land mit seinen Wünschen berücksichtigt. Der Ueberfluß der Reichseisenbahnen, den Abg. Fuchs auf 50 Millionen berechnete, ist nur ein Rohüberfluß, ein wirklicher Ueberfluß ist nur in wenigen Jahren besonderer Hochkonjunktur erzielt worden. Der Beitrag des Landes zu den Kosten des Ausbaus der eisenbahnerischen Bahnen ist äußerst gering. — Die Vergütung der Aufträge nur an einheimische Firmen ist unüberwindlich und unveränderlich mit dem Grundsatz, daß das Reich wirtschaftlich ein Einheitsgebiet ist. Dazu kommt, daß die eisenbahnerische Industrie Aufträge von anderen Eisenbahnverwaltungen erhält. Die Forderung liegt also auch nicht im Landesinteresse. — Die Firma, die die Arbeiten in Mülhausen ausführte, hat durchaus anständige Löhne gezahlt. Sie hat sich dem dortigen Tarifvertrage nicht unterworfen, weil sie darin nicht mitgewirkt hatte und die tariflichen Löhne außerordentlich hohe waren. Die Reichseisenbahnverwaltung hatte kein Recht, auf den Unternehmer einen Druck auszuüben. — Der Abg. Fuchs hat dann ein Rohfluß von Wünschen dargebracht. Beamtenausschüsse halte ich nach wie vor in unserer Verwaltung nicht für angebracht; diese Frage ist für mein Ressort erledigt. Das Verhältnis zwischen Beamten und Verwaltung ist ein so vertrauensvolles, daß eine solche Vermittelungsstelle nicht notwendig ist. (Bravo! rechts.) — Protektieren muß ich dagegen, daß die Lohnerhöhungen nur unter dem Druck der sozialdemokratischen Forderungen erfolgt seien. Die Eisenbahnverwaltung als größter Arbeitgeber ist stets bestrebt gewesen, die Lohnverhältnisse

Arbeiter fortgesetzt unter Anpassung an die Löhne, die in Handel und Industrie und in der Landwirtschaft gezahlt werden, zu verbessern. Vorangehen kann eine Staatsverwaltung in dieser Beziehung nicht; die Staatsbahnarbeiter befinden sich ohnehin in vorzüglicher Stelle. 18 Proz. der Staatsbahnarbeiter hatten 1918 über 5 M. Lohn. (Hört! hört! rechts.) Das Abfordern müsste von den Arbeitern, wenn sie unbefriedigt wären, zweifellos gutgeheißen werden. Das Recht der Vereinigung rauben wir unseren Beamten und Arbeitern durchaus nicht, verlangen aber, daß sie nicht sozialdemokratischen Vereinen und solchen angehören, die den Streik provozieren. In einem Schlichtungssystem gegenüber anderen Vereinen kann keine Rede sein. Wir verlangen nur, daß in den Verhandlungen nicht gegen die Verwaltung gehandelt wird. (Bravo! rechts.)

Das Haus verlegt die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr. (Vorher: Anfragen.) Schluß 3/4 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

86. Sitzung. Donnerstag, den 26. Februar 1914, vormittags 10 Uhr.

Am Ministertisch: v. Breitenbach.

Der Bauetat.

Zum Kapitel „Einnahmen der Bauverwaltung“ (Verkehrsabgaben) spricht

Abg. v. Schumann (l.):

Die Mosel- und Saarkanalisierung lehnen wir in Übereinstimmung mit der Regierung ab. Abg. Dr. Nöckling hat an zwei der Schiffahrtsabgaben verlannt, wenn er sie als eine Verminderung des Verkehrs betrachte; sie sollen vielmehr zum Ausbau der künstlichen Wasserstraßen beitragen. Dieser Ausbau kann nur im Zusammenhang mit dem Ausbau der Eisenbahnen vorgenommen werden. (Beifall rechts.)

Abg. Graf Nolte (ft.):

Einseitige Interessen einzelner Landesteile dürfen beim Bau der Kanäle nicht den Ausschlag geben.

Minister v. Breitenbach:

Die großen Interessen Rheinlands-Westfalens dürfen in der Frage der Mosel- und Saarkanalisierung nicht übersehen werden.

Die Abg. Tournou (3.) und Dr. Wendlandt (natl.) fordern Schiffbauabgaben der Verora, um auf diese Weise schließlich eine Verbindung Weiser-Donau herzustellen. Abg. Dr. Wendlandt wendet sich dann gegen die Monopolbestrebungen der großen Elektrizitätsgesellschaften, weist darauf hin, daß diese bereits 81 Proz. der Leistungen im Besitz haben und fragt, ob die Regierung hiergegen vorgehen wolle, z. B. durch Einführung der Konzessionspflicht.

Ein Regierungskommissar

ragt Prüfung zu.

Abg. Hasenclever (natl.)

bespricht Tariffragen, über die die Regierung falsch unterrichtet sei.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Hue (Soz.)

konstatiert, daß ihm hierdurch das Wort abgeschnitten wird, obgleich von den anderen Parteien zwei, ja sogar drei Redner gesprochen haben, von den Sozialdemokraten noch gar keiner. (Hört! hört! links.)

Die allgemeine Besprechung des Bauetats findet beim Titel „Ministergehalt“ statt. Die Besprechung des Berliner Opernhausbaues wird zurückgestellt.

Abg. Gerlach (3.)

breitet sich über die Frage der Berücksichtigung künstlerischer Ideen im öffentlichen Bauwesen und bespricht dann Fischereierträge. Die Hochseefischereiflächen müssen ausgebaut werden. Die gegenwärtigen Bestimmungen der Gewerbeordnung betreffend das Baumeistergesetz reichen nicht aus, den Titel „Baumeister“ vor Mißbrauch zu schützen. Die Weisheit muß ausgebaut werden, der Disziplin ist nötig. Stillstand wäre Rückschritt, darum: Semper avanti! („Immer vorwärts!“) (Beifall im Zentrum.)

Abg. Wohlhart (natl.)

wünscht eine Beschleunigung der Mainkanalisation. Der Ausbau der Wasserstraßen sollte stärker gefördert werden. Die Tarife für die Frachten sind zu hoch; dadurch ist es uns, trotz des Schutzzolles, fast unmöglich, die Konkurrenz des Auslandes zu bestehen. Mit Recht fordern die Arbeiter auf dem Magdeburger Werk höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit, um den Arbeitern in der übrigen Industrie gleichgestellt zu werden. Dem Wohlwollen des Ministers empfehle ich die Anstalten, damit sich der Fall analog des Preisauschreibens des Völkshauspalais in Washington nicht wiederhole, wo der Bau des Palais hinterläßt einem Architekten übertragen wurde, der sich an dem Wettbewerb nicht beteiligen konnte. Das war eine herausfordernde Beleidigung gegenüber den Bewerbern. Die Anstellungsverhältnisse der Regierungsbaumeister sind sehr ungünstig. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Minister v. Breitenbach:

Auf die Washingtoner Frage kann ich nicht eingehen. Für das Wohl der Fischereibevölkerung an der Ostsee wird gesorgt werden. Auf die Anregung, ausländische Arbeiter mehr als bisher bei den Tiefbauarbeiten zu beschäftigen, kann ich nicht näher eingehen, da sie nicht in mein Ressort gehört. Ich werde gemeinsam mit dem Minister des Innern die Grundzüge feststellen, die den ausländischen Arbeitern gegenüber zur Anwendung kommen. Es ist Sache der Gewerbeordnung, das Recht auf Führung des Baumeistertitels zu bestimmen.

Abg. Dr. v. Woyne (ft.)

bespricht in zustimmender Weise einen nationalliberalen Antrag, der die Regierung eruchtet, mit Bremen über den Staatsvertrag vom 21. Mai 1904 hinsichtlich der Regulierung der Wesermündung in Unterhandlung zu treten, damit die untraglichen Folgen, die dieser Vertrag durch unklare Vorverhandlungen namentlich für die Stadt Lehe gehabt hat, noch für das laufende Jahr vermieden werden. Bremen hat den Vertrag nicht loyal gehandhabt. Als größter Bauherr in Bremen soll der Minister für öffentliche Arbeiten durch schnelle Ausführung der öffentlichen Bauten für eine Milderung der Krise auf dem Bauplätze Sorge tragen. Bei den Arbeiten der Strombauverwaltung sollten keine Arbeiter vom Staate der Landwirtschaft entzogen werden. Für die Tiefbauarbeiten sind ausländische Arbeiter heranzuziehen, um das Tiefbaugewerbe zu heben. Die Einführung des Wasserstraßengesetzes muß durch geeignete Maßnahmen vorbereitet werden.

Abg. Lippmann-Stellin (Sp.):

Auch wir treten für den Schutz des Baumeistertitels ein. Die Heranziehung ausländischer Arbeiter für die Tiefbauten lehnen wir entschieden ab; das würde eine Herabdrückung der Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft zur Folge haben. Es ist dem Minister der Vorschlag gemacht worden, nicht gebiente Leute nicht einzustellen, um der Landwirtschaft keine Arbeitskräfte zu entziehen. Auch diesem Vorschlag treten wir als einer unzulässigen Beschränkung des Rechts auf Freizügigkeit entgegen. Schwere Vorwürfe muß man gegen den Kammerpräsidenten Staat machen, der unsere Seefischerei durch eine nicht zu rechtfertigende Konkurrenz bekämpft. — Der Küstenschutz ist eine prinzipielle Aufgabe des Staates.

Abg. Paul Hoffmann (Soz.):

Hunderttausende Arbeiter sind in der staatlichen Bauverwaltung beschäftigt. Wie sieht es damit dem Arbeiterstand? Ueber

14 000 schwere und über 1800 tödliche Unfälle sind in einem Jahr vorgekommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die gesamten Unfallzahlen gehen ja in die Hunderttausende, ja in die Millionen und aus diesen erschreckenden Zahlen spricht fürchterliches Leid. Es ist nötig, auch Berufskrankheiten, die zu frühem Siedtum führen, als Unfälle anzuerkennen und zu entschädigen, damit sie nicht der Armenpflege zur Last fallen. Besonders viele Unfälle kommen auf das Baugewerbe, es muß endlich den Forderungen der Bauarbeiterorganisationen und Schlichtungskommissionen Rechnung getragen werden. Der Minister hat selbst zugegeben, daß die Kontrolle nicht ausreicht, warum stellt man dann nicht Arbeiter auch im Aufsichtsdienst ein? Besonders gefährdet sind die Tiefbau- und Abbrucharbeiter; für sie muß etwas geschehen. Die Bauarbeiter-Schlichtungskommissionen haben darüber erschreckendes Material gesammelt, so über das Fehlen von Unfallverhütungsvorschriften, über mangelhafte Gerüste, über das Arbeiten ohne jeden Schutz, über Trinkwassermangel, leime oder schlechte Aborte usw. Selbst auf staatlichen Bauten fehlt es vielfach an den notwendigen Schutzmaßnahmen, ich nenne nur den einen Fall in Zehn, wo auf dem Bau der Artilleriekaserne die Dachbeder ohne jeden Schutz arbeiteten und alle Beschäftigten selbst der Berufsorganisation erst nach drei Monaten Erfolg hatten! In dem letzten Erlaß des Ministers sind ja eine Reihe von Arbeiterforderungen berücksichtigt, aber die lgl. Bauverwaltungen tragen dem Verbot des offenen Kofsfuers nicht Rechnung, so z. B. beim Bau des Bibliotheksgebäudes in Berlin, das man nach zehnjähriger Arbeit überhafter fertigstellen will. Dort sind Arbeiter an den Kofsgasen erkrankt und erst eine Anzeige ans Polizeipräsidium schuf Abhilfe.

Wir haben nichts gegen die Beschäftigung ausländischer Arbeiter, wenn sie eben so bezahlt werden wie Inländer, aber bei der jetzigen schlechten Konjunktur müßten doch vor allem Inländer beschäftigt werden. (Sehr wahr! links.) Die deutschen organisierten Bauarbeiter haben es sich ein mächtiges Stück Geld kosten lassen, auf der Leipziger Bauausstellung im Hause der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands einen modernen Bau vorzuführen.

Die Bauarbeiter erkennen an, daß der Schutz verbessert wurde, sie fordern aber strenge Ueberwachung, Bestrafung der Uebertretungen und Heranziehung praktisch geschulter Bauarbeiter zum Aufsichtsdienst. Hier, wo es sich nicht um Parteipolitik handelt, sondern um den Schutz unzähliger Arbeiter der Mitbürger, sollte das ganze Haus so einig sein, wie bei der Hilfsaktion für die durch die Sturmflut Geschädigten. Wir erwarten eine entgegenkommende Erklärung des Ministers. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Minister v. Breitenbach

freut sich über die Anerkennung des Vorredners für die Förderung des Bauarbeiterstandes durch die Regierung. Es ist auch gelungen, die Unfallzahlen herabzudrücken — mehr wie in Bayern, obwohl dort Arbeiterkontrolleure tätig sind. (Hört! hört! rechts.) Bewußt müssen die Schutzvorschriften stets überwacht werden. Die Baukontrollen sind von Jahr zu Jahr intensiver geworden. Ich bitte, alle Mithände zur Kenntnis der Behörden zu bringen, die einschreiten werden, wie es sich für eine preussische Behörde von selbst versteht. (Beifall.)

Das Haus verlegt sich.

Freitag 11 Uhr: Kleine Vorlagen, Weiterberatung.

Schluß 4 Uhr.

Parlamentarisches.

Der Kampf um die Sonntagsruhe.

Die Sonntagsruhelkommission des Reichstages verhandelte am Donnerstag ausschließlich über die Arbeitsstunden, die nach der von der bürgerlichen Mehrheit beschlossenen Anerkennung der Orte in solche mit über und solche unter 75 000 Einwohner den letzteren zugebilligt werden sollen. In der Debatte wurde vom Regierungsvertreter erklärt, daß in den letzten Tagen zahlreiche Vorstellungen und Eingaben, namentlich seitens der Bürgermeister größerer Orte, eingelaufen seien, nach denen man eine strikte Venahteiligung der Geschäfte in Orten mit über 75 000 Einwohnern und völliger Sonntagsruhe durch die kleineren umliegenden Orte mit erlaubter Sonntagsruhe fürchtet. Die Regierung teile diese Bedenken sowie das andere, daß das in den größeren Städten von der Sonntagsarbeit befreite Personal in den benachbarten kleineren als Hilfskraft zur Sonntagsarbeit herangezogen werde. Die Abstimmung wurde ausgesetzt, um eine Klärung durch Aussprechen in den Fraktionen zu ermöglichen.

Die von der Regierung versprochene Zusammenstellung der Ortsstatute über die Sonntagsruhe ist endlich eingetroffen. Sie besagt aber das Material von 1908 und soll auf sozialdemokratischen Antrag bis in die neueste Zeit ergänzt werden. Danach haben 31 deutsche Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern entweder völlige Sonntagsruhe oder 2 bis 3 Arbeitsstunden, nicht über 2 Uhr hinaus; 23 deutsche Städte mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern haben 2 bis 4 Arbeitsstunden bis höchstens 8 Uhr; 60 deutsche Städte mit 10 000 bis 50 000 Einwohnern haben 2 bis 4 1/2 Stunden sonntägliche Arbeitszeit bis höchstens 4 Uhr, und 157 Orte mit unter 10 000 Einwohnern legen die sonntägliche Arbeitszeit von 4 bis 4 1/2 Stunden meistens bis 4 Uhr nachmittags; vier selbst dieser kleinsten Orte, nämlich: Kornthal in Württemberg, Koderdorf, Pfaffen und Ramlersbrauth in Bayern, haben jedoch völlige Sonntagsruhe eingeführt!

Petroleumfunde in den deutschen Kolonien.

Die Beratungen der Budgetkommission begannen am Donnerstag mit einer Petroleumdebatte. Nach den Angaben, die ein Regierungsvertreter über das Vorkommen von Öl in Kaiser-Wilhelms-Land machte, sollen von der Regierung Bohrungen zur Feststellung des geologischen Schichtenaufbaues vorgenommen werden, wofür 100 000 M. gefordert sind. Durch Aufteilung der 30 000 Quadratkilometer umfassenden Delzone hofft man mehrere Finanz- und Erwerbsgesellschaften für die Ausbeutung zu gewinnen. Das Zentrum erhob zahlreiche technische Bedenken gegen das Regierungsprogramm und behandelte dieses mit auffälliger Skepsis. Abg. Paasche (natl.) trat lebhaft für Ueberlassung der Delbohrungen an Privatgesellschaften ein, während sein Fraktionskollege Reineath mehr die Interessen des Reiches an der vielleicht sehr entwicklungsfähigen Industrie gewahrt wissen wollte. Abg. Waldstein (Sp.) regte die Erhöhung der Summe auf 500 000 M. an. Genosse Roste wandte sich gegen die Verschleuderung wertvoller Naturkräfte an Privatgesellschaften und betonte die Notwendigkeit einer gründlichen Erkundung von Neu-Guinea. Privatkapitalistische Geschäfte nach dem Wunsch des Herrn Paasche, der sich wiederholt und mit großem Aufwand an Worten für die Interessen der Neu-Guinea-Gesellschaft ins Zeug legte, zu fördern, habe das Reich keine Ursache. Abg. Numa in sprach für, Abg. Dertel gegen einen Reichsbetrieb. Genosse Ledebour erklärte die Bereitwilligkeit der Sozialdemokraten für die 500 000 M. zu stimmen unter der Voraussetzung, daß die Summe nicht unter allen Umständen ausgegeben werden müsse. Da auch das Zentrum seinen Widerstand aufgab, wurden die 500 000 M. bewilligt.

Der Streikbrecheragent Keiling

vor den Geschworenen.

Leitmeritz (Böhmen), 26. Februar 1914.

Telegraphischer Bericht.

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung durch Landgerichtsrat Langeder wird die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Zeuge Kellereriching Reihner sagt aus, daß die Buchdrucker

keineswegs eine drohende Haltung gegen Keiling eingenommen hätten, und daß insbesondere keiner von ihnen einen Gummischlauch oder ein ähnliches Werkzeug in der Hand hatte.

Zeuge Hausdierer Kothe aus „Stadt Prag“ bezeugt, daß die Buchdrucker den Keiling so wenig angegriffen hätten, daß dieser aus der Wajstube seine Reiselasche und seinen Spazierstock ruhig mit in die Küche habe nehmen können. Aufgeregt sei Keiling allerdings gewesen und der Zeuge ist deshalb die Treppe heraufgelaufen, weil er Angst hatte, daß der Schutz ihn vielleicht treffen konnte. — Vorf.: Woraus haben Sie denn geschlossen, daß Keiling so aufgeregt war? — Daß vielleicht der Revolver in seiner Hand gesteckt? — Zeuge: Das nicht. Keiling hat ganz feil gezielt. Aber er schrie furchtbar laut und machte schreckliche Gebärden gegen die Buchdrucker.

Zeuge Chauffeur Ernst Wieland hat im Hotel „Stadt Prag“ in der Nacht vor dem Mord, und zwar im Zimmer 7, gewohnt. Als er nach Hause kam, habe er durch die verschlossene Tür des Nebenzimmers 8 mit einem dort wohnenden befreundeten Handlungsgehilfen gesprochen. Durch dieses Gespräch sei Keiling, der im Zimmer 9 gewohnt habe, aufgewacht, sei aus seinem Zimmer herausgekommen und habe Lärm geschlagen. Der Zeuge ist dann auch herausgetreten und nun sei Keiling auf ihn zugefürt. Der Zeuge hat sich rasch in sein Zimmer zurückgezogen, behauptet aber, daß Keiling noch zweimal aus seinem Zimmer 9 herausgekommen sei und an seiner Tür des Zimmers 7 geklopft habe. Ueberhaupt seien Keiling und der Arbeitswillige Hing die ganze Nacht hindurch außerordentlich aufgereggt und unruhig gewesen. — Der nächste Zeuge Handlungsgehilfe Koerber bestätigt die Darstellung des Vorzeugen, während der Angeklagte Keiling versichert, daß beide Darstellungen nicht stimmten.

Zeuge Buchdrucker Hein hat auf dem Bahnhof in Bodenbach Streikposten gestanden, als Keiling mit dem Arbeitswilligen Hing dort eintraf. Er kannte Keiling schon von einem früheren Arbeitswilligentransport her und hat daher die freitenden Buchdrucker sofort auf ihn aufmerksam gemacht. Er bestreitet entschieden, daß er oder der Buchdrucker Born, der damals mit ihm zusammen auf dem Bahnhof Streikposten stand, den Keiling irgendwie gestochen oder mißhandelt haben. Vom Bahnhof ist dieser Zeuge zu einem Rasenball gegangen und er hat dort den Maschinenmeister Solinger in dem Kostüm eines englischen Polizisten gesehen. Als Waffe hatte Solinger einen Gummischlauch bei sich, den die englischen Polizisten zu tragen pflegen.

Zeuge Gefängnisaufseher Gaska und seine Frau bestätigen, daß Keiling ihnen zwei Tage nach seiner Einlieferung eine völlig zerrissene Krawatte mit der Bitte gegeben hat, sie wieder zusammenzunähen.

Zeuge Buchdrucker Gerlach war gleichfalls auf dem Rasenball und hat gesehen, daß Solinger dort aus Scherz mit einem Gummischlauch schlug. — Vert. Dr. Glackner: Ueberhaupt sollen die meisten Buchdrucker in dieser Nacht nicht schlafen gegangen sein, selbst die nicht, die auf dem Rasenball waren? — Zeuge: Einige Buchdrucker sind allerdings nicht schlafen gegangen, teils, weil sie auf dem Ball waren, teils, weil sie die Nacht hindurch auf dem Marktplay vor dem Hotel „Stadt Prag“ auf- und abgingen, um unter seinen Umständen den Arbeitswilligen Hing unaufgeklärt die Arbeit aufnehmen zu lassen. — Vert. Dr. Glackner: Das Hotel wurde also auch während der Nacht gleichsam vollständig zerniert.

Die Gerichtsärzte Dr. Heintze und Böhrer geben unter Berufung auf das Obduktionsprotokoll ihr Gutachten dahin ab, daß die Kugel die Halswirbel des Solinger durchschlägt hat und tief in die Rückenmuskulatur eingedrungen ist. Dadurch entstand ein starker Blutdruck auf das Rückenmark und der Tod wurde herbeigeführt. Der aus mindestens drei Schritten Entfernung abgefeuerte Schuß war unbedingt tödlich. Das Bewußtsein Solingers blieb noch etwa 24 Stunden vollkommen klar. — Die Waffensachverständigen erklären den Browning, der ganz aus Eisen ohne alle Holzteile gefertigt ist, für ein getadelt glänzendes Erzeugnis der Waffentechnik. Diese Repetierpistole sei bis auf 100 Schritt Entfernung eine Waffe von höchst gefährlicher Durchschlagskraft. Gätte jemand unmittelbar hinter Solinger gestanden, so hätte er noch durch denselben Schuß getötet werden können. Die Sicherung der Waffe sei normalerweise so fest, daß keine Gewalt der Erde sie durch bloßen Zufall zur Entladung bringen könnte. Der Angeklagte müsse also, schon als er die Pistole lud, die Sicherung gelockert haben, sonst hätte der Schuß unmöglich in dieser Weise losgehen können. Nur wenn das richtig sei, könne sich vielleicht beim Herausziehen des Revolvers aus der Tasche oder beim Hantieren damit, die Feder gelockert haben, so daß dann der Schuß möglicherweise aus Versehen erfolgt sein könnte. Die Waffe sei, weil sie nicht die Länge von 18 Zentimeter erreiche, für Oesterreich unbedingt verboten. — Vorf.: Angeklagter Keiling, wie haben Sie den Waffenschein bekommen? — Angekl. Keiling: Ich war am 3. Januar von den ausständigen Buchdruckern in Prag mit schweren nägelbeschlagenen Holzstücken mißhandelt worden, so daß das „Prager Tagblatt“, für das ich Streikbrecher lieferte, zum Schutze meiner persönlichen Sicherheit einen Waffenschein für mich bei der Polizei beantragte. Der Browning, den ich schon damals besaß, ist von der Polizei nicht beanstandet worden. Von den Schlägen, die ich in Prag erhalten hatte, rühren noch die Kratzwunden her, die man bei meiner Verhaftung festgestellt hat. — Vertreter der Nebenklägerin Frau Solinger, H.-A. Böhrer: Sie haben aber geteilt gesagt, diese Wunden seien Ihnen von den Buchdruckern in Tettschen am 8. Februar beigebracht worden und in der Notwehr hätten Sie geschossen! — Angekl.: Die Kratzwunden sind älter. Am 8. Februar bin ich nur mit einem Gummischlauch geschlagen worden.

Es wird dann das Protokoll über die Vernehmung Solingers vorgelesen, die unmittelbar vor der Operation erfolgt ist. Der 34-jährige Mann hat dabei erklärt, daß Keiling auf ihn gezielt, und daß er geglaubt habe, Keiling wolle ihn deshalb töten, weil er (Solinger) angeklagt hatte, den Keiling wegen seiner gefährlichen Drohungen von der Polizei verhaften zu lassen. Es und inwiefern die Waffe mit dem Buchdruckerstreik zusammenhängt, sei ihm weder im Augenblick der Tat bewußt gewesen, noch wisse er es gegenwärtig.

Zur Erläuterung der Vorstrafen sollen die Urteile über die Vorstrafen vorgelesen werden. Es stellt sich jedoch heraus, daß die meisten Urteile nicht eingetroffen sind, weil sie noch beim Berliner Polizeipräsidium lagern. Zur Verlesung gelangen nur drei Urteile wegen Körperverletzung. Nach dem in Hannover im Jahre 1907 gefällten Urteil ist Keiling bestraft, weil er einen Mann mit einem Schlagring übel zugerichtet hatte, der sich weigerte, mit Keilings Dirne mitzugehen.

Für die Klage auf Zahlung einer Buße an die Familie Solinger wird noch die Frau des getöteten Maschinenmeisters Solinger vernommen. Das Erscheinen der schwächlichen Frau in tief-schwarzer Trauerkleidung ruft im Saal lebhafteste Bewegung hervor. Sie gibt an, daß ihr Mann einen Wochenlohn von 40 Kronen hatte, daß sie fünf Kinder hat und ein sechstes Kind erwartet.

Nach Verlesung einer Reihe weiterer Protokolle wird die Beweisaufnahme geschlossen, und der Gerichtshof formuliert folgende

Schuldfragen:

1. Auf Mord.
2. Auf Körperverletzung mit tödlichem Ausgang; hierbei wird die Unterfrage gestellt, ob berechtigte Notwehr vorliegt oder ob der Angeklagte in Furcht, Schrecken oder Bestürzung diese Notwehr überschritten hat.
3. Auf fahrlässige Tötung und
4. auf Führung einer unerlaubten Waffe

Staatsanwalt Dr. v. Koetka beanstandet alle Fragen nach Notwehr, da der Angeklagte selbst Notwehr gar nicht mehr vorläßt. — Vert. H.-A. Dr. Glackner bittet auch zur Hauptfrage nach Mord die Unterfrage nach Notwehr zu stellen. — Diesen Antrag gibt das Gericht frei.

Staatsanwalt Dr. v. Koetka: Wirtschaftliche Kämpfe zwischen Arbeitern, die ihre Lebensverhältnisse verbessern wollen, und Unternehmern, die dem Widerstand entgegenstehen, sind ja nicht

Den Organisationen ist es zu danken, daß diese wirtschaftlichen Kämpfe heute durchaus friedlich verlaufen. Auch der sogenannte Buchdruckerstreik in Böhmen, der ja überwiegend eine Ausfaltung war, hat im Gebiet der Staatsanwaltschaft Leitmeritz nur in zwei ganz unbedeutenden Fällen zu einer Strafanzeige Anlaß gegeben. Es wäre ein sehr schwerer Fehler, wenn die Geschworenen diesen Teil der sozialen Frage irgendwie Rücksicht nehmen würden. Sie sind nicht dazu berufen, in diesen wirtschaftlichen Fragen irgendeine Entscheidung zu fällen. Wenn man aber davon absteht, daß es sich hier um einen Kampf zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber gehandelt hat, wird die Entscheidung ganz leicht zu fällen sein. Sie haben auf der einen Seite die Verteidigung eines Angeklagten, der nicht weniger als 17mal vorbestraft ist, darunter mehrere Male wegen Körperverletzung und dann wegen Kuppelung, Diebstahl, Freiheitsberaubung und Mord. Er ist auf Anklagebank kein Neuling und hat sich eine Verteidigung ausgesucht, die ich wenig geschickt finde. Auf der anderen Seite haben wir die durchaus übereinstimmenden Bekundungen von 11 einwandfreien Zeugen, die ihn in jedem Punkt widerlegt haben. Er hat behauptet, schon auf dem Bahnhof in Bodenbach belästigt worden zu sein. Weder der Arbeitswille Hinz noch der Hausmeister Winkler haben irgend etwas davon gesehen. Hingegen haben drei Zeugen bestätigt, daß Keiling schon auf dem Wege von Bodenbach nach Teitschen mit seinem Revolver gespielt und sich mit seiner Schießfertigkeit gebrüht hat. Im Gasthaus des Zeugen Keiling ist Keiling ebenfalls in feiner Weise belästigt oder angegriffen worden. Auch im Gasthaus „Stadt Prag“ hat ihn niemand mißhandelt oder bedroht. Die 40 Buchdrucker, die den Keiling umschlingelt haben, hat er sich aus der Luft gegriffen. Es ist keinesfalls mehr als 15 gewesen. Keiling hat sich ohne jeden Grund in das Gespräch zwischen den Streikenden und dem Arbeitswille Hinz eingemischt und mit Schreien gedroht. Auch darauf sind die Streikenden nicht über ihn hergefallen, sondern haben ihn nach der Polizei geschickt.

Run hat es allerdings drei verdächtige Momente gegeben, die den Keiling hätten entlasten können. Einmal: warum haben ihn die Buchdrucker bis in die Küche verfolgt; dann: wie ist Solinger in den Besitz eines Gummimittels gekommen und schließlich: woher kamen die Wunden und Schrammen des Keiling her? — Alle diese drei Umstände sind völlig aufgeklärt. Die Buchdrucker sind erst in die Küche gefolgt, damit er nicht fliehen konnte, sondern der Polizei wegen seiner gefährlichen Drohungen festgenommen werden konnte. Der Gummimittel des Solinger stammt von einem Maskenfest und ist, nach den übereinstimmenden Bekundungen sämtlicher Zeugen, gegen Keiling überhaupt nicht angewendet worden. Schließlich hat Keiling heute selbst zugegeben, daß er die Wunden vielleicht schon von früher her hatte. Wer weiß, aus welcher Schlägerei sie stammen? Offenbar sind sie ihm erst nachträglich als eine gute Ausrede eingefallen, ebenso wie die zerrissene Schmatze, die er 5 Tage nach der Mordtat vorgezeigt hat. Diesen Angaben steht die unbestreitbare Tatsache gegenüber, daß Solinger nicht näher als drei Schritte an Keiling herangekommen ist. Die Hinz und der Keilnerjung, also ganz unbefangenes Hotelpersonal, haben die Angaben der Streikenden in vollem Umfang bestätigt. Selbst wenn die Geschworenen gegen die Aussagen der Gev. Keiling und Parteigenossen des Solinger ein Misstrauen hätten, so durch die Tatsachen nicht begründet ist, müßten sie diesen einwandfreien Zeugen glauben. Keiling hat sich nicht anders zu helfen gewußt als dadurch, daß er die Aussagen sämtlicher Zeugen, auch der von ihm selbst angeführten Zeugen, für unwahr erklärt hat. Meinetwegen mag man die Aussage jedes Zeugen auf seine Glaubwürdigkeit hin prüfen. Aber man darf keinem der Zeugen eine weiteres zutrauen, daß er sich eines Meineides schuldig gemacht hat. Wenn Sie mir folgen, so werden Sie anerkennen müssen, daß Keiling weder mißhandelt, noch bedroht worden ist, daß niemand ihn am Arm gepackt und daß er den Revolver nicht in die Höhe gehalten, sondern daß er ganz ruhig gezielt hat. Die Anschuldigung, die auf dem Angeklagten lastet, darf nicht ungeführt bleiben. Wenn er freigesprochen würde, würde die Gerechtigkeit schweren Schaden leiden, und der Freispruch würde ein Anreiz sein für andere, ebenso rücksichtslos Menschenleben zu vernichten. Wenn Sie den Angeklagten des Mordes schuldig sprechen, werden Sie nicht nur seine Tat sühnen, sondern für jeden ein Warnungsschreiben auftragen, der das Leben seiner Mitmenschen gering schätzt. Advokat Köhler schließt sich als Rechtsbeistand der Familie Solinger den Ausführungen des Staatsanwalts an: Erst die Streikbrecheragenten haben die Gewalt in die friedlichen Wirtschaftskämpfe hineingebracht. Alle Angaben des Keiling haben sich als erlogen erwiesen. Er war schon tausendmal mit Streikenden zusammengekommen und hat dabei ganz genau gewußt, daß er für sein Leben nichts zu fürchten hatte. Wie ruhig, wie wenig aufgeregt Keiling gewesen ist, beweist die Tatsache, daß er seine Revolvertasche und seinen Spazierstock aus dem Gasszimmer mit in die Küche genommen hat. Viele Tausende haben dem ermordeten Solinger die letzte Ehre erwiesen. Wenn Ihr Wahrspruch, meine Herren Geschworenen, den Angeklagten schuldig spricht, werden Sie nicht nur die Gefinnungsgenossen Solingers befriedigen, sondern jeden Menschen, der ein Gefühl dafür hat, daß Menschenleben geschützt werden müssen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Glöckner, geht davon aus, daß zumangestrichelten Keilings vor allen Dingen seine Vorstrafen sprechen. Aber man darf über keinen Menschen nur auf Grund seiner Vergangenheit urteilen, sondern muß es mit den Worten Wilhelm Tell's zu Paricida halten: „Das Du auch immer getan, Du bist ein Mensch, ich bin es auch“. Die Vorstrafen müssen daher im vorliegenden Fall vollkommen ausschalten. Der Angeklagte bestreitet, überhaupt gezielt zu haben. Nach dem Urteil der Sachverständigen ist es durchaus möglich, daß der Schuß sich durch irgendeinen unerklärlichen Zufall gelöst hat. Außerdem ist es dem Angeklagten nicht nachgewiesen, daß er irgendwie gezielt auf einen bestimmten Menschen aufs Korn genommen hat. In der ganzen Küche wäre das auch gar nicht möglich gewesen. In der ganzen Küche hat auch niemand sehen können, ob nicht ein anderer Revolver den Revolver gestreift oder den Keiling am Arm gepackt hat. Hat Keiling aber geschossen, so geschah es in berechtigter Notwehr. Was die Buchdruckerorganisation in Teitschen angeht, hat, was nicht rechtmäßig, sondern rechtswidrig. Wenn sie auch keine Vergehen gegen das Strafrecht begangen hat, so hat sie sich doch dauernd gegen die Gewerbeordnung verhalten, indem sie die Leute, mit denen Keiling einen Vertrag abgeschlossen hatte, zum Vertragsbruch zu verleiten suchte. Gerade die, die ein Recht auf Arbeit proklamieren, sollten es auch bei anderen Leuten anerkennen. Keiling der ja von seiner Tätigkeit als Agent der deutschen Polizei gewiß nicht los leben können, hat den Beruf des Arbeitsvermittlers nicht zu seinem Vergnügen, sondern für seinen Erwerb ergreifen. Es mag das für eine Arbeiterorganisation ein schädliches Gewerbe sein, sicher ist es kein ungefährliches Gewerbe und hat Anspruch darauf, wie jedes andere Gewerbe geschützt zu werden. Ramentlich der Buchdruckerstreik in Böhmen war der unbedeutendste Streik, der in Szene gesetzt worden ist. Es ist charakteristisch, daß die deutschen Buchdrucker sich getarnt durch gedrängte haben, die Stellen in Oesterreich zu bekommen, so gut war die Bezahlung schon vor dem Streik. Keiling war der

Buchdruckerorganisation maßlos verbohrt, weil er den Prinzipalen dabei half, sich dem maßlosen Terrorismus der Arbeiter zu widersetzen. Infolgedessen ist er planmäßig schon im August nach Antun in Bodenbach verfolgt worden. Mordartig hat er das Gasthaus des Zebuel verlassen, und auch in der „Stadt Prag“ ist er keinen Augenblick seines Lebens sicher gewesen. Die ganze Nacht hindurch haben die Streikenden wie Soldaten vor dem Hotel „Stadt Prag“ Posten gesetzt. Wer kann bestreiten, daß angelegentlich aller dieser Umstände Furcht und Beherrschung bei dem Angeklagten vorhanden gewesen sind? Die Vorgänge am Morgen der Tat sind keineswegs vollkommen klargestellt. Alle Zeugen haben irgendeinen Moment befunden, in dem sie nicht hingesehen haben wollen. Gerade dieser Moment ist es offenbar gewesen, in dem Keiling geschossen worden ist. Die Schrammen hat er doch jedenfalls nicht sich selbst zugefügt. Wenn die organisierten Buchdrucker als Zeugen erklärt haben, es sei dem Keiling nicht das geringste geschehen, so halte ich ihre Aussage für durchaus unglaubwürdig. Sie halten eben fester zur Organisation als zur Wahrheit.

Die Tatsachen lassen gar keinen Zweifel daran, daß Solinger den Keiling mit dem Gummimittel geschlagen hat. Sonst hätte er in der Sterbestunde doch nicht daran gedacht, daß man ihm vor allen Dingen den Gummimittel aus der Tasche nehmen sollte, damit er nur ja nicht bei ihm vorgefunden wurde. Warum haben die Buchdrucker Keiling nicht einfach laufen lassen, als er in die Küche flüchtete? Sie hatten dann Zeit genug gehabt, sich mit allen Arbeitswilligen zu besprechen, die er herangeschleppt hatte. Aber sie hatten es eben auf Keiling abgesehen und wollten es ihm verzeihen, jemals wieder Arbeitswille nach Teitschen zu bringen. Wie ein wildes Tier ist Keiling gejagt worden und dagegen hat er sich schließlich zur Wehr gesetzt. Bedenken Sie das alles, ehe Sie das Urteil über ihn abgeben.

Nach zweistündiger Beratung verkündet der Obmann der Geschworenen folgenden

Wahrspruch:

Die Frage nach Mord ist mit allen 12 Stimmen verneint worden. Mit 11 gegen eine Stimme wird bejaht die Frage nach Totschlag und mit 9 gegen drei Stimmen die Frage nach Ueberschreitung der Notwehr. Mit 8 gegen 4 Stimmen ist der Angeklagte schließlich eines Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens für schuldig erachtet worden. Von der Anklage der Ueberschreitung des Gesetzes über das Waffentragen ist der Angeklagte mit 11 gegen 1 Stimme freigesprochen worden.

Der Staatsanwalt Dr. Göbler v. Koelka bittet um eine hohe Strafe, da man es mit einem gefährlichen Mann bei dem Angeklagten zu tun habe, der Verteidiger Dr. Glöckner bittet, dem Angeklagten die mildernenden Umstände nicht zu verjagen.

Das Gericht fällt nach kurzer Beratung folgendes

Urteil:

Der Angeklagte wird nach dem Wahrspruch der Geschworenen mit acht Monaten schweren Kerker bestraft. Die Untersuchungshaft wird auf die Strafe angerechnet.

Der Angeklagte erklärt, daß er sich erst überlegen wolle, ob er sich bei dem Urteil beruhigen soll. Der Staatsanwalt meldet sofort die Nichtigkeitsbeschwerde an. Der Revisionspruch der Frau Solinger, die 100 M. Monatsrente fordert, wird auf den Zivilweg verwiesen. Als der Angeklagte abgeführt wird, sagt er halblaut: Na, das war ja jarnich so schlimm.

Der Schriftföher Richard Hinz, Berlin, Brandenburgstraße 38 ersucht uns mitzuteilen, daß er mit dem Arbeitswilligen Hinz, welcher in dem Bericht des Streikbrecheragenten Keiling genannt ist, nicht identisch ist. Wir kommen diesem Wunsch gern nach und bemerken, daß wir nach dem richtigen Namen des Arbeitswilligen recherchieren werden. In der österreichischen Fachpresse wurde als Arbeitswilliger „Henz aus Oranienburg“ genannt.

Aus der Partei.

Totenliste der Partei.

In Hamburg starb Genosse Ludwig Kimmel. Der Verlorbene, von Verus Tischler, war schon früh in seiner Verunsicherung tätig, hat vor allem seine Kraft der Partei gewidmet. Schon unter dem Sozialistengesetz war er ein eifriger Agitator für die Sache des Proletariats. Nachdem das Schandgesetz gefallen, schlug Kimmel sein Quartier in Berlin und später in Düsseldorf auf. Hier in Düsseldorf war er als Berleger der „Rieder-Reinhold'schen Volktribüne“ tätig. 1894 kam Kimmel nach Hamburg. Dem Hamburger Proletariat ist der Verlorbene eine allbekannte Persönlichkeit gewesen. Ganz besonders lag seine Betätigung auf rednerischem Gebiet. Seit zirka sechs Jahren hat er dem dritten Wahlkreis seine ganze Kraft als Distriktsführer im Distrikt Uhlhorn gewidmet. Eine tüchtige Krankheit, die mit mehrmaligem Plurifurz endete, hat ihn schnell dahingerafft.

Gerichtszeitung.

Zum Frankfurter Pochenprozeß.

Das Reichsgericht hat gestern auf die Revision des Staatsanwalts das Urteil des Landgerichts zu Frankfurt a. M. vom 21. Juni v. J. aufgehoben, soweit durch dasselbe die beiden Ärzte Dr. Spöhr und Wachen von der Anklage der fahrlässigen Körperverletzung und Tötung durch Pochenanwendung freigesprochen worden waren. Dr. Spöhr war selbst an Pochen erkrankt und sollte die Krankheit durch Fahrlässigkeit auf andere Personen übertragen haben.

Schon wieder eine Kindesmißhandlung.

Wieder war es, genau wie in dem gestern mitgeteilten Fall, ein uneheliches Kind, dessen trauriges Lebensschicksal im Mittelpunkt einer Verhandlung vor dem Strafrichter stand. Wegen einer Reihe geradezu verächtlicher Robeiten und Qualereien gegen sein unehelich geborenes Kind war der Händler Karl Weiß angeklagt. — Der Angeklagte hatte mit einer gewissen Morgenstern in Beziehungen gestanden, aus denen ein jetzt 10jähriger Knabe hervorgegangen war. Als die Mutter starb, nahm der Angeklagte, der sich inzwischen verheiratet hatte, den Knaben zu sich, für den von diesem Augenblick an ein wahres Martyrium begann. Als endlich Nachbarn Anzeige erstatteten, befand sich der Junge in einem wirklich grauenhaften Zustand, der auf ganz unmenßliche Mißhandlungen hindeutete. Der Körper des Kindes war derartig mit blutigen Strichen bedeckt, daß eine biologische Behandlung im Krankenhaus notwendig war, um eine Heilung herbeizuführen. —

Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten zu 9 Monaten Gefängnis. Die von ihm hergegangene eingeleitete Verurteilung wurde gestern von der Strafkammer kostenpflichtig verworfen.

Veruntrennungen bei der Diskonto-Gesellschaft.

Effektendiebstähle bei der Direktion der Diskonto-Gesellschaft bildeten die Grundlage einer Anklage wegen schierer Urkundenfälschung, Urkundenvernichtung und Diebstahls in zwei Fällen, welche gestern die 2. Strafkammer des Landgerichts I beschaffigte. Angeklagt war der Bankbeamte Volrad Eisenhart.

Der 39jährige Angeklagte, der in Neuenhagen ein Grundbesitzer, war seit mehreren Jahren bei der Direktion der Diskonto-Gesellschaft angestellt. Im Frühjahr v. J. geriet er in Schulden, da er sich in Spekulationen eingelassen hatte, die weit über seine Verhältnisse hinausgingen. Um sich in Besitz von Geldmitteln zu setzen, entwendete er aus der Effektenumappe des Dr. Reichert Lucius von Ballhausen für 10 000 Mark 5 prozentige Kaphthaobligationen, die er am nächsten Tage zu Gelde machte. Um den Diebstahl zu verdecken, fälschte er auf recht raffinierte Weise in mehreren Büchern die Zahl 2 215 000 Mark in 2 205 000 Mark, so daß es den Anschein hatte, als sei das von Ballhausens Bankkonto durch verschiedene Transaktionen auf diese Summe zurückgegangen. Als die Bank an von Ballhausen einen Brief richtete, in dem sie ihm mitteilte, daß sein Konto für die Versicherungsprämie belastet sei, vernichtete der Angeklagte diesen Brief. Da er zum Jahresabschluss wieder eine Aufdeckung des Diebstahls zu befürchten hatte, entnahm der Angeklagte aus der Mappe eines anderen Bankkunden, Dr. von Martius, für 13 500 Mark Eisenfirchener Obligationen, die er bei einer anderen Bank lombardierte und gleichzeitig den Auftrag gab, für 10 000 Mark nom. Kaphthaobligationen zu kaufen. In diesem Stadium der Sache kamen die Verhörungen zur Entdeckung. Der Angeklagte wurde in das Oberkabinett bestellt, wo er, als man ihm die Diebstähle auf den Kopf zusagte, ein offenes Geständnis ablegte. Dies wiederholte er gestern vor der Strafkammer. — Der Staatsanwalt beantragte Schutz gegen Polizeibeamte.

Am 9. Juni vorigen Jahres hegte in Oststadt der 31 Jahre alte Polizeiergeant Stupis seinen Hund auf einige junge Leute, die sich spielten. Als jemand den Hund wegschleichen wollte, nahm dem Mann der Polizeiergeant, der angetrunken war, den Stock weg und schlug ihm damit über den Kopf. Der Arbeiter Nundowski rügte das, worauf er von dem Polizeiergeanten einen Stoß vor die Brust erhielt. N. wollte sich an einem Baum festhalten, er wurde jedoch von dem Polizeiergeanten zur Erde gestoßen. Als sich Nundowski aufrichten wollte, stieß ihn Stupis wieder nieder. Dann zog dieser seinen Säbel und hieb mit ihm herum, obwohl ihn niemand bedrohte. Schließlich aber verfehlte der Polizeiergeant dem Nundowski mehrere Stöße mit dem Säbel über den Arm und hieb ihm ohne jede Veranlassung mit dem Säbel über den Kopf, daß der Mann blutüberströmt zusammenbrach. Der Arbeiter trug eine erhebliche Kopfverletzung davon. Wegen dieser schweren Vergehen erkannte die Strafkammer in Bartenstein gegen den Polizeiergeanten auf — 100 Mark Geldstrafe.

mit Rücksicht auf den von dem Angeklagten begangenen groben Vertrauensmißbrauch ein Jahr Gefängnis. Das Gericht erkannte auf sechs Monate Gefängnis.

Ein Links-Anwalt.

der seine Klienten in der raffiniertesten Weise betrogen hat, stand gestern unter der Anklage des Betruges in sieben und der Urkundenfälschung in zwei Fällen vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte Buchhalter Erwin Krumphardt legte sich nach mehreren Vorstrafen gegen das Eigentum auf die Versorgung fremder Rechtsgeschäfte und hatte bald recht viel zu tun. Er hat aber dabei lediglich in seine Tasche gewirtschaftet, indem er für die angebliche Erledigung der ihm übertragenen Rechtsgeschäfte Vorschüsse, Honorare, Gelder für angeblich zu entrichtende Gerichtskosten usw. sich zahlen ließ, tatsächlich aber in all diesen Angelegenheiten nichts für seine Klienten tat. In einem Falle ließ er sich Verordnungen geben, um angeblich nach dem Kriminalgericht zu fahren und bei der Staatsanwaltschaft Akten einzusehen. Er kam mit dem erdichteten Bescheide zurück, daß sein Klient verhaftet werden solle, wenn er nicht eidesstattliche Versicherungen beibringen könne, daß seine häuslichen Verhältnisse gute und solide seien. Für die Beschaffung dieser eidesstattlichen Versicherungen heimste der Angeklagte eine höhere Summe ein, tat aber dafür nichts. Einer Frau nahm er 40 M. ab, um beim Vormundschaftsgericht die Unterbringung einer Pflegekinder in Fürsorgeerziehung zu betreiben. Einem Gastwirt redete er vor, daß er sich bemüht habe, bei dem Gericht die Aufhebung eines Zahlungsverbot's durchzusetzen, was ihm auch gelungen sei. Für seine Bemühungen und für „Gerichtskosten“ erhielt er auf Verlangen die von ihm in Anspruch gebrachten Gelder. In einigen Fällen täuschte er seine Auftraggeber noch durch die Vorlegung „gerichtlicher Protokolle“ über Termine, die er in ihrem Interesse wahrgenommen haben wollte. Diese Protokolle waren von ihm gefälscht und gaben in völlig vorchriftsmäßiger Form auf richtigen gerichtlichen Formularen den Gang der erdichteten Verhandlung wieder. Wie der Angeklagte in den Besitz dieser Formulare gekommen ist, war nicht recht aufzuklären. Der im vollen Umfange geständige Angeklagte wurde zu 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft verurteilt.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 22. Heft des 32. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Hintergrund der Rede. — Zur Kritik der Terror. — Eine Delonomie. — ohne Wert. — Von R. Buharin. — Der neue amerikanische Postkurs. — Von Lapis, New York (Schlag). — Emdeldebatten im Reichstag. — Von Heinrich Schulz. — In eine Aenderung der Organisationsform der Gewerkschaften notwendig? — Von D. Ruckhaus. — Honorar Dammier. — Von Fritz Th. Schulte. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Die Richter. Roman von H. Land. (Kronen-Bücher Nr. 11.) 1 M. — Kronen-Verlag, Berlin SW 68.

Zarfliehende Geometrie des Geländes. Von R. Kofke. (Mathem. Bibl. 14.) 80 Pf. — S. G. Teubner, Leipzig.

Marktpreise von Berlin am 25. Februar 1914, nach Ermittlungen des Igl. Polizeipräsidiums. Weiz (müde), gute Sorte 16,00—17,20, Donau 00,00—00,00, Rats (runder), gute Sorte 14,50—14,90, Rühstroh 0,00 bis 0,00, Hen 0,00—0,00.

Raffinierenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00, Edelbohnen, weiße 35,00—60,00, Linsen 40,00—80,00, Kartoffeln (Reinbl.) 4,00—7,00, 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Reule 1,50—2,40, Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80, Schweinefleisch 1,40—2,00, Rindfleisch 1,40—2,40, Gammelfleisch 1,50—2,40, Butter 2,40—3,00, 60 Stück Eier 4,40—6,00, 1 Kilogramm Karotten 1,20—2,60, Kale 1,80—3,20, Fenchel 1,20—3,20, Dill 1,40—2,80, Wirsing 0,80—2,20, Sellerie 1,80—3,20, Bleie 0,80—1,50, 60 Stück Krebse 3,50—24,00.

An die Verbraucher von Maggi's Suppen:

Die Zubereitung von MAGGI'S Suppen ist gewiß sehr einfach (ein Kind kann's machen); es muß aber bei jedem Würfel die für die einzelnen Sorten verschiedene Kochanweisung genau beachtet werden. Dann werden Ihnen Maggi's Suppen vortrefflich schmecken.

erscheint eine illustrierte Agitationszeitung

Frauenwahlrecht!

Herausgegeben von Klara Zetkin.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Der Tag wird kommen. Gedicht von Ludw. Pfau. — Blick auf! Gedicht von Otto Krille. — Othara. Von Klara Müller-Jante. — Verheißung. — Frauentag und Internationale. Von Adelheid Popp. — Thomas More, der Pfaffen der Gleichheit und Freiheit

Von Berta Selinger. — Robert Owen. Von Mathilde Warm. — Charles Fourier. Von Luise Hey. — Was die Frauen Marx und Engels verdanken. — Müssen die Proletarierinnen im Parlament Vertreterinnen haben? Von Hilja Pärssinen. — Vom Kampf für das Frauenwahlrecht in Holland. Von

M. Wibaut und Helen Ankersmit. — Unser Jahr in Großbritannien. Von Dr. Marion Phillips, London. — An künstlerischen Bildern enthält die Zeitung: „Amazone“ von Zaidon. „Der schwere Gang“ von Fr. v. Hilde. „Die Wasserträgerinnen“ von Millet. „Madonna mit dem Kind“ von Murillo.

Preis 10 Pf. Zu beziehen durch alle Zeitungsabgabestellen und durch die Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69.

Möbel Piehl advertisement with prices for various furniture items like Garnituren, Bettstellen, and Klischee.

Plasmon-Kakao advertisement highlighting its nutritional value and availability at Neubrandenburg.

Jedes Wort 10 Pfennig. Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zuzüglich 2 fettgedruckte Wörter). Stellensuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Wörter mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe. Vorjährige eleganter Herrenanzüge und Jacketts aus feinsten Raykstoffen... Teppiche! (schlechte) in allen Größen... Nähmaschinen, gebrauchte, in allen Systemen billigst...

Bettenband 9.—, Brunnenstrasse 70, im Keller. 1200R*... Vermietet gewesene Möbel aller Art. Tischgarnituren spottbillig... 478 Mark eine 2-Zimmer-Einrichtung und Küche...

Möbelhandlung Mariannenstrasse 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet... Möbel (Dekret) und Möbelverkauf. Anfrage lohnt. Ich liefere solide, gut gearbeitete Einrichtung...

Musikinstrumente. Piano. Quadt, wenig gebraucht, neu, kreuzsaitig, ganz billig... Fahrräder. Strahnenrenner (Holzleigen), Drahtreifen 45,00...

Unterricht. Unterricht in der englischen Sprache für Anfänger und Fortgeschrittene... Verschiedenes. Lewandowsky-Gesellschaft, Luthowstrasse 105... Zimmer. Ingenieurtes gutmöbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren...

Schlafstellen. Kleines Schlafstelle, Ledwiger, Mühlentstrasse 47a... Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Klavierzimmer. Fast erblindeter Genosse empfiehlt sich als Klavierzimmer... Stellenangebote. Lehringen für unsere Dekoration im Alter von 14-16 Jahren...

3 Backofen-Monteuere für Dampf-, Kanal- und direkte Heizungen advertisement.